

Sand im Getriebe 58

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de



„Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum „G8-Gipfel“ im Ostseebad Heiligendamm. Die „Gruppe der 8“ (G8) ist eine Institution ohne Legitimation.

Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen.

Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.“

So beginnt der Aufruf einer großen Anzahl von Organisationen und von namhaften internationalen Intellektuellen und Aktivisten, unter ihnen der britische Literatur-Nobelpreisträger **Harold Pinter**, der italienische Philosoph **Antonio Negri**, die Globalisierungskritikerinnen **Susan George** aus Frankreich und **Arundhati Roy** aus Indien sowie **Walden Bello** von den Philippinen. Auch der einem breiten deutschen Publikum als TV-Kommissar bekannte Schauspieler **Peter Sodann**, die Schriftstellerin **Daniela Dahn** und der legendäre Jazzmusiker **Emil Mangelsdorff** rufen zu der Demonstration auf.

Inhalt:

Walden Bello	Globalisierung auf dem Rückzug	3
G8		
Aufruf zur Internationalen Großdemonstration in Rostock		6
Aufruf zum internationalen G8 Alternativkongress		7
F. Proton A. Pellizarri	Europäische Märsche	8
Stoppt den G 8 Gipfel – Gewerkschaften auf die globale Bühne!		9
Pedram Shahyar	Radikale Antworten für Heiligendamm	10
Deutsche NGOs	Positionspapier	11
BUKO	Glaubwürdigkeit von NGOs auf dem Prüfstand	15
Eric Toussaint	Der Kampf um die Entschuldung aus historischer Sicht	16
K. Lucas H.-P. Richter	Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte gefordert	19
Attac Deutschland	Kein Krieg gegen den Iran!	20
WSF		
Erklärung der sozialen Bewegungen		21
Immanuel Wallerstein	Von der Defensive in die Offensive	22
Samir Amin	Franz Fanon lesen!	23
Peter Wahl	Licht und Schatten des WSF	23
Dorothea Härtling	Reflexionen auf einem fremden Kontinent	25
Bernard Cassen	Ein U-Bahn-Wagen in Bewegung	26
Europa		
Attac Frankreich	Die sieben Säulen des Neoliberalismus einreißen	28
Europäische Attac	Zehn Prinzipien	33
ESF- Vorbereitungsgruppe	Nein zu Merkels „Berliner Erklärung“	37
Sven Giegold	Das Klima als Merkel-Propaganda	38
Annette Groth	Stop EPAs !	39

Damit hat die heiße Phase der Mobilisierung gegen das G8-Treffen begonnen.

Die **unterschiedlichen Forderungen und Positionen der breiten Bewegung** gegen diese selbsternannten Weltbeherrscher werden in diesem Heft dokumentiert. Sie reichen von reformistischen Bittstellern bis zu radikalen Gegnern des Produktions- und Konsummodells des kapitalistischen Weltsystems.

Ebenfalls aus diesem Anlass versucht **Walden Bello** einen Überblick über den **Zustand des Globalisierungsprojektes der letzten 15 Jahre**. „Als das Wort "Globalisierung" erstmalig Anfang der 90er Jahre Bestandteil des englischen Wortschatzes wurde, betrachtete man sie als den wichtigsten Trend der Zukunft.... Fünfzehn Jahre später ...hat die Globalisierung ihren Höchststand erreicht und geht zurück“. Er findet 6 Gründe für diesen Bedeutungsverlust und kommt zu dem Schluss: „Die heutigen, sich vervielfältigenden ökonomischen und politischen Konflikte ähneln, wenn überhaupt, dem Ende der Periode dessen, was die Historiker als das Erste Zeitalter der Globalisierung bezeichnen, das sich von 1815 bis zum Ersten Weltkrieges 1914 erstreckte. Die dringende Aufgabe ist nicht, die konzerngetriebene Globalisierung in eine „sozialdemokratische Richtung“ zu steuern, sondern ihren Rückmarsch so zu managen, dass nicht dasselbe Chaos und dieselbe Kette von unbeherrschten Konflikten entsteht, die ihren Niedergang in jener früheren Ära kennzeichnete“.

Zum immer wieder kehrenden G8 Thema „Schuldenerlass“ gibt **Éric Toussaint** einen Überblick über die gebrochenen Zusagen der Gläubiger und über die Entwicklung der Forderung nach **Streichung der Schulden**.

Die Auswertung des diesjährigen Treffens des **Weltsozialforums** in Nairobi ist noch in vollem Gange. **Samir Amin** meint, das WSF habe „seine historische Aufgabe erfüllt“, unter anderem weil es inzwischen zu stark dominiert sei von kleinen NGOs aus dem Norden, die nicht die kämpfende Basis vertreten. Anders sieht das **Immanuel Wallerstein**. Das WSF „schafft allmählich ein Netzwerk, dessen politische Kraft sich in den nächsten 5 bis 10 Jahren herausbilden wird...Die Diskussionen, die Manifeste, und die Netzwerke machen den **offensiven** Charakter der Bewegung aus.“

Peter Wahl konstatiert einen - im Vergleich zu den vergangenen Jahren - Verlust an Attraktivität und Ausstrahlungskraft mit dem Risiko der Entpolitisierung. **Dorothea Härlin** schätzt das WSF positiver ein.

Bernard Cassen vergleicht die globalisierungskritische Bewegung mit einer U-Bahn, die unterschiedliche Akteure mit unterschiedlicher Dauer und Intensität benutzen. Ihr Erfolg liege unter anderem in der Durchsetzung kritischer Begriffe, in ihrem Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf die politischen Akteure.

Er zeige sich auch darin, dass inzwischen „die großen Themen der Bewegung Bestandteil der Regierungsprogramme (in Lateinamerika) geworden sind“.

Annette Groth begründet die Opposition zum EPA-Vertrag zwischen der EU und Afrika.

Im Jahr 2005 starteten die europäischen Attac-Organisationen einen gemeinsamen Reflexions- und Diskussionsprozess über Europa. Die vorliegende Erklärung „**10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag**“ ist eine erste Frucht dieses laufenden Prozesses, der nun in den 16 Ländern intensiv diskutiert werden wird.

Während Frau Merkel *den Ausbau* einer europäischen Armee fordert und viele EU-Staaten mit ihre Truppen an der Besetzung des Irak und Afghanistans teilnehmen, fordert die Friedensbewegung und Attac Abrüstung und nicht Aufrüstung sowie die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit Europas.

Attac Frankreich konstatiert zum selben Thema in seinem auch für den dortigen Wahlkampf bestimmten **Manifest** (7 Säulen des Neoliberalismus) „Die mächtigsten Staaten, die fast alle unter der Führung Washingtons in der NATO zusammengefasst sind, sowie deren Kriegs- und Polizeiaparate, sind der bewaffnete Arm, nicht einer "unsichtbare Hand", sondern der Interessen der transnationalen Konzerne und der sozialen Klassen, die sie leiten.“

In Quito hat sich ein globales Netzwerk für die **Auflösung der weltweit über 1000 ausländischen Militärbasen** gebildet. Der Attac-Rat warnt vor einem **Angriffskrieg gegen den Iran** und fordert „die Bundesregierung dazu auf, eindeutig und unmissverständlich ihre Ablehnung eines solchen Angriffskriegs zu erklären und der Empfehlung von Daniel Ellsberg zu folgen: - den Austritt aus der NATO im Fall eines Kriegs in Aussicht zu stellen, den Austritt aus einem Militärbündnis unter der Dominanz einer Regierung, die in Kontinuität Völker- und Menschenrecht bricht.“

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Florence Proton (Attac Schweiz)

Übersetzungen: Ehrenamtliche Übersetzerinnen von www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis. Bezugsbedingungen: -Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig@attac.de

Globalisierung auf dem Rückzug

Als das Wort "Globalisierung" erstmalig Anfang der 90er Jahre Bestandteil des englischen Wortschatzes wurde, betrachtete man sie als den wichtigsten Trend der Zukunft. Vor fünfzehn Jahren feierten globalistische Denker wie Kenichi Ohmae und Robert Reich den Beginn des Entstehens der so genannten grenzenlosen Welt. Der Prozess, durch den relativ unabhängige nationale Volkswirtschaften funktionell in eine globale Welt integriert werden, wurde als unumkehrbar angepriesen. Und die Leute, die sich gegen die Globalisierung stellten, wurden verächtlich mit den Ludditen, den Maschinenstürmern der ersten industriellen Revolution, gleich gesetzt. Fünfzehn Jahre später, trotz aller Verlagerungen und dem Outsourcing von Betrieben, ist die internationale Wirtschaft eine Ansammlung von nationalen Volkswirtschaften geblieben. Diese sind mit einander zweifellos verbunden, aber ihre Dynamik wird immer noch zum großen Teil durch Binnenfaktoren bestimmt. Tatsächlich hat die Globalisierung ihren Höchststand erreicht und geht zurück.

Glänzende Prognosen – trübe Ergebnisse

Während der Blüte der Globalisierung sagte man uns, dass staatliche Politik keine Bedeutung mehr hätte und dass die Großunternehmen bald Staaten zu Zwergen machen würden. In Wirklichkeit sind Staaten immer noch bedeutsam. Die EU, die US -, und die chinesische Regierung sind heute stärkere Akteure als vor 10 Jahren. In China marschieren die internationalen Unternehmen (transnational corporations =TNCs) nach der Musik des Staates und nicht umgekehrt. Zudem greifen staatliche Maßnahmen in den Markt ein, um Industriestrukturen zu schaffen oder Beschäftigung zu schützen.

Tatsächlich hat Staatsinterventionismus den Unterschied zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, Wohlstand und Armut geprägt. Malaysias Kapitalkontrollmaßnahmen während der asiatischen Finanzkrise 1997-98 verhinderten ein Zusammenbrechen wie in Thailand oder Indonesien. Strenge Kapitalkontrollen schützten China vor einem Kollaps wie bei den Nachbarn. Vor 15 Jahren sagte man uns, dass eine transnationale kapitalistische Elite entstehen würde, die die Weltwirtschaft leiten würde.

In der Tat, Globalisierung wurde zur großartigen Strategie der Clinton Regierung mit der Vision, dass die US Elite die erste unter Gleichen in einer Weltkoalition sein würde auf dem Weg zu einer neuen, gesegneten Weltordnung. Heute liegt dieses Projekt in Scherben. Während der Herrschaft von George W. Bush hat die nationalistische die transnationale Fraktion der Wirtschaftselite überstimmt. Nationalistisch geprägte Staaten konkurrieren scharf mit einander, wobei sie die Wirtschaften der jeweils anderen auszuplündern trachten. Vor einem Jahrzehnt wurde die Welthandelsorganisation WTO gegründet, die neben der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zur dritten Säule des Systems der internationalen Wirtschaftsordnung im

Zeitalter der Globalisierung wurde. Bei ihrem triumphalen Auftreten auf dem ersten Ministertreffen der WTO in Singapur im Dezember 1996 haben die Vertreter der drei Organisationen es als die letzte verbliebene Aufgabe einer "Global Governance" angesehen, "Kohärenz" zu erzielen, d.h. die Koordination der von den drei Institutionen verfolgten neoliberalen Programme, um die reibungslose, technokratische Integration der Weltwirtschaft sicherzustellen.

Aber nun beschwert sich Sebastian Mallaby, der einflussreiche Pro-Globalisierungskommentator der Washington Post, dass „die Handelsliberalisierung stagniert, die Hilfen weniger abgestimmt sind als sie es sein sollten und dass der nächste Großbrand der Finanzmärkte von einem verletzten Feuerwehrmann bearbeitet werden wird“. Tatsächlich ist die Situation schlimmer als er sie beschreibt.

Der IWF ist praktisch außer Funktion. Wissend, wie der Fond die asiatische Finanzkrise mit heraufbeschwor und verschlimmerte, weigern sich immer mehr Schwellenländer, wieder Kredite von ihm aufzunehmen, oder sie zahlen vorfristig zurück, wobei sie erklären, niemals wieder von ihm zu leihen. Zu diesen Ländern gehören Thailand, Indonesien, Brasilien und Argentinien. Da das Budget des Fonds weitestgehend von den Rückzahlungen dieser Großschuldner abhängt, bedeutet dieser Boykott, wie ein Experte beschrieb „einen riesigen Druck auf das Budget der Organisation.“

Die Weltbank ist vielleicht bei besserer Gesundheit als der IMF. Da sie aber das Zentrum für das Debakel der strukturellen Anpassungspolitik gewesen ist, die die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer in größere Armut, größere soziale Ungleichheit und in den Zustand der Stagnation geführt hat, leidet auch die Bank unter einem Legitimationsmangel. Dies kann sich nur noch verschlimmern durch die Ergebnisse eines kürzlich veröffentlichten offiziellen hochrangigen Ausschusses von Fachleuten unter dem Vorsitz des ehemaligen IMF Chefvolkswirts Kenneth Rogoff, die besagen, dass die Bank systematisch

ihre Daten manipuliert hat, um ihre Pro-Globalisierungsposition voranzutreiben und Gegeneffekte der Globalisierung zu vertuschen.

Doch die Krise des Multilateralismus dürfte bei der WTO am schärfsten zu Tage treten. Vergangenen Juli löste sich die Doha-Runde der Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels abrupt auf, als die Gespräche der so genannten Gruppe der Sechs wegen der Weigerung der USA, sich bei ihren enormen Agrarsubventionen zu bewegen, in bitterem Streit abgebrochen wurden. Der amerikanische Ökonom und Freihandelsverfechter Fred Bergsten hatte einmal den Freihandel und die WTO mit einem Fahrrad verglichen: Beide fallen um, wenn es nicht mehr vorwärts geht. Der Kollaps einer Organisation, die einer ihrer Generaldirektoren einmal als das "Kronjuwel des Multilateralismus" bezeichnete, dürfte näher sein als es scheint.

Warum die Globalisierung stagniert

Warum ist die Globalisierung auf Grund gelaufen?

1.
Zu allererst waren die Argumente für die Globalisierung **überbewertet**. Die Masse der Produktion und Umsätze der meisten TNCs findet nach wie vor in ihren Herkunftsländern oder -regionen statt. Es gibt nur eine Handvoll von globalen Unternehmen, deren Produktion und Umsätze relativ gleichmäßig über Regionen verstreut sind.

2.
Zweitens: Statt eine gemeinsame, kooperative Antwort auf die globale Krise von Überproduktion, Stagnation und Umweltzerstörung zu formulieren, haben die nationalen **kapitalistischen Eliten** mit einander **konkurriert** um die Last der Anpassung auf den anderen zu schieben. Die Regierung Bush hat zum Beispiel eine Politik des schwachen Dollars vorangetrieben, um die Erholung und das Wachstum der US-Wirtschaft auf Kosten Europas und Japans

zu fördern. Sie hat sich auch geweigert das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, um Europa und Japan dazu zu zwingen, die meisten Kosten des globalen Umweltschutzes zu tragen, um so die US-Industrie vergleichsweise konkurrenzfähiger zu machen. Während Kooperation die rationale strategische Handlungsmöglichkeit aus der Sicht des globalen kapitalistischen Systems sein mag, kümmern sich die nationalen kapitalistischen Interessen darum, gegenüber ihren Rivalen nicht ins Hintertreffen zu geraten.

3. Ein dritter Faktor ist die zersetzende Wirkung der **Doppelmoral** gewesen, den die Hegemonialmacht USA zur Schau stellt. Während die Clinton-Regierung wirklich versuchte, sich hin auf den Freihandel zu bewegen, hat die Bush-Regierung heuchlerisch Freihandel gepredigt und Protektionismus praktiziert. Wirklich: die Handelspolitik der Bush-Regierung scheint Freihandel für den Rest der Welt und Protektionismus für die USA zu sein.

4. Viertens: Es gab eine zu große **Kluft** zwischen dem **Versprechen** der Globalisierung und dem Freihandel einerseits und dem wirklichen **Resultat** der neoliberalen Politikmaßnahmen andererseits: mehr Armut, Ungleichheit und Stagnation. Einer der wenigen Orte, wo Armut in den letzten 15 Jahren zurückgegangen ist, ist China. Aber es waren staatliche Interventionsmaßnahmen, die die Marktkräfte dirigierten und nicht neoliberale Rezepte, die dafür verantwortlich waren, dass 120 Millionen Chinesen aus der Armut geholfen wurde. Noch dazu waren es die Befürworter der Abschaffung von Kapitalkontrollen, die den realen Zusammenbruch derjenigen Volkswirtschaften erleben mussten, die sich diese Politik zu Herzen genommen hatten. Die Globalisierung der **Finanzwirtschaft** schritt viel schneller voran als die der Produktion. Aber es zeigte sich, dass sie **nicht der Wegbereiter von Prosperität, sondern von Chaos** ist. Die asiatische Finanzkrise und der Kollaps der Wirtschaft Argentiniens, dessen Regierung zu den doktrinärsten Anwendern der Liberalisierung des Kapitalmärkte gehörten, waren die bestimmende Momente der Revolte der Wirklichkeit gegen die Theorie.

5. Ein anderer Faktor, der das globalistische Projekt auflöste, kommt aus seiner **Obsession für wirtschaftliches Wachstum**. In der Tat ist endloses Wachstum das Kernstück der Globalisierung, die Hauptquelle ihrer Legitimation. Während ein kürzlich erschienener Bericht der Weltbank überraschender Weise fort fährt, schnelles Wachstum in den Himmel zu heben als den Schlüssel, die globale Mittelklasse zu ver-

größern, machen Klimaerwärmung, Rekordölpreise und andere Umweltereignisse den Leuten klar, dass das Tempo und das Muster des Wachstums, die mit der Globalisierung einhergehen, ein todsicheres Rezept für einen ökologischen Katastrophe sind.

6. Der letzte Faktor, nicht zu unterschätzende Faktor ist der massive **Widerstand** gegen die Globalisierung gewesen. Die Kämpfe in Seattle 1999, Prag 2000 und Genua 2001; der massenhafte Anti-Kriegsmarsch am 15. Februar 2003, als die Antiglobalisierungsbewegung sich zur globalen Antikriegsbewegung wandelte; der Abbruch des WTO-Ministertreffens 2003 in Cancun und sein Fastzusammenbruch in Hongkong 2005; die Ablehnung einer neoliberalen, Pro-Globalisierungsverfassung für Europa durch das französische und holländische Volk 2005: Dies alles waren Höhepunkte in einem jahrzehntelangen globalen Kampf, der das neoliberale Projekt zurückgedrängt hat. Es war allerdings nur die Spitze des Eisbergs, die Summe von tausenden von anti-neoliberalen, gegen die Globalisierung gerichteter Kämpfe von Tausenden von Gemeinschaften überall auf der Welt, an denen sich Millionen von Bauern, Studenten, Indigenas und viele Angehörige der Mittelschichten beteiligt haben.

Geschwächt, aber nicht vorbei

Die von den Unternehmen betriebene Globalisierung ist geschwächt, beseitigt ist sie nicht. Obwohl viele neoliberale, Pro-Globalisierungsmaßnahmen diskreditiert sind, bleiben sie doch in vielen Volkswirtschaften in Kraft, nach Ansicht von Technokraten in Ermangelung zuverlässiger Alternativen. Da sich die Dinge in der WTO nicht bewegen, legen die großen Handelsmächte besonderes Gewicht auf Freihandelsvereinbarungen (free trade agreements = FTAs) und ökonomische Partnerschaftsvereinbarungen (economic partnership agreements = EPAs) mit Entwicklungsländern. Diese Vereinbarungen sind in vielerlei Hinsicht **gefährlicher** als die multilateralen Verhandlungen in der WTO, denn sie fordern oft größere Zugeständnisse in Bezug auf Marktzugang und ein härteres Urheberrecht.

Dennoch, die Dinge sind nicht mehr so einfach für die Unternehmen und Handelsmächte. Doktrinäre Neoliberale werden in Schlüsselpositionen abgelöst durch mehr pragmatische Technokraten, die oft neoliberale Maßnahmen praktisch umkehren wegen des öffentlichen Drucks. Wenn es zu FTAs kommt, ist der globale Süden sich der Gefahren bewusster und beginnt, Widerstand zu leisten. Schlüsselregierungen Südamerikas, die unter Druck ihrer Bevölkerungen standen, brachten im November 2005 das Free Trade of the Americas

(FTAA) – das großartige Projekt George W. Bushs für die westliche Hemisphäre – während der Konferenz in Mar del Plata zum Entgleisen.

Ebenso war es einer der Gründe, warum viele Leute sich dem Premierminister Thaksin Shinawatra Monate vor dem Coup in Thailand widersetzen, als er eilig ein FTA mit den USA abschließen wollte. Im Januar 2006 versuchten einige 10000 Demonstranten das Gebäude in Chiang Mai, Thailand, zu stürmen, als dort US und Thai Beamte verhandelten. Der Nachfolgeregierung von Thaksin gelang es, das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA auf Eis zu legen, und Bewegungen, die in anderen Regionen FTAs verhindern wollen, erhielten durch die Bemühungen der Thais Auftrieb.

Der Rückzug von der neoliberalen Globalisierung ist am deutlichsten in Lateinamerika.

Nach der langen Ausbeutung durch ausländische Energieriesen hat Bolivien unter Evo Morales seine Energieressourcen verstaatlicht.

Nestor Kirchner von Argentinien gab ein Beispiel dafür, wie ein Entwicklungsland dem Finanzkapital die Stirn bieten kann, als er die Gläubiger aus dem Norden zwang, nur 25% der Schulden für jeden Dollar, den Argentinien schuldete, zu akzeptieren.

Hugo Chavez hat einen ehrgeizigen Plan zur regionalen Integration, die Bolivarische Alternative für Amerika (ALBA), auf den Weg gebracht, die ohne Beteiligung nördlicher Konzerne auf wirklicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit statt auf Freihandel basiert und getrieben ist von einer, wie es Chavez selbst beschreibt, "über den Kapitalismus hinausreichenden Logik".

Die Zukunft der Globalisierung

Aus heutiger Sicht scheint die Globalisierung nicht eine neue, höhere Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus gewesen zu sein, sondern eine Antwort auf die zugrunde liegende **Strukturkrise** dieser Produktionsweise. Fünfzehn Jahre nachdem sie als die Welle der Zukunft angekündigt worden war, scheint Globalisierung weniger eine „schöne neue Phase“ des kapitalistischen Abenteurers gewesen zu sein als eine verzweifelte Bemühung des globalen Kapitals, der Stagnation und den Ungleichgewichten zu entkommen, die die Weltwirtschaft in den 70er und 80er Jahren beherrschten. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime in Mittel- und Osteuropa lenkte die Aufmerksamkeit von dieser Wirklichkeit in den frühen 90er Jahren ab.

Die **G8** sollte im Zeitalter der Globalisierung zu einer der zentralen Institutionen der globalen Steuerung werden. Dies war das Hauptziel des Clinton-Blair-Projektes der späten 1980er Jahren. Heute ist die G8 aber

nur noch ein hohles Gerippe, das weniger durch Kooperation als durch Rivalitäten zwischen den dominanten kapitalistischen Mächten bestimmt ist. Aus Gewohnheit trifft sie sich auch weiterhin, aber ihr ursprüngliches Ziel, ein Koordinationsforum transnationaler Eliten zu sein, rückt in immer größere Ferne.

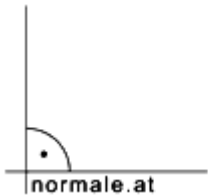
In zahlreichen fortschrittlichen Kreisen glaubt man noch immer, dass die vorrangige Aufgabe darin bestehe, die Globalisierung zu "humanisieren". Doch die Globalisierung ist eine verbrauchte Macht.

Die heutigen, sich vervielfältigenden ökonomischen und politischen Konflikte ähneln, wenn überhaupt, dem Ende der Periode dessen, was die Historiker als das Erste Zeitalter der Globalisierung bezeichnen, das sich von 1815 bis zum Ersten Weltkrieges 1914 erstreckte. Die dringende Aufgabe ist nicht, die konzerngetriebene Globalisierung in eine „sozialdemokratische Richtung“ zu steuern, sondern ihren Rückmarsch so zu managen, dass nicht dasselbe Chaos und dieselbe Kette von unbeherrschten Konflikten entsteht, die ihren Niedergang in jener früheren Ära kennzeichnete.

(Diese Kolumne erschien in „Foreign Policy in Focus“ am 27. Dez. 2006: <http://www.fpif.org/fpiftxt/3826>.

Übersetzung G.Röder/SiG).

* Walden Bello ist Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen und geschäftsführender Direktor des Forschungs- und Beratungsinstituts "Focus on the Global South", Bangkok. Auf deutsch erschien sein Buch "Deglobalisation" 2003 bei VSA (siehe SiG45)



**„Normal“ ist, was uns verschwiegen wird.
„Normal“ ist, dass wir für blöd verkauft werden.
Die "Normale" räumt damit auf.**

Im 5. Jahre seines Bestehens werden Schul- und Abendvorstellungen des gesellschaftspolitischen Dokumentarfilmfestes "Normale" im Frühjahr 2007 fortgesetzt, zum zweiten Mal nun in Wien:

nähere Infos: <http://www.normale.at>



Inkota – Brief 139, März 2007: Der G8-Gipfel in Heiligendamm

■ Aus dem Inhalt:

- Peter Wahl: Im Westen nichts Neues. Im Club der G8 werden wichtige Entscheidungen für die Weltökonomie und die Weltpolitik getroffen - ohne demokratische Kontrolle
- Birgit Mahnkopf: Anachronistentreffen in Heiligendamm. Zur Rolle der G8 als Akteur von Global Governance
- Christa Wichterich: Gruppenbild mit Dame. Die G8 stehen für ein Wirtschaftsmodell, das Frauen weiter benachteiligt
- Nicola Bullard: Gegenwind aus dem Süden. Aufstrebende Staaten und soziale Bewegungen fordern die G8 heraus
- Marie Lindberg und Achim Brunnengräber: Versöhnungsformel Klimaschutz. Viel wird derzeit über den Klimaschutz gesprochen, doch gehandelt wird kaum
- Florian Butollo: Tanz um den Vulkan. Die Initiative der G8 für mehr Transparenz für Hedge Fonds macht die Finanzmärkte nicht stabiler
- Petra Buhr: Wem gehört das Wissen der Welt? Bei geistigen Eigentumsrechten vertritt die G8 Konzern- statt Gemeininteressen
- Mills Soko: Eine zwiespältige Bilanz. Die G8 und ihre Initiativen für Afrika
- Heike Walk: Weltöffentlichkeit gegen die G8-Gipfel. Die sozialen Bewegungen bereiten sich auf Heiligendamm vor

- Magdalena Freudenschuß: Von Zäunen und Träumen. Überlegungen zum utopischen Gehalt der G8-Proteste
- ABC der Gipfelproteste. Vielfältig, bunt und kreativ: Die Aktionen zum G8-Gipfel
- Gebt 8 - wir können auch anders! INKOTA plant zahlreiche Aktivitäten rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm
- Soll man Forderungen an den G8-Gipfel stellen? Ein Pro und Contra von Claudia Warning (VENRO) und Pedram Shahyar (Attac)



- Gipfelerwartungen. Persönliche Motivationen und Hoffnungen von neun AktivistInnen
- Klaus-Dieter Kaiser: Ausgrenzung und Ressentiments. Die G8-Gegnerschaft der NPD als Spiegel ihrer Strategien im Land
- Michael Krämer: Lesestoff für Gipfelstürmer. Zwei Bücher zum G8-Treffen von sehr unterschiedlicher Qualität

<http://www.inkota.de/>

G8-Gipfel in Heiligendamm

Aufruf zur Internationalen Großdemonstration in Rostock am Samstag, 2.6.2007 Eine andere Welt ist möglich!

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum „G8-Gipfel“ im Ostseebad Heiligendamm. Die „Gruppe der 8“ (G8) ist eine **Institution ohne Legitimation**. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.

Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an **Hunger**, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist eine **ungerechte Welthandelspolitik**, wie sie im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen von den reichen Industrieländern betrieben wird.

Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer **Schulden** erlassen.

Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8 **Armut** nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen **Ressourcen** wird beschleunigt.

Zugleich schotten sich die reichen Industrieländer immer stärker gegen Flüchtlinge und **MigrantInnen** ab. Die dennoch Eingereisten werden illegalisiert und als rechtlose BilligarbeiterInnen ausgebeutet.

Die G8-Staaten sind die größten Klimazerstörer. Sie allein sind für 43% des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und stehen zudem für eine Renaissance der **Atomenergie**, die wir entschieden ablehnen.

Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90% der weltweiten **Waffenexporte** und eine neue Ära von **Rohstoffkriegen**. Sie sind Vorreiter einer auf **Krieg** gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.

Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Dagegen wollen wir bei unserer Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock protestieren und die **Alternativen** dazu aufzeigen. **Ge-**

meinsam mit Millionen Menschen in aller Welt sagen wir: Eine andere Welt ist möglich!

- Für die sofortige **Streichung illegitimer Schulden** und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens!
- **Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste** – für gleiche soziale Rechte und **Standards** weltweit!
- Für einen schnellen und radikalen Wechsel zu den **erneuerbaren Energien**. Zusammen mit einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz und der Umstellung auf ein **nachhaltiges Wirtschaften** können nur so ein gefährlicher Klimawandel und weitere Kriege um Öl- und Gasreserven verhindert werden.
- Für den sofortigen und endgültigen **Ausstieg aus der Atomenergie** und für vollständige weltweite atomare Abrüstung!
- Für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – **gegen jede Form von Rassismus und Faschismus!**
- Für die Überwindung von Mauern und Grenzen! **Gegen Lager und Abschiebungen!**
- **Für eine friedliche Welt!** Schluss mit der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen durch die G8-Staaten!
- Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen des Planeten für die nächsten Generationen.

Eine solche **andere** Globalisierung entsteht nicht auf exklusiven und abgeschotteten Gipfeltreffen, sondern **von unten** aus der globalen Bewegung von Menschen und Initiativen, die sich für eine andere, bessere Welt einsetzen. Diese globale Bewegung wird sich mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen während des G8-Gipfels zu Wort melden.

Auf der Internationalen Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock werden wir die Größe, Stärke und Vielfalt unseres bunten und breiten Protestes unübersehbar machen.

(veröffentlicht am 26.2.2007)

ErstunterzeichnerInnen dieses Demonstrationsaufrufes:

Personen Deutschland

Christian Ströbele / Daniela Dahn (Autorin) / Emil Mangelsdorff (Jazzmusiker) / Gregor Gysi / Monty Schädel (Bundessprecher DFG/VK) / Oskar Lafontaine / Peter Sodann (Schauspieler) / Peter Strutynski und Anne Rieger (Friedensratschlag) / Rolf Becker (Schauspieler) / Sibylle Stamm (Landesbezirksleiterin ver.di Baden-Württemberg)

Personen international:

Alain Krivine, Sprecher der Ligue Communiste Révolutionnaire

(LCR), Frankreich / Alda Sousa, Universitätsdozentin, Nationale Leitung des Bloco de Esquerda (Linksblock), Portugal / Alfred L. Marder, Präsident des US Peace Council / Antonio Martins, Herausgeber von le monde diplomatique Brasilien / Antonio Negri, Philosoph, Italien / Arundhati Roy, Indien / Bertil Viden, Programmleiter des International Institute for Research and Education, (IIRE), Niederlande / Beverly Keene, Koordinatorin von Dialogo 2000/Jubileo Sur America Latina, Argentinien / Boguslaw Zietek, President, WZZ Sierpion 80 and Polska Partia Pracy, Polen / Boris Kagarlitzki, Direktor des Instituts

für Globalisierungsstudien IPROG, Russland / Brian Ashley-Hotz, Southern African Popular Education and Research Initiative; Südafrika / Dariusz Zalega, Trybuna Robotnicza, Polen / Eduardo Galeano, Schriftsteller, Uruguay / Eric Tossaint, Präsident des Comité pour l'annulation de la dette du Tiers-Monde (CADTM), Belgien / Eva Olaer, Stichting Sumpay Mindanao International, Mindanao, Philippinen / Farooq Tariq, Journalist, Pakistan Peasant Coordination Committee, Pakistan / Gilbert Achcar, Historiker und Soziologe, Frankreich / Guy Taylor, Globalise Resistance, Großbritannien / Harold Pinter, Literaturnobelpreisträger

2005, England / Howard Zinn, Historiker, USA / Ilja Wilonskis, Journalist, Wperjod (Vorwärts!), Russland / Jaime Ballesteros, Präsident von OSPAAAL-Solidaridad, Spanien / James Cockcroft, Soziologe und Historiker, Defensa de la Humanidad, USA / Jean Batou, Historiker, solidaritéS, Schweiz / John Cavanagh, Institute for Policy Studies, USA / Lidy Nacpil, Internationale Koordinatorin von Jubilee South, Philippinen / Ludo De Brabander und Georges Spriet, Sprecher der belgischen Friedensbewegung, Vrede / Magdalena Ostrowska, KPIORP, Trybuna Robotnicza, Polen / Martin Khor, Direktor des Thirld World Net-

work, Malaysia / Masahiro Watari-da, Globalization Watch Hiroshima, Japan / Mercia Andrews, Direktorin des Trust for Community Outreach and Education, Südafrika / Michael Löwy, Philosoph und Soziologe, Frankreich / Njuki Githethwa, Koordinator des Kenyan Debt Relief Network KENDREN, Kenia / Olivier Besancenot, Präsidentschaftskandidat der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), Frankreich / Özlem Barin, Özgür-lük ve Dayanisma Partisi (Partei für Freiheit und Solidarität, ÖDP), Türkei / Piotr Kawiorski, Attac, Polen / Pol De Vos, StopUSA – Belgien / Sarath Fernando, Sekretär

des Movement for National Land and Agricultural Reform (MONLAR), Sri Lanka / Susan George, Attac France / Thomas Eisler, Nationaler Sekretär der Enhedlisten – de rood-gronne (Rot-Grüne Allianz), Dänemark) / Thomas Kocherry, Convenor der National Alliance of Peoples Movements (NAPM) und Sekretär des National Centre for Labour of India (NCL), Indien / Walden Bello, Focus on the Global South, Philippinen / Yoko Akimoto, Attac Japan / Zbigniew M. Kowalewski, KPi-ORP, Rewolucja, Polen

Organisationen
AGIF Föderation der ArbeitsmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland / Attac Deutschland / BUNDjugend Bundesverband / Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen / Erlassjahr.de / Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung (Euromarsch) / Flüchtlingsinitiative Brandenburg / Gerechtigkeit Jetzt! - Die Welt-handelskampagne / Greenpeace Deutschland / Grüne Jugend / Initiative "ChristInnen: Auf nach Heiligendamm!": ITP Münster, Kairos Europa, Pax Christi Kom-

mission Globalisierung und soziale Gerechtigkeit, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, ChristInnen für den Sozialismus / Interventionistische Linke / Jubilee South / JungsozialistInnen in der SPD / medico international / Netzwerk Friedenskooperative / Netzwerk kein mensch ist illegal / NoLager-Netzwerk / Pro Asyl / ROBIN WOOD - Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V. / 'solid - die sozialistische Jugend e.V. / The Nationwide Caravan for the Rights of Refugees and Migrants / The VOICE Refugee Forum / ver.di Jugend / X-tausendmal quer

http://www.heiligendamm2007.de/index_demo.html

Es gibt Alternativen

Aufruf zum internationalen G8 Alternativkongress Rostock 5.-7. Juni 2007

Der Gipfel der acht reichsten und mächtigsten Staaten der Welt findet 2007 in Heiligendamm bei Rostock statt. Die Politik der G8 stößt seit langem weltweit auf Kritik und Protest. Auch beim Gipfel 2007 wird dies in vielfältigen Formen sichtbar werden. Ein wichtiges Element ist dabei der Alternativgipfel vom 5.-7. Juni in Rostock. Dazu laden wir alle ein, die Alternativen wollen.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs der G8 nur 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, behandeln sie Fragen der Weltwirtschaft, von Entwicklung, Umwelt, Krieg und Frieden und andere Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Dabei haben sie vor allem ihre eigenen, oft an kurzfristigen nationalen Zielen ausgerichteten Interessen im Blick. Das soll auch 2007 wieder so sein. Die Bundesregierung hat das Thema „Investitionsunsicherheit“ zum eigentlichen Leitmotiv des Gipfels erklärt.

Diese Art der Globalisierung bringt viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervor.

Zu den Verlierern gehört die **soziale Gerechtigkeit**. Weltweit nehmen Armut und soziale Polarisierung zu. Während die Zahl der Hungernden in den letzten zehn Jahren von 840 Millionen Menschen auf 854 Millionen gestiegen ist, hat die winzige Gruppe von Millionären und Superreichen ihr Kapitalvermögen von 16 Billionen Dollar auf 33 Billionen verdoppelt. Profiteure der Globalisierung sind auch „Global Player“ - wie institutionelle Anleger und transnationale Konzerne. Gleichzeitig nehmen selbst in den meisten Industrieländern Armut und soziale Unsicherheit zu.

Zu den Verlierern gehört auch die **Umwelt**. Die herrschende Wirtschafts- und Lebensweise führt in die Klimakatastrophe, vernichtet die Artenvielfalt und plündert die natürlichen Ressourcen des Planeten. So werden die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Die an grenzenlosem Wachstum und unregulierter Dynamik des Marktes orientierte Politik der G8 verschärft die globalen Umweltprobleme.

Zu den Verlierern gehören auch **Frieden und internationale Sicherheit**. Die Ursachen für Konflikte nehmen zu. Dies befördert Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus, Gewalt, Terror und Krieg. Doch anstatt weitsichtiger Konfliktprävention erleben wir eine zunehmende Militarisierung der internationalen Politik. G8 Staaten führen auch Krieg oder sind an bewaffneten Konflikten beteiligt.

Unter den Verlierern sind **Frauen** wiederum in besonderem Maße betroffen. Millionen von Menschen werden durch unerträgliche Lebensbedingungen zur Migration und Flucht gezwungen. Gleichzeitig wird die Abschottung gegen Migration überall verstärkt.

So kann es nicht weiter gehen. Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders. **Wir wollen** eine demokratische Globalisierung von unten. Eine Globalisierung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir wollen faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Wir wollen eine solidarische Ökonomie. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Umgang mit unserer Um-

welt. Wir treten ein für Friedfertigkeit und politische Konfliktlösungen.

Es gibt Alternativen zur Politik der G8. Wir wollen sie der Öffentlichkeit präsentieren. Wir wollen uns untereinander aber auch über offene Fragen austauschen und gemeinsam an deren Beantwortung arbeiten.

Der Alternativgipfel findet statt vom 5. Juni (17:00 h) bis 7. Juni (13:00 h). Darüber hinaus gibt es mehrere Satelliten-Veranstaltungen zu spezifischen Themen.

Interessierte Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen haben die Möglichkeit Workshops im Rahmen des G8-Alternativgipfels anzubieten. Kontakt: workshops@g8-alternative-summit.org, 030-280.418.11

Initiatoren: Aktionsbündnis AIDS, Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Attac Deutschland, BDKJ, BUND, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Deutscher Naturschutzring (DNR), Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Eine Welt Landesnetzwerk MV, Erlassjahr.de, FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), Gerechtigkeit jetzt!, Greenpeace Deutschland, Heinrich Böll Stiftung, IG Metall, INKOTA-netzwerk, Interventionistische Linke, IPPNW, Landesflüchtlingsrat MV, Leipziger Missionswerk, medico international, Misereor, Netzwerk Friedenskooperation, Netzwerk Grundeinkommen, Ökumenische Initiative eine Welt, Oxfam Deutschland, Pro Asyl, Rosa Luxemburg Stiftung, Stiftung Nord-Süd Brücken, Terre des Femmes, Urgewald, VENRO, WEED.

International: Action Aid, FOE Europe, Focus on the Global South, Via Campesina

<http://www.g8-alternative-summit.org/de/>

Alessandro Pelizzari, Florence Proton

Euromärsche gegen den G8-Gipfel 2007: Gemeinsam unterwegs für unsere Rechte!

Das nächste Gipfeltreffen der acht Weltmächte findet bekanntlich vom 6. bis zum 8. Juni 2007 im kleinen deutschen Badeort Heiligendamm an der Ostsee statt, ungefähr dreissig Kilometer westlich von Rostock. Überall in Europa finden Vorbereitungen zur Mobilisierung statt.

G8 steht für Prekarität...

Seit ihrer Gründung im Jahr 1975 als Reaktion auf die internationale Wirtschaftskrise sind die G8-Gipfeltreffen schnell zur Stütze der "neuen Global Governance" geworden. Ohne jegliche demokratische Kontrolle werden an den G8-Treffen Fragen behandelt, die den Gang der Welt massgeblich prägen: Strukturanpassungsprogramme, Marktliberalisierung, Kampf gegen den Terrorismus oder Klimawandel. Der G8-Gipfel bezeichnet sich auf seiner Webseite zwar explizit nicht als "internationale Organisation", versteht seine Rolle aber dennoch als real und wichtig auf Grund seiner Eignung als Ort der Absprache und als Quelle von Impulsen, insbesondere in Wirtschaftsfragen. Auch wird festgehalten, dass ein gutes Einvernehmen unter den G8-Mitgliedsstaaten für ein reibungsloses Funktionieren der grossen internationalen Organisationen – IWF, Weltbank oder WTO – unverzichtbar sei. Das "Einvernehmen" zwischen den bedeutendsten Handels- und Militärmächten hat natürlich seinen guten Grund. Augenfälliges Beispiel der Bedeutung von G8 war die Art und Weise, wie es dem "G1", nämlich George W. Bush gelungen ist, am Gipfel von Evian 2003 Frankreich und andere Länder, die sich gegen den eben lancierten Krieg gegen Irak ausgesprochen hatten, unter dem Zeichen des "Wiederaufbaus" des zerstörten Landes einzubinden. Der einheitliche Rahmen des G8-Gipfels war offenbar auch notwendig, um die Öffnung des Weltmarkts durchzusetzen, über die im Rahmen von Handelsabkommen mit den Ländern des Südens verhandelt wurde. Obwohl die Auswirkungen dieser Politik des "guten Einvernehmens" allen bekannt sind – Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktion von Lebensmitteln für die ansässige Bevölkerung, Privatisierung von Infrastrukturen, Massenarbeitslosigkeit – schlagen die G8-Regierungen gegen die Verarmung immer wieder dieselben Rezepten vor: Noch mehr Marktöffnung, noch mehr Liberalisierung. So kündigte die G8-Gruppe 2005 offiziell an, die "UNO-Millenniumsziele" zur Halbierung der Armut unterstützen zu wollen, doch mit dem Vorbehalt, keines dieser Ziele könne ohne

"Öffnung des Welthandels" erreicht werden!

... im Land der "heiligen Allianz" gegen die Lohnabhängigen

Mittlerweile ist die WTO-Verhandlungsrunde zu Handelsliberalisierung gescheitert und die Besetzung von Irak durch US-Truppen versumpft immer mehr. Damit ist für den diesjährigen G8-Gipfel die Lage weniger günstig. In dieser gedämpften Stimmung hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Klimaproblematik als Hauptthema des G8-Gipfels 2007 angekündigt. Konkret angeschnitten werden jedoch auch Fragen wie das globale Wachstum, die Finanzstabilität, das geistige Eigentum und die Investitionsfreiheit. Klar ist auf jeden Fall, dass die vom G8 ausgehenden "Wirtschaftsimpulse" nicht nur die Länder des Südens noch mehr benachteiligen, sondern auch den Druck auf die Lohnabhängigen des Nordens erhöhen werden. Sozialdumping, Abbau des Arbeitsrechts, Diskriminierung von MigrantInnen, Stellenstreichungen – mit dieser Politik sollen die noch verbleibenden Elemente von sozialem Schutz ausgehöhlt und der Preis der Arbeit aller Lohnabhängigen noch mehr gesenkt werden. Ein greifbarer Beweis dafür ist, dass in der Europäischen Union heute ein Vollzeitlohn für eine Familie nicht mehr ausreicht: In 35 % der ärmsten Haushalte geht mindestens eine Person einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Daher ist es von Bedeutung, dass der G8-Gipfel in einem Land stattfindet, das – zuerst unter einer rot-grünen, dann unter einer rot-schwarzen Regierung – ein noch nie gekanntes Ausmass an Angriffen auf die Rechte der Lohnabhängigen und Arbeitslosen erlebt hat. Prekär Beschäftigte wurden in brutaler Weise diszipliniert ("Sozialreformen" Hartz IV). Über die "Reformen" der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe werden neue Formen von Zwangsarbeit eingerichtet. Und die Regierung verlangt heute von einer halben Million Arbeitsloser und SozialhilfeempfängerInnen, dass sie eine günstigere Wohnung beziehen, unter dem Vorwand, die bisherige sei gemäss den neuen Massstäben zu komfortabel.

Die sozialen Bewegungen Europas auf der Suche nach Einigkeit

Da 2007 kein Europäisches Sozialforum stattfindet, sind die Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel für die sozialen Bewegun-

gen in Europa dieses Jahr die einzige Gelegenheit zur Zusammenarbeit, während Angela Merkel, die im ersten Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, den Europäischen Verfassungsvertrag neu lancieren möchte. In mehreren Ländern sind daher Vorbereitungen zur Mobilisierung im Gang.

Die wichtigste Initiative ist sicherlich die Organisation der "Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung". Wie schon im Jahr 1997 sollen diese Märsche auf die brutalen Folgen der neoliberalen Umstrukturierung des Arbeitsmarkts in Europa aufmerksam machen: Massives Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Subunternehmerketten mit "entsandten" Lohnabhängigen, allgemeines "Sozialdumping", Kriminalisierung der prekärsten Beschäftigten und Verschärfung einer Migrationspolitik, die mehr denn je Selektion, Kontrolle und Aufspaltung der MigrantInnen gemäss den Marktbedürfnissen bedeutet. Die TeilnehmerInnen an den Euromärschen werden Europa in einem Sternmarsch mit verschiedenen Strängen durchwandern und am Vorabend der grossen Kundgebung vom 1. Juni 2007 in Rostock zusammentreffen.

In der Schweiz werden die Euromärsche von einer breiten Kräftekoalition organisiert, die Koordination übernehmen unter anderem attac, die Gewerkschaft Unia und verschiedene Vereinigungen von MigrantInnen und Arbeitslosen. Die Mobilisierung beginnt mit einer Kundgebung auf den Quais von Genf und einem grossen Fest am Abend des 19. Mai 2007. Der eigentliche Marsch setzt sich dann am 20. Mai in Bewegung, ausgehend von der WTO in Genf als Symbol für den Zusammenhang zwischen Marktöffnung, Deindustrialisierung, Zerstörung der Lebensgrundlage der BäuerInnen und Massenarbeitslosigkeit. Als nächste Etappen sind Nyon, dann Renens am 22., Lausanne am 23., Freiburg am 24., Bern am 25. und schliesslich Basel am 26. Mai vorgesehen. Jede Etappe wird sich einem der Hauptthemen der Euromärsche widmen: Migration und Prekarität. Die Organisation der verschiedenen Etappen mit je spezifischen Schwerpunkten schreitet voran: Das Thema der Rechte der Lohnabhängigen steht im Vordergrund der Genfer Mobilisierung; in Nyon finden eine Abendveranstaltung und eine Ausstellung zu prekären Beschäftigungsformen in der Landwirtschaft statt; in Renens wird ein Bühnenstück von Dario Fo aufgeführt; und

in Lausanne wird im Rahmen von Slam-Sprechgesängen die Prekarität unter Jugendlichen Thema sein. In Freiburg geht es um die Prekärsten, die mit den heikelsten und schlimmsten Lebensumständen konfrontiert sind: Die Sans-papiers, die in ständiger Angst vor Ausschaffung und Repression leben und Schwarzarbeit sowie unmenschliche Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen müssen. In Bern wird ein Podium zum Thema "Grundeinkommen statt Armut" organisiert, und schliesslich

stehen die Personenfreizügigkeit und die Migration im Mittelpunkt der Basler Etappe, mit dem symbolischen Überschreiten der Grenze zu Deutschland.

Es geht nicht nur um die Mobilisierung gegen G8: Es gilt, gemeinsam gegen die Unterwerfung der Lohnabhängigen unter die Freihandelsgesetze zu protestieren, den Zusammenhang zwischen Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Neoliberalismus aufzuzeigen. Zudem soll

für "soziale Fragen" in der Schweiz wieder ein Raum erkämpft werden und Schritt für Schritt jene Solidarität wieder aufgebaut werden, die von der neoliberalen Politik zerstört wurde. Diese gemeinsame Wiederaneignung der sozialen Fragen ist die Voraussetzung, die eine andere Welt überhaupt erst möglich macht.

Aus dem Französischen von Angelika Gross und Karin Vogt, ehrenamtliche Übersetzerinnen Coeditrad@attac.org

Stoppt den G 8 Gipfel – Gewerkschaften auf die globale Bühne!

Als GewerkschafterInnen aus vielen Ländern sind wir Teil des Protestes gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Wie keine andere internationale Institution sind diese jährlichen Gipfeltreffen Symbol der weltweiten neoliberalen Dominanz.

Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immer schlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Millionen Menschen produzieren.

Wir unterstützen den Protest gegen imperiale Machtstrategien und Kriege, gegen den Raubbau an der Natur und den immer bedrohlicher werdenden Klimawandel. Entgegen seiner Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts.

Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit **in Konkurrenz zueinander gebracht**. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Als GewerkschafterInnen fordern wir daher:

- Die **Kernarbeitsnormen** sind ein Menschenrecht und müssen als Mindeststandards durchgesetzt werden. Dazu zählen die Rechte auf Bildung von Gewerkschaften und auf das Führen von Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und das generelle Diskriminierungsverbot in Arbeit und Beruf. Verstöße müssen öffentlich gemacht und mit harten Sanktionen belegt werden.

- **Gesetzliche Höchstarbeitszeit:** Arbeitsumverteilung ist das entscheidende Mittel gegen eine Arbeitslosigkeit von 200 Millio-

nen Arbeitlosen und 1,4 Milliarden „working poor“ weltweit. Produktivitätsfortschritte müssen über Arbeitszeitverkürzungen zum gesellschaftlichen Fortschritt werden: die 30-Stunden-Woche ist das Ziel, die 40 Std.-Woche muss weltweit gesetzliche Höchstarbeitszeit werden.

- **Mindestlöhne**, die es in einigen Ländern, wenn auch unzureichend, schon gibt, müssen zu weltweiten Mindeststandards werden. Mit jeweils 60% des nationalen Durchschnittslohns müssen sie globale Gültigkeit entfalten.

- **Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung** müssen aufgebaut bzw. vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt werden.

Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zur Ware werden.

- **Betriebliche Schutz- und Beteiligungsrechte** müssen gesetzlich geregelt werden, um Beschäftigten einen Mindestschutz vor Arbeitgeberwillkür zu gewährleisten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über ein gigantisches Erpressungspotential gegenüber Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte) und gegenüber nur nationalstaatlich agierenden Gewerkschaften.

Aus dieser historischen Defensive müssen wir herauskommen, indem wir uns dem Kapital an die Fersen heften, Sprachschwierigkeiten und wechselseitige Unkenntnis überwinden und das Gemeinsame in unseren Interessen erkennen, grenzüberschreitend auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten und zu Protesten und Widerstand zusammenfinden, wie bei der Streikdemonstration gegen die Bolkestein-

richtlinie, wie bei den internationalen Streiks der HafentarbeiterInnen und Seeleute und wie jetzt im Juni 2007 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm.

Wir wissen, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Aber wir wissen auch, dass wir nur durch die **Überwindung der Konkurrenz untereinander** und mit Hilfe global handlungsfähiger Gewerkschaften dem global agierenden Kapital wirkungsvoll entgegentreten können.

UnterzeichnerInnen

(Auswahl, eine offizielle Veröffentlichung mit allen ErstunterzeichnerInnen folgt)

Detlef Baade, Betriebsrat/Schweb-Vertretung/K-Sbv, Hamburg

Hagen Battran, GEW Bezirksvorsitzender, Freiburg
Gerd Buddin, Stellvertreter Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, Bezirk Berlin

Patrick von Brandt, ver.di Landesbezirksjugendsekretär Niedersachsen-Bremen

Jeannine Geißler, ver.di Jugendbildungsreferentin, Hannover

Werner Dreibus, Bevollmächtigter der IG Metall, Offenbach

Roland Hamm, 1. Bevollmächtigter IG Metall Aalen

Ralf Krämer, ver.di Gewerkschaftssekretär, Berlin
Walter Mayer; IG Metall Gewerkschaftssekretär i.R., Berlin

Bernd Riexinger, ver.di Bezirksgeschäftsführer, Stuttgart

Werner Sauerborn, ver.di Gewerkschaftssekretär, Stuttgart

Heidi Scharf, 1. Bevollmächtigte IG Metall Schwäbisch-Hall

Michael Schlecht, ver.di Gewerkschaftssekretär, Berlin

Berno Schuckart, Mitarbeitervertretung, ver.di Hamburg

Sibylle Stamm, ver.di Landesvorsitzende Baden-Württemberg

Roland Tremper, ver.di Bezirksgeschäftsführer, Berlin

und viele andere ...

Kontakt: Dirk Spöri, spoeri@gmx.net, Tel.: 0160 7942195, Auwaldstr. 29, 79110 Freiburg
Werner Sauerborn, werner.sauerborn@t-online.de

Radikale Antworten für Heiligendamm

Der anstehende G-8-Gipfel im Juni stellt die globalisierungskritische Bewegung vor eine gewaltige Herausforderung. Alles deutet darauf hin, dass die Mobilisierung die vorherigen Gipfelproteste in Köln 1999 und in München 1992 weit in den Schatten stellen wird. Unzählige Veranstaltungen quer über die Republik sind bisher organisiert, unzählige lokale Bündnisse im ganzen Land geschmiedet. Erstmals seit langem arbeiten linke Aktivisten unterschiedlicher Couleur wieder zusammen an einem gemeinsamen Projekt – und das über einen längeren Zeitraum. Keine Frage: Die Mobilisierung gegen das Treffen der acht Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans und Rußlands sowie Großbritannien, Frankreichs, Italiens und Deutschlands in Heiligendamm ist ein Projekt von großen Teilen der außerparlamentarischen Linken, und daran wird diese auch gemessen werden.

Gipfelmobilisierungen waren seit je her ein spezifischer Ort der globalisierungskritischen Bewegung, an dem diese nicht nur weithin sichtbar wurde. Hier wurden auch die spezifischen Merkmale der neuen Bewegung geformt: **Pluralität** und **Globalität** sowie das Zusammenbringen von **Masse**, **Ideen** und **Entschlossenheit**. Für weltweites Aufsehen sorgte diese neue Bewegung mit ihren Protesten gegen die Welt Handelsorganisation (WTO) in Seattle Ende 1999. Unter dem Motto »Teamster & Turtles Unite« demonstrierten US-amerikanische Lastwagenfahrer, die um ihre Jobs fürchteten, neben jungen Aktivisten, die als Schildkröten verkleidet gegen die Freigabe kanadischer Gewässer für das Fischen protestierten. Beide Gruppen hätten früher nie daran gedacht, nebeneinander für ein gemeinsames Ziel auf die Straße gehen. 2007 in Heiligendamm ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen aus dem kirchlichen Spektrum mit der Antifa und ATTAC demonstrieren.

Die Mobilisierungen gegen den G-8-Gipfel in **Genua** 2001 waren in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt für die neue Bewegung. 300000 Menschen zogen damals durch die Straßen der italienischen Mittelmeerstadt. Zehntausende Aktivisten stürmten gegen die hermetisch abgeriegelte »rote Zone«, in der die Großen und Mächtigen tagten, an. War es der neuen Bewegung mit ihren entschlossenen Aktionsformen gelungen, in Seattle und in Prag die Tagungen der WTO und des Internationalen Währungsfonds zum Abbruch zu bringen, zeigte die italienische Polizei brutal die Grenzen ungehorsamer Proteste – der Staat stellte ein paar Panzerfahrzeuge mehr in den Weg, seine Uniformierten waren bereit, auf Demonstranten zu schießen. Am Ende lag der

23jährige Carlos Giuliani tot auf der Straße (...)

Trotz der ungeheuren Repression in Genua und der Militarisierung im Inneren nach den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 konnte die globalisierungskritische Bewegung nicht gebrochen werden. Ganz im Gegenteil: Der Neoliberalismus verlor in den vergangenen Jahren immer stärker seine Hegemonie, Globalisierungskritik ist teilweise Mainstream geworden.

Das wird nicht zuletzt daran deutlich, wie sich die globale Elite auf den G-8-Gipfeln präsentiert. Schon in Genua hatten einzelne Staatschefs den Eindruck zu vermitteln versucht, sie verfolgten letztlich die Ziele der Demonstranten vor der »roten Zone«. Höhepunkt der Heuchelei war der Gipfel in **Gleneagels** vor zwei Jahren. Die britische Regierung bezog einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Gipfelplanung ein. Premier Anthony Blair gerierte sich unter dem Motto »Chance für Afrika« als Helfer für die Armen der Welt. Stolz präsentierte er als Gipfelergebnis die Streichung von Schulden in Höhe von etwa 800 Millionen Dollar. Bei rund 300 Milliarden Dollar jährlicher Zinsleistungen der Entwicklungsländer waren es gerade einmal 0,3 Prozent, die Afrika an »Schulden« erlassen wurden. Ein Witz!

In ähnlicher Weise versucht sich nun die Bundesregierung zu profilieren. Neben weiterer Hilfe für Afrika macht sich Bundeskanzlerin Angela Merkel den Klimaschutz zu eigen, der hierzulande mittlerweile in aller Munde ist. Sie versucht, Deutschland und die EU als Vorreiter für den CO₂-Abbau zu profilieren und der G 8 hier eine Legitimität zur Rettung der Welt zu verleihen.

In der Protestvorbereitung gegen Heiligendamm ist es bisher nicht ausreichend gelungen, auf diese »diskursive Strategie« der Gegenseite zu reagieren. Der G-8-Gipfel wirkt wegen der Agenda der Bundesregierung kaum negativ. Mit unserer Mobilisierung strahlen wir noch nicht über die eigenen, aktivistischen Millieus hinaus aus. Unsere Gegenoffensive müßte dazu erstens an der offiziellen Agenda ansetzen und diese in ihrer Hohlheit entlarven. Während Merkel die »Afrika-Hilfe« im Munde führt und diesbezüglich im Juni wahrscheinlich wieder kosmetische Änderungen mit großem PR-Effekt verkaufen kann, arbeitet die EU an einem Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik). Letzteres wird zu massiven Verschlechterungen im sozialen Bereich führen zugunsten rosiger Investitions- und Handelsbedingungen für große Konzerne. Auch in Sachen **Klimaschutz** gilt es, seitens der Linken entsprechende Meßblatten

zu legen. Die Halbherzigkeit der »Lösungsvorschläge« von Kanzlerin Merkel bietet die Möglichkeit, mit der eigenen, radikalen Kritik in weiteren Kreisen gehört zu werden. Notwendige klimaschutzpolitische Maßnahmen vertragen sich nicht mit einer auf Wachstum verpflichteten Wirtschaft. Es ist die kapitalistische Produktionsweise, die einen permanenten Wachstumszwang erzeugt, unter dem ökologische Nachhaltigkeit und eine nötige Wende nicht zu machen sind.

Letztlich gilt es aber auch, die **versteckte Gipfelagenda** offen zu legen. In Heiligendamm wollen sich die »Acht« über die Verbesserung globaler **Investitionsbedingungen** und den Schutz des **geistigen Eigentums** verständigen. Aus Papieren des Bundeswirtschaftsministeriums wird deutlich, worum es hierbei wirklich geht: um einen **Angriff auf China!** Die G 8 als imperiale Institution des Westens will Pekings Aufstieg nicht akzeptieren. Insbesondere die Politik Chinas, Investitionen aus dem Ausland an **Technologietransfer** zu binden, ist dem Westen ein Dorn im Auge. Der ökonomische Angriff auf den »roten Drachen« wird ideologisch begleitet mit einer Propagandaoffensive gegen die ach so unsoziale und ökologisch so unverantwortliche Politik Chinas. Bislang hat die globalisierungskritische Bewegung dem wenig entgegensetzt. Es gibt mithin noch viel zu tun. Nutzen wir die Chance. (Jungen Welt, 13.4.2007)



Das **Attac G8-Infoheft** ist inzwischen in seiner zweiten, überarbeiteten und erweiterten Auflage erschienen

Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln! Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 6. – 8. Juni 2007

Die G8-Gipfel stehen in der Kritik, mit ihren Beschlüssen keinen Beitrag zur Lösung der zentralen Probleme der Erde zu leisten, sondern sie im schlimmsten Fall noch zu verschärfen. Beim nächsten G8-Gipfel unter deutschem Vorsitz in Heiligendamm haben die Regierungsvertreter die Chance, dieser Kritik entgegenzutreten. Die G8-Staaten werden sich daran messen lassen müssen, ob und wie sich die Runde der mächtigen Nationen den globalen politischen Herausforderungen der Zeit stellt, wie etwa der Entwicklung Afrikas und der Eindämmung des Klimawandels.

Der Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, der sich vor allem die führenden Industriestaaten stellen müssen – und das nicht erst seit den jüngsten und alarmierenden UN-Berichten zum Stand des Klimawandels.

Es ist daher richtig und begrüßenswert, dass Klimaschutz und Energieeffizienz zum Schwerpunkt der deutschen G8-Präsidentschaft erklärt wurden.

Am Klimaschutz wird auch die Komplexität globaler Phänomene deutlich. Denn Umweltzerstörung und Armut beziehungsweise Unterentwicklung hängen unmittelbar zusammen. Und nirgendwo werden diese Probleme deutlicher sichtbar als in *Afrika*. Die G8 spielen bei der Lösung dieser Probleme eine große Rolle. Sie können politisch viel bewegen, aber auch viel blockieren oder in eine falsche Richtung lenken.

Daneben ist der rasch voranschreitende Verlust der *biologischen Vielfalt* weltweit eine zentrale Herausforderung für die internationale Politik. Ihn haben die Staatshäupter der G8 jedoch bisher weitgehend ignoriert. Ebenso fehlt das wichtige Thema der *Verschuldung* der Entwicklungsländer auf dem G8-Gipfel.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Versäumnis bei diesen beiden so wichtigen Themen zu korrigieren und ihren Selbstverpflichtungen nachzukommen.

Die *Globalisierung der Weltwirtschaft* muss nachhaltig gestaltet werden. Wer seine Politik unter das Motto »Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft« stellt, darf nicht nur das Wachstum propagieren und die Verantwortung für Mensch und Umwelt vernachlässigen. Vielmehr muss es um ein Wachstum gehen, das die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit nicht überschreitet – ein Wachstum, das Armut und Unterentwicklung von weiten Teilen der Menschheit nicht vergrößert, sondern zu überwinden hilft.

Den Klimaschutz ernst nehmen – Die globale Energiewende vorantreiben

Um die Folgen des Klimawandels in Grenzen zu halten, müssen sich die G8-Staaten in Heiligendamm klar dazu bekennen, den nicht mehr vermeidbaren globalen Temperaturanstieg wenigstens auf unter 2° Celsius zu begrenzen. Immer deutlicher wird, dass das Nichthandeln beim Klimawandel auch die Weltwirtschaft schwer belastet. Im *Kyoto-Protokoll*, dem einzigen Rahmenabkommen dieser Art, hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf dringend notwendige, verbindliche und absolute *Emissionsreduktionen* seitens der Industriestaaten verständigt. Darauf gilt es aufzubauen. Die G8-Regierungen müssen dafür sorgen, dass offizielle Verhandlungen über die Weiterführung des Kyoto-Protokolls im Dezember dieses Jahres gestartet werden. Die deutsche G8-Präsidentschaft muss den G8-Gipfel nutzen, um mit möglichst vielen anderen Regierungen eine Vorreiterkoalition zu bilden.

Die *Atomenergie* ist *keine nachhaltige Energieform* und mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Sie wird nur von einer kleinen Minderheit von Staaten als Zukunftsoption verfolgt. Wir fordern die deutsche G8-Präsidentschaft auf, allen Versuchen, den G8-Gipfel zu einer Unterstützung der Atomenergie zu benutzen, eine konsequente Absage zu erteilen.

Klimaschutz: Unsere Forderungen

Die G8-Staaten sollen sich in Heiligendamm gemeinsam mit den G5-Staaten (1) zum Ziel bekennen, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen.

Die Industriestaaten sollen sich verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken.

Die G8 plus G5-Staaten sollen anerkennen, dass die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte gegenüber

1990 reduziert werden müssen. Sie müssen ihre eigenen Klimaschutzverpflichtungen – auch im Rahmen der Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls – daran ausrichten.

Die G8 plus G5-Staaten sollen sich zur Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls und zur Fortführung der Klimaverhandlungen bekennen.

Die entstehenden Märkte für Treibhausgase müssen auf andere Regionen ausgeweitet und so weiterentwickelt werden, dass sie den Treibhausgasausstoß im geforderten Maße reduzieren und weltweit Treibhausgase mit einem angemessenen Preis versehen.

Die G8-Staaten sollen sich verpflichten, dynamische Energie-Effizienzstandards für alle relevanten Sektoren zu schaffen.

Wir fordern die G8-Staaten auf, sich zu einer jährlichen Steigerung der Energieeffizienz um drei Prozent des Bruttonutzenproduktes zu verpflichten. Auf den künftigen G8-Gipfeltreffen soll die Umsetzung dieser Verpflichtung überprüft werden.

Die G8-Staaten sollen ihre auf 240 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzten Subventionen im Energiebereich in die erneuerbaren Energien und in die Steigerung der Energieeffizienz lenken.

Die erneuerbaren Energien müssen umfassend und rasch ausgebaut werden – mit verbindlichen Zielen.

Es müssen internationale Vereinbarungen angestoßen werden, die verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergie festlegen, um die Zerstörung von tropischen Regenwäldern oder die Ausbreitung von intensiv bewirtschafteten Monokulturen auf Kosten des Anbaus von Nahrungsmitteln und kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu verhindern, dass indigene und traditionelle Landrechte und die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung beeinträchtigt werden.

Ob und inwieweit neue Technologien zur dauerhaften und sicheren Speicherung von Kohlendioxid zum Klimaschutz beitragen, muss wissenschaftlich untersucht werden.

Die G8-Staaten sollen sich verpflichten, die ärmsten Länder bei der Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels finanziell zu unter-

stützen. In diesem Sinne gilt es auch die Klima- und Afrika-Agenda des Gipfels aufeinander abzustimmen. Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit, die in den Energiesektor fließen, müssen der Nutzung erneuerbarer Energien und der erhöhten Energieeffizienz zugute kommen.

Rohstoffe: Wir brauchen eine Effizienzrevolution

Die Zeiten der billigen Rohstoffe sind vorbei. Die globale Nachfrage steigt ungeboren, während es unmöglich ist, im gleichen Ausmaß den Nachschub bereitzustellen. Nicht nur die Industrieländer, allen voran die G8, sondern auch die Schwellenländer und ihre sich entwickelnden Industrien kommen nicht darum herum, Materialien effizienter einzusetzen, wenn **Rohstoffknappheit** nicht bald zum **Entwicklungshindernis** und zur zentralen Konfliktursache werden soll. »*Mindeststandards beim Bezug von Rohstoffen aus Konfliktregionen*«, wie sie die deutsche G8-Präsidentschaft mit Blick auf China anstrebt, werden folgenlos bleiben, wenn die Nachfrage nach Rohstoffen weiter ansteigt. Auch für die Förderländer ist der Rohstoffboom nicht automatisch positiv. Denn vielfach begünstigen Rohstoffnahmen die Korruption und bremsen somit Entwicklung.

Die meisten Entwicklungsländer sind ihrerseits von importiertem Erdöl abhängig. Die Kosten für die **Ölrechnungen** drohen alle Entwicklungsschritte zunichte zu machen. Diese Länder brauchen dringend eine neue energiepolitische Perspektive, wie sie vor allem die erneuerbaren Energien bieten. Doch anstatt die Entwicklung heimischer, erneuerbarer Energieträger in Entwicklungsländern zu fördern, finanzieren internationale Geber wie die **Weltbank**, auf die die G8-Staaten großen Einfluss haben, in erster Linie den weiteren Ausbau der fossilen Energieträger. Erneuerbare Energien spielen nur eine Nebenrolle. Zur Verdeutlichung: Die Weltbank hat der Ölindustrie seit 1992 mehr als 5 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt, mehrheitlich, um Öl für den Export in Industrieländer zu fördern. Im Jahr 2005 hat sie jedoch weniger als 10 Prozent ihres Energieportfolios für Erneuerbare Energien (ohne Großstaudämme) ausgegeben. Sie investiert weiter jährlich zwischen 2 und 3 Mrd. Dollar in Treibhausgas produzierende Energieprojekte. Zu nachhaltiger Entwicklung trägt das nicht bei, ebenso wenig zum Klimaschutz. Es ist deshalb Zeit für einen **Kurswechsel**.

Rohstoffe: Unsere Forderungen

Die G8-Staaten müssen ihren Einfluss nutzen, um künftig das gesamte Energieportfolio der Weltbank und anderer internationaler Institutionen in lokale, neue

erneuerbare Energien und in die Steigerung der Energieeffizienz zu lenken.

In Ländern, die von Rohstoffexporten weitestgehend abhängig sind, muss sichergestellt sein, dass auch die lokale Bevölkerung von der Rohstoffgewinnung profitiert. Dazu sollte die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) umgesetzt werden. Um glaubwürdig zu sein, müssen die G8-Länder zunächst bei sich selbst und den multinationalen Konzernen anfangen.

Die Rohstoffeffizienz in den G8-Ökonomien muss drastisch gesteigert werden, um die Nachfrage zu senken.

Biodiversität: Leerstelle in der G8-Agenda

Das Maß an **Biodiversitätsverlust** ist alarmierend hoch. Der Artenverlust ist heute bis zu 1000 Mal höher als zu Beginn der Menschheitsgeschichte. Dadurch sind nicht nur Pflanzen, Tiere, genetische Ressourcen, Habitate und Ökosysteme bedroht, sondern auch Völker und ethnische Gemeinschaften. Denn auch ihr Überleben hängt davon ab, inwieweit sie Artenvielfalt als Lebens- und Ernährungsgrundlage für sich nutzen können. Biodiversität bildet die Basis für alle menschlichen Kulturen, Sozial- und Wirtschaftssysteme.

2002 einigten sich die Staaten beim Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg, bis zum Jahr 2010 „eine **signifikante Verminderung** des Biodiversitätsverlustes“ zu erreichen. Ein Jahr zuvor verpflichtete sich die EU sogar, den Biodiversitätsrückgang bis 2010 zum Stillstand zu bringen. Bislang aber sind keine Fortschritte in diese Richtung erkennbar. Seit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio ist es auch nicht gelungen, zu wirksamen internationalen Vereinbarungen über den **Schutz der Wälder** zu kommen. Auch das G7- Pilotprogramm zum Schutz der brasilianischen Wälder (PPG7) und das G8 „Forest Action Programme“ trugen nicht entscheidend zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der Wälder bei. Das Versagen der internationalen Politik beim Biodiversitätsschutz kann nicht länger hingenommen werden. Die G8 sollten daher bei ihrem Gipfel in Heiligendamm ein **Biodiversitätsprogramm** initiieren, um das Biodiversitätsziel für 2010, das gemeinsam auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg beschlossen wurde, zu erreichen. Damit soll Biodiversität ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden. Ihr Erhalt muss ganz konkret finanziell unterstützt werden.

Biodiversität: Unsere Forderungen

Die letzten verbliebenen großen und intakten Wälder müssen in hohem Maße geschützt werden.

Meeres- und Küstenökosysteme müssen geschützt werden.

Für Schutzgebiete sollen neue Finanzierungsmechanismen eingerichtet und bereits bestehende Finanzhilfen erweitert werden. Dabei sollen auch innovative, langfristige Finanzierungsmechanismen, wie z.B. Trust Funds mit Standards, Kriterien und Zeitplänen entwickelt werden.

Der Schutz der Biodiversität muss einen deutlich höheren Bestandteil an der Entwicklungszusammenarbeit ausmachen.

Der Handel mit Produkten aus illegaler, unkontrollierter oder nicht reglementierter Fischerei muss verboten werden, ebenso wie der Handel mit Produkten aus illegaler Abholzung und anderen Praktiken.

Es sollen weitere handelspolitische Maßnahmen ergriffen werden, um das beim Weltgipfel in Johannesburg 2002 vereinbarte Ziel, den Verlust an Biodiversität bis 2010 zu stoppen, zu erreichen.

Um die Umsetzung dieses Biodiversitätsaktionsprogramms zu überwachen, soll ein spezielles Monitoring geschaffen werden.

Der G8-Gipfel soll sich dafür einsetzen, dass der gerechte Vorteilsausgleich aus der Nutzung von Biodiversität umgesetzt wird und Patente nur bei zweifelsfreiem Nachweis ohne Biopiraterie entwickelt worden zu sein, erteilt werden.

Der G8-Gipfel 2007 soll ein neues, verbessertes Wälderpartnerschaftsprogramm beschließen, in das die Erfahrungen aus den beiden früheren G8-Wälderprogrammen einfließen. Das Programm muss neue, effektive Ansätze gegen Entwaldung und Walddegradation enthalten. Bereits bestehende Vereinbarungen zum Wälderschutz dürfen nicht länger nur unzureichend umgesetzt, sondern müssen konkret eingehalten werden. Die G8-Staaten sollen sich das Ziel zu eigen machen, Entwaldung und Walddegradation bis zum Jahr 2020 zu stoppen.

Welthandel: Paradigmenwechsel bei der Investitionspolitik gefragt

Internationale **Investitionsregeln** sind geprägt von einem unübersichtlichen **Geflecht** aus multilateralen, regionalen und bilateralen Abkommen. Sie dienen fast ausschließlich dazu, transnational agierenden Unternehmen den Marktzugang und das Investieren im Ausland zu erleichtern, ihr Eigentum und den ungehinderten Gewinntransfer zu sichern und staatliche Regulierungen zu erschweren. Stattdessen erhalten Unternehmen Klagerechte gegen politische Entscheidungen der Gastländer an die Hand.

Ein Beispiel: Die USA. Mit ihren bilateralen Handels- und Investitionsabkommen erleichtern die Vereinigten Staaten wie

kaum eine andere Nation ihren Konzernen den Zugang zu neuen Standorten. Deutschland ist dagegen mit über 140 ausgehandelten Verträgen „Weltmeister“ beim Schutz von Investitionen vor Enteignung und neuen Regulierungen. Sämtliche G8-Staaten streben einzeln oder im EU-Rahmen weitere wirtschaftsfreundliche Investitionsverträge mit Schwellen- und Entwicklungsländern an. Die EU-Kommission hat dazu – dem US-Beispiel folgend – einen neuen investitionspolitischen Mustervertrag erarbeitet, der das Recht auf Niederlassung ohne soziale oder ökologische Pflichten für Unternehmen enthält. Aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht darf es so nicht weitergehen. Wir brauchen dringend eine *Umkehr* zu einer Investitionspolitik für zukunftsfähige Entwicklung.

Investitionspolitik: Unsere Forderungen

Bestehende Investitionsabkommen werden revidiert und um verbindliche, soziale, ökologische und menschenrechtliche sowie steuerliche Pflichten für Investoren ergänzt.

In den geplanten neuen Handels- und Investitionsabkommen (z. B. die Economic Partnership Agreements zwischen der EU und den AKP-Staaten sowie Verträge mit Indien, der ASEAN-Gruppe, Korea und Lateinamerika) dürfen keine weiteren Investitionsregeln festgeschrieben werden, die einseitig die Interessen der Investoren begünstigen.

Geistiges Eigentum: Nutzung vor Profit

Zentrales Anliegen der G8-Agenda der Bundesregierung ist es, die so genannten *geistigen Eigentumsrechte* zu stärken. Doch was zunächst wie der berechtigte Schutz vor Ideendiebstahl aussieht, kann äußerst schädliche Auswirkungen haben. Denn schon heute werden viele Menschen von der Nutzung neuer Technologien, Produkte und Informationen ausgeschlossen, weil vor allem multinational tätige Konzerne das Recht auf geistiges Eigentum geltend machen. Für viele Menschen in Entwicklungsländern bedeutet dies, dass sie abgeschnitten sind: abgeschnitten von Erfindungen, die durch Patente geschützt sind. Denn patentierte Produkte, beispielsweise Medikamente, sind für die meisten Menschen in armen Ländern unbezahlbar. Und für die erforderlichen Lizenzen zur eigenen Nutzung patentierter Verfahren und Technologien fehlen diesen Ländern die Mittel. Dadurch kommt es häufig zu einem Engpass bei der Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten, etwa in der HIV/Aids-Bekämpfung. Aber auch in Industrieländern können Rechte an geistigem Eigentum unerwünschte *Ausschlusswirkungen* mit sich bringen.

Bei der Ausgestaltung von Rechten an geistigem Eigentum müssen deshalb die Interessen der Erfinder, Entwickler und Urheber an einem Schutz ihrer Investitionen, Innovationen und Produkte besser als bisher abgewogen werden gegenüber dem öffentlichen Interesse, das heißt dem berechtigten Interesse an einer breiten Nutzung solcher – oft lebenswichtiger – Erfindungen und Errungenschaften. Wichtig ist es dabei, vor allem den ohnehin schon marginalisierten Gruppen, wie etwa armen Bevölkerungsschichten oder indigenen Gruppen, den Zugang zu neuen Technologien, Innovationen und Wissen zu ermöglichen. Geistige Eigentumsrechte dürfen daher nicht nach einem globalen one-size-fits-all-Prinzip gestaltet werden, sondern müssen die spezielle Situation einzelner Länder und Regionen berücksichtigen und darauf ausgerichtet sein, die technologische und sozio-ökonomische Entwicklung der dort lebenden Menschen zu fördern. Dies macht auch ein deutlich geringeres Schutzniveau in Entwicklungsländern im Vergleich zu Industrieländern, insbesondere beim Patentschutz, erforderlich.

Geistige Eigentumsrechte: Unsere Forderungen

Alle Menschen müssen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten haben, insbesondere die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern. Ihren Interessen muss Vorrang eingeräumt werden – vor dem Interesse der Pharmaindustrie an einem hohen Patentschutzniveau.

Die Nutzung von Zwangslizenzen und der Handel mit Generika darf nicht länger durch politischen Druck oder internationale Regeln behindert werden.

„Patente auf Leben“, etwa auf Saatgut und andere lebende Organismen, müssen verboten werden. Die Wiederaussaat und der Tausch kommerziellen Saatguts muss kostenfrei zugelassen werden. Nachgebühren dürfen nicht mehr erhoben werden.

Es dürfen keine Patente auf Software erteilt werden. Denn die Werkzeuge der globalen Informationsgesellschaft dürfen nicht monopolisiert und nur von wenigen kontrolliert werden. Nur so bleibt der freie Zugang zu Wissen erhalten.

G8, Afrika und die Entwicklung: Wachstum muss auch bei den Armen ankommen

Nach dem Afrika-Aktionsplan von Kananaskis/Kanada aus dem Jahr 2002 und dem Afrika-Schwerpunkt im schottischen Gleanagles 2005 wird *Afrika* auch in diesem Jahr wieder auf der Tagesordnung eines G8-Gipfeltreffens stehen. Doch setzt die gastgebende Bundesregierung in erster Linie auf wirtschaftliches Wachstum als Motor für die Armutsbekämpfung. Auch

die geplanten Maßnahmen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, gute Regierungsführung und Bekämpfung von HIV/Aids sollen vor allem dazu dienen, das Investitionsklima für ausländische Investoren zu verbessern.

Doch diese primär (privat-)wirtschaftliche Betrachtungsweise der Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent greift zu kurz. Der erwartete „Trickle-down-Effekt“, auf den die Bundesregierung in ihrer Agenda setzt, tritt sehr häufig nicht ein. Makroökonomisches Wachstum kommt – durch ungleiche Verteilungsstrukturen – bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht an und verändert ihre Lebensbedingungen kaum. Afrika-Politik sollte deshalb bei den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen in Afrika selbst ansetzen und zur Verwirklichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen *Menschenrechte* beitragen. Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen und Mädchen muss eine Querschnittsaufgabe sämtlicher Entwicklungspolitik sein. Die politischen Vertreter der G8-Staaten in Heiligendamm müssen zeigen, dass für sie die Menschen in Afrika und deren Interessen an erster Stelle stehen. Sie müssen verstärkt innerafrikanische Diskussionen und Initiativen aufgreifen und unterstützen – und die eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen daran anpassen. Die G8-Staaten sollten nicht nur Initiativen wie NEPAD und den African Peer Review Mechanism unterstützen, sondern vor allem die Rolle der afrikanischen Zivilgesellschaft stärken. Das ist zwar im Rahmen nationaler Armutsbekämpfungsstrategien vorgesehen, aber bislang viel zu wenig realisiert.

Auch die Förderung von Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent muss sich zuallererst an den Bedürfnissen Afrikas orientieren. Afrika muss eigene Entwicklungskonzepte entwickeln und verfolgen können. Die Rolle der G8 kann nur sein, diese Bemühungen zu unterstützen. Gleichzeitig müssen die G8 ihre Verantwortung für die Situation und die Entwicklung in Afrika anerkennen und politisch wahrnehmen, vor allem in der Handelspolitik.

G8 und Afrika: Unsere Forderungen

Die G8 sollten ihren Fokus auf wirtschaftliches Wachstum als Allheilmittel für Afrika überdenken.

Der Schwerpunkt der Afrika-Politik sollte auf verteilungsgerechtem Wachstum, dem so genannten Pro-Poor-Growth liegen. Dabei ist der ländlichen Entwicklung sowie dem Schutz und der Förderung nachhaltiger, kleinbäuerlicher Landwirtschaft besondere Priorität einzuräumen. Auch die Ernährungssicherheit und der Zugang zu Ressourcen für die arme Bevölkerung müssen gestärkt werden.

Von zentraler Bedeutung sind außerdem die Förderung der Bildung – nicht nur der primären, sondern auch der weiterführenden Bildung – und die Gesundheitsvorsorge, insbesondere die Bekämpfung von HIV/Aids. Hierzu fordern wir, endlich die Verpflichtungen umzusetzen, die bereits auf dem G8-Gipfel von Gleneagles getroffen wurden. Vor allem bedarf es konkreter Finanzierungspläne.

Wir fordern die G8 auf, ihre 2005 in Gleneagles gemachte Zusage einzuhalten und die Entwicklungshilfe für Afrika kontinuierlich zu erhöhen, so dass ab 2010 tatsächlich 25 Mrd. US-Dollar pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stehen.

Die Handelspolitik mit afrikanischen Ländern muss gerechter gestaltet werden. Bei den Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und im Rahmen des Cotonou-Abkommens über neue Wirtschaftspartnerschafts-Abkommen (WPA) müssen die Spielräume afrikanischer Länder gewahrt bleiben.

Afrikanische Länder dürfen nicht zur Öffnung ihrer Märkte gezwungen werden.

Die Länder des Nordens müssen die Exportsubventionen und diejenigen Agrarsubventionen streichen, die zu Dumping führen und die Wettbewerbsfähigkeit afrikanischer Kleinbauern zerstören.

Die Zivilgesellschaft in den afrikanischen Ländern muss gestärkt werden. Demokratische Reformbestrebungen müssen als ein eigenständiges Entwicklungsziel anerkannt werden. Auch für die Friedenskonsolidierung in Konflikt- und Post-Konflikt-Gebieten ist die Stärkung der Zivilgesellschaft und damit die Stärkung gemeinnütziger und unabhängiger Akteure von zentraler Bedeutung.

Entschuldung: Legitimität von Ansprüchen prüfen

Durch die G7/G8-Entschuldungsinitiativen von 1996, 1999

und 2005 ist eine begrenzte Zahl von Ländern deutlich von Altschulden entlastet worden. Diese Erfolge der von Weltbank und IWF entwickelten und gesteuerten Initiativen HIPC und MDRI waren jedoch begleitet von einem viel zu langen, überbürokratisierten Verfahren. Die Entschuldung war für die betroffenen Länder mit **hohen sozialen Kosten** verbunden. Und sie hat die strukturellen Ungerechtigkeiten sowie die **Ineffizienz des internationalen Schuldenmanagements** deutlich gemacht.

Hier muss es erst einmal Verbesserungen geben, bevor weitere begrenzte Vergünstigungen für einzelne Länder vereinbart werden sollten. Das internationale Schuldenmanagement effizienter zu gestalten und zu reformieren, ist damit auch eine Herausforderung für den G8-Gipfel von Heiligendamm. So hat sich zum Beispiel gezeigt, dass Länder, an deren Entschuldung IWF und Weltbank nicht interessiert waren, von Schuldenerlassen ausgeschlossen worden sind oder dass die Erlasse klein gerechnet wurden, wenn sie andernfalls die internationalen Finanzinstitutionen zu stark belastet hätten. Darin drückt sich das grundsätzliche Dilemma aus, dass entgegen allen rechtsstaatlichen Verfahren, die Gläubiger IWF und Weltbank im internationalen Schuldenmanagement Gutachter und Experten in eigener Sache sind. Aufgrund solcher **Interessenkonflikte** sind sie grundsätzlich als neutrale Gutachter ungeeignet. Auch hier muss es Reformen geben. Ein weiteres Problem: Die bereits entlasteten Länder laufen Gefahr, innerhalb kürzester Zeit wieder in **neue Schuldenprobleme** zu geraten, da sie zu interessanten Kreditempfängern für alte und neue Kreditgeber geworden sind. Um eine neue, unerwünschte Vergabe von Darlehen zu verhindern, muss klar gemacht werden, dass unzulässige Kreditvergabe sanktioniert wird. Unzulässig ist eine Kreditvergabe dann, wenn die wirtschaftliche Schwäche des Empfängerlandes und seine zu erwartende Zahlungsunfähigkeit nicht berücksichtigt oder gar von vorne herein

mit einkalkuliert werden. In diesem Fall verlieren Gläubiger ihre Ansprüche.

Neben der Quantität muss daher auch die Qualität von Ansprüchen der Gläubiger Gegenstand von Umschuldungsverhandlungen sein. Ob Gläubiger-Ansprüche legitim sind oder nicht, muss überdies mit Blick auf menschen- und völkerrechtliche Normen geprüft werden. Wenn etwa eine Kreditvergabe und die mit ihr finanzierten Maßnahmen direkt oder indirekt zu Menschenrechtsverletzungen im Empfängerland führen (Beispiel: Der Bau eines Staudamms wird finanziert – es kommt zu zwangsweisen Massenumsiedlungen und Vertreibungen) dann wäre der Anspruch der Gläubiger illegitim.

Entschuldung: Unsere Forderungen

Die G8-Staaten müssen sich beim Gipfel in Heiligendamm verpflichten, illegitime Schulden zu streichen. Dabei sollten sie sich die norwegische Initiative zum Vorbild nehmen, die im Falle der Mitverantwortung der Gläubiger für eine Krise einen Schuldenerlass vorsieht.

Entschuldungsverfahren müssen der Verantwortung von Weltbank und IWF, die gleichzeitig Gläubiger sind, entzogen und stattdessen einer unparteiischen Instanz anvertraut werden.

Die G8 sollen Analysen fördern, in denen die Schulden-Tragfähigkeit eines Landes von unabhängigen Stellen geprüft wird. Diese Analysen werden im gemeinsamen Auftrag von Schuldner und Gläubigern erstellt.

(1) Die G5-Staaten sind: Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika.

Bonn, den 12. März 2007

Text und Liste der Unterzeichner unter <http://www.forum-ue.de/>

McPlanet.com

Klima der Gerechtigkeit 4.-6. Mai 2007 in Berlin

McPlanet.com ist ein deutschsprachiger Kongress mit internationalen Gästen zu Themen an der Schnittstelle von Globalisierung und Umwelt. Er wird veranstaltet von Attac, dem BUND, dem EED, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

<http://www.mcplanet.com/>



Glaubwürdigkeit von NGOs auf dem Prüfstand

Eine Replik der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) auf das "NGO-G8 Positionspapier"

Im März 2007 haben über 40 Nichtregierungsorganisationen ein „Positionspapier“ zum G8-Gipfel in Heiligendamm verabschiedet, in dem in verschiedenen Bereichen wie der Klima- und Rohstoffpolitik, Welthandel oder Entwicklungspolitik gegenüber Afrika Forderungen an die G8-Regierungen gestellt werden (1). Wir kritisieren die politische Perspektive und die Inhalte des Positionspapiers. Denn es kündigt einen Konsens auf, der bis dato in der Mobilisierung nach Heiligendamm von einem breiten Bündnis getragen wurde: die G8 zu delegitimieren anstatt Forderungen – von A wie Afrika bis Z wie Zollpolitik – an sie zu stellen.

Die Ausrichtung des Papiers ist ein politischer Rückschritt. Die notwendig tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen können nicht allein mit „guten Argumenten“ erreicht werden, die Anrufung staatlicher Akteure hat sich als erfolglos erwiesen. In dem Papier wird der Eindruck erweckt, als könnten und müssten Regierungen überzeugt werden, die Welt zum Besseren zu verändern. Regierungen und die G8 werden damit als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems dargestellt. Die politischen und ökonomischen Mechanismen der Weltordnung, die von den Regierungen abgesichert und vorangetrieben werden, kommen in dem Papier nicht vor. Statt Machtkonzentration und die zugrunde liegenden Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren, werden sie durch die Forderungen bestätigt.

Die unterzeichnenden NGOs fallen hinter die Kritik und Reflexion ihrer eigenen Rolle in den 90er Jahren zurück, die einige NGOs durchaus sehen, und machen sich damit zum Teil der herrschaftlichen Strukturen. Die problematische Ausrichtung des Papiers belegen wir anhand von drei Beispielen:

Die Forderungen für eine andere Klimapolitik gehen zentral um die Umsetzung des

Kyoto-Protokolls und einen effektiven Ressourceneinsatz. Damit verbleiben sie im herrschenden Referenzrahmen, zu mehr „Kurswechsel“ kann man sich nicht durchringen. Die unterzeichnenden NGOs lassen sich damit von der Regierungspropaganda instrumentalisieren. Während sich die Bundesregierung international zum Vorreiter des Klimaschutzes aufschwingt, vertritt sie im Inland und der EU die Interessen beispielsweise der deutschen Automobilindustrie. Der Klimawandel ist nicht ein primär ökologisches, sondern vor allem ein soziales und politisches Problem. Regierungspolitiken sind Teil von Konkurrenz um Ressourcen und einer für die kapitalistische Verwertung zugerichteten Umwelt. Die herrschenden Produktions- und Konsummuster und die damit verbundenen Machtverhältnisse werden nicht in Frage gestellt. Eine radikal andere Klima- und Energiepolitik setzt nicht auf die Einsicht der Regierungen und der Energiekonzerne, sondern auf eine alternative, konsequent dezentrale Energieversorgung.

Wie herrschaftskonform das Positionspapier der NGOs ist, offenbart auch das Kapitel zum Thema Rohstoffe. Dazu heißt es im Papier „die Zeiten billiger Rohstoffe sind vorbei“. Tatsächlich hat es nie „billige Rohstoffe“ gegeben; vielmehr haben die Menschen in den Erzeugerländern schon immer einen hohen Preis für „unsere Rohstoffe“ bezahlt.

Die G8-Regierungen, so fordern die NGOs, sollen gegenüber „Afrika“ ihre Politik überdenken, stärker auf Verteilungspolitiken achten und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken. Mit der progressiven Entwicklungssprache wird ausgeblendet, dass es zuvorderst um die Ausbeutung der Rohstoffe geht und die herrschende Form der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, das von den G8-Regierungen weiter vorangetrieben werden wird, ein Hauptproblem ist. Statt entwicklungspolitischen Paternalismus müssen soziale Kämpfe

berücksichtigt und grundlegende Alternativen aus ihnen heraus entwickelt werden.

Der politische Rückschritt wird schließlich daran deutlich, dass die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung nicht erwähnt werden. Tatsächlich aber entstanden gesellschaftliche Dynamik und Veränderungsdruck vor allem durch Proteste wie in Seattle oder Genua, die Sozialforen, durch Kampagnen und die (Selbst)Organisation von Menschen. Die politische Perspektive des Papiers suggeriert dem entgegen gesetzt, dass zwischen dem bestehenden System bzw. seinen politischen Repräsentanten und den KritikerInnen nur Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten bestehen, über Ziele und Richtung notwendiger Veränderungen aber ein weitgehendes Einverständnis herrscht.

Wir fahren nicht nach Heiligendamm, um die G8 zu Versprechen zu bewegen, an die wir sie in zwei Jahren wieder erinnern müssten. Das ist politisch kontraproduktiv und die geplanten Proteste werden mit derart verwässerten Forderungen unterlaufen.

Wir fahren nach Heiligendamm, um uns der G8 massenhaft in den Weg zu stellen.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des 30. Bundeskongresses Internationalismus am 8. April 2007 in Leipzig

(1) „Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln! – Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 6. – 8. Juni 2007.“ Zu den UnterzeichnerInnen gehören unter anderem Brot für die Welt, BUND, DNR, Forum Umwelt und Entwicklung, Misereor, Greenpeace, NABU, Oxfam Deutschland, VENRO, WEED und der WWF.

<http://www.buko.info/>

Attac Seiten zu G8:

Deutschland: <http://www.attac.de/heiligendamm07/>

Österreich: <http://www.attac.at/g8.html>

Schweiz: <http://www.schweiz.attac.org/-G8-Kampagne>



Éric Toussaint

Der Kampf um die Streichung der Schulden aus historischer Sicht

Der internationale Kampf für die Streichung der Schulden der Länder der Dritten Welt ist historisch gesehen eher neu: er hat kaum 20 Jahre. Er reiht sich ein in große Kämpfe und internationale Kampagnen, wie die Abschaffung der Sklaverei (18. und 19. Jahrhundert), oder die Einführung des Achtstundentages (der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts dem 1. Mai zu Grunde liegt), das allgemeine Wahlrecht, die Gleichheit der Geschlechter, und viele weitere, die ich hier nicht aufzähle, aber alle gleich wichtig sind und den Kampf der Unterdrückten für ihre Befreiung gekennzeichnet haben.

Die Kämpfe um die Streichung der Schulden der Dritten Welt, gegen den freien Handel und die universelle Kommerzialisierung, die Kämpfe für den Umweltschutz, für die Rückgewinnung der öffentlichen Kontrolle über Ressourcen und wesentliche öffentliche Dienste sowie für die Förderung der öffentlichen Güter – all diese Kämpfe sind unmittelbar mit der aktuellen Phase der kapitalistischen Globalisierung verbunden - im Rahmen eines neuen, weltweiten Angriff des Kapitals gegen die Arbeit, des Angriffs der imperialistischen Länder gegen alle Völker der Peripherie. Die weltweite kapitalistische Globalisierung hat auch die Globalisierung der Widerstände und Kämpfe bewirkt, bei denen es um die oben angeführten Ziele geht. Damit ich nicht missverstanden werde: die kapitalistische Globalisierung war nicht auf die letzten 20 Jahre beschränkt. Sie geht auf das Ende des 15. oder den Anfang des 16. Jahrhunderts zurück, mit der Ausbeutung Amerikas durch Spanien, bald gefolgt von Portugal, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden etc. Damit begann Europa, seine Vormachtstellung weltweit durchzusetzen, indem es die Kontinente gegeneinander ausspielte und allen schrittweise und gewaltsam den Kapitalismus aufdrückte.

Auch die internationalen Befreiungskämpfe haben nicht erst gestern begonnen. Sie reichen mindestens bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück und führten in ihrem Verlauf zur Gründung von vier Internationalen, von der 2. Hälfte des 19. bis zur 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Sozialbewegungen und diese Internationalen waren die Basis für große, internationale Kampagnen zu

verschiedenen Emanzipationsthemen. Zur gleichen Zeit sind manche Themen jedoch national geblieben: dies war zum Beispiel für die Frage der Auslandsschulden der vom Imperialismus beherrschten Länder der Fall. Schon seit dem 19. Jahrhundert werden Auslandsschulden als Instrument zur Beherrschung der Völker Lateinamerikas, der Karibischen Inseln, Asiens und Afrikas genutzt. Schon seit dem 19. Jahrhundert haben Länder der Peripherie versucht, die Rückzahlung ungerechter Schulden zu verweigern. Als Beispiel sei Mexiko 1861 genannt, damals unter dem ersten indigenen Präsidenten Lateinamerikas, dem Indianer Benito Juarez. Im Lauf der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts sind es nicht weniger als 14 lateinamerikanische Regierungen, die eine nach der anderen einseitig beschließen, die Zahlung der Auslandsschulden einzustellen, die hauptsächlich gegenüber Europäern und Nordamerikanern bestanden.[1]

Erst Mitte der 1980er Jahre wurde die Ablehnung der Schuldentrückzahlungen von Massenbewegungen gemeinsam über die nationalen Grenzen hinausgetragen. Es fing in Lateinamerika an, wo Kuba eine Pionierrolle spielte und die Gründung einer internationalen Front für die Zahlungsverweigerung zu gründen versuchte, leider ohne bei den Regierungen Erfolg zu haben. Seit 1984-1985 folgen an allen Ecken des Planeten Massenerhebungen gegen die Strukturanpassungspolitik, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds gefordert werden, unter stillschweigender Mitwirkung der Regierungen und der örtlichen Oberschichten.

Es hat dann noch einmal 10 Jahre gedauert bis sich im Rahmen des Jubiläum 2000 eine weltweite Kampagne zu diesem Thema formierte (teilweise durch den Vatikan und die Leitungen der evangelischen Kirchen - Anglikaner, Lutheraner und Calvinisten - kontrolliert, die sicher nicht fortschrittlich sind). Das Bestreben der christlichen Hierarchien, die Streichung der Schulden für die ärmsten Länder zu fordern, die vor allem in Afrika und Mittelamerika liegen, war die Reaktion auf den Druck der nationalen Kirchen der Länder Schwarzafrikas, Lateinamerikas und der Philippinen, wo das Christentum stark verbreitet ist. Der Va-

tikan und die evangelischen Kirchen finden neue Gläubige in diesen Ländern, die dem Joch der Auslandsschuld besonders unterworfen sind. Ihre Hierarchie konnte nicht umhin, eine der christlichen Tradition entsprechende Lösung zu unterstützen: den Schuldenerlass zum Großen Jubiläum des Jahres 2000. Es war die Gelegenheit, als Fürsprecher zu Gunsten der Verdammten der Erde bei den Großen dieser Welt aufzutreten.

1998, 1999 wurden Messen für das Jubiläum 2000 und für den Schuldenerlass gelesen. Ein Teil der Unterschriften unter die Petition für die Streichung der Schulden für die armen Länder wurde direkt am Ausgang dieser Messen gesammelt. Die großen NGOs und die christlichen Wohlfahrtsverbände wurden mit sehr eingeschränkten Zielen für die Kampagne mobilisiert: Streichung der nicht bezahlbaren Schulden der armen Länder. Hunderte von Angestellten dieser Bewegungen wurden mobilisiert, um den Erfolg der Kampagne zu gewährleisten. Im Juni 1999, beim G8-Gipfel in Köln, wo die Staatschefs der mächtigsten Länder wieder einmal Versprechen machten, die sie nicht halten würden, haben sich die Kirchenhierarchien und die Bewegungen, die unter ihrem Einfluss stehen, zum Ergebnis beglückwünscht. Dadurch wurden diese Bewegungen und insbesondere die britische Kampagne dazu verleitet, ihre Kampagnen zu beenden, zum Schaden anderer Kampagnen, vor allem im Süden: Diese meinten, dass die Ziele in keiner Weise erreicht worden waren.

Während der 2 Jahre dauernden Kampagne hatte sich das Bewusstsein Hunderttausender von Menschen entwickelt, um so mehr als eine Reihe von Bewegungen im Norden wie im Süden [2] Unterschriften für eine wesentlich radikalere Petition gesammelt hatten, als die offiziell von der Kampagne zum Jubiläum 2000 vorgestellte. Der Vatikan seinerseits beschloss im Jahr 2000, Michel Camdessus, den ehemaligen Direktor des IWF, als Berater für die Schuldenproblematik in den Päpstlichen Rat Gerechtigkeit und Frieden (*Pontificium Consilium de Iustitia et Pace*) zu bestellen. Alles musste zur Tagesordnung übergehen und es sollte nicht mehr für dieses Thema mobilisiert werden. Bestimmte NGOs des Nordens mit Angestellten im Süden verpflichteten

diese, das Thema der Verschuldung fallen zu lassen und sich anderen Themen, wie dem fairen Handel, zuzuwenden. Im Norden wurden Menschen, die für die Schuldenkampagne von christlichen NGOs eingestellt worden waren, gekündigt oder anderen Bereichen zugewiesen.

In diesem Zusammenhang haben einige Bewegungen des Südens im Lauf des Jahres 1999 **Jubilee South** ins Leben gerufen. Das sich allmählich international ausweitende Netzwerk CADTM (Comité pour l'annulation de la dette du Tiers Monde, *Komitee für die Streichung der Schulden der Dritte Welt*) seinerseits entschloss sich zu einer strategischen Allianz mit Jubilee South und zur Beteiligung an einem **zweiten Anlauf** der Entschuldungsbewegung auch nach dem Jahr des Jubilee 2000. [3] Deshalb fand das große internationale Treffen von Dakar im Dezember 2000 unter dem Titel "Afrika: Von den Widerständen zu Alternativen" statt. Unmittelbar danach folgte der erste Nord-Süd-Dialog.

Im März 2000 bedeuteten die auf das Netzwerk der Bürger für die Abschaffung der Auslandsschulden (RCADE) zurückgehende Volksbefragung in Spanien (die "consulta") und jene, die im September in Brasilien organisiert wurde, einen großen Schritt nach vorne. Sowohl die Qualität der Mobilisierung als auch der Grad der Politisierung der Bürger sind bei dieser Art von Aktion wesentlich höher als bei einer simplen Sammlung von Unterschriften unter einer Petition. Es ist schade, dass diese Art der Initiative nicht in einer großen Zahl von Ländern wiederholt werden konnte.

Strukturen ändern

In ihrer politischen Analyse meint das RCADE völlig zu Recht, dass *"die Verschuldung nicht ein Fehler im System sondern viel eher dessen Produkt ist und dass es daher unerlässlich ist, auf eine Änderung der Strukturen zu wirken, um das Problem der Verschuldung zu beseitigen. Werden die Schulden abgeschafft, ohne die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen zu verändern, wird das Problem immer wieder auftreten. Die Abschaffung der Schulden erfordert also eine Änderung der Strukturen."* (RCADE, 2000b:1).

Dies ist ein Diskussionsthema zwischen den Entschuldungskampagnen: die einen, wie RCADE, CADTM oder Jubilee South, meinen, dass der Kampf um die Entschuldung in eine Kritik des kapitalistischen Systems als Ganzes münden

muss; andere denken, dass dieses System nicht geändert werden kann oder darf. Für sie handelt es sich darum, einige Probleme, wie die übermäßige und illegitime Verschuldung zu beseitigen, indem man die Länder von der Last der Schulden befreit, ohne das System in Frage zu stellen.

Natürlich müssen diese tiefgehenden, politischen Diskrepanzen diskutiert werden, aber das darf uns nicht daran hindern uns auf Aktionen mit konkreten Zielen zu einigen.

Keine Bedingungen!

Es gibt andere Themen, die innerhalb der Bewegung bei Radikalen und Moderaten ganz entgegen gesetzte Reaktionen hervorgerufen haben. Zum Beispiel sind Jubilee South und der CADTM dagegen, dass die Regierungen des Nordens und internationale Finanzinstitute **Bedingungen** für Länder festlegen, die einen Schuldenerlass erhalten. Jubilee South und der CADTM sind der Meinung, dass allein die Bürger und Bürgerinnen des Südens die Bedingungen festlegen dürfen, denn es handelt sich um ihr Schicksal. Einige Organisationen im Süden und die Mehrheit derer im Norden sind ihrerseits davon überzeugt, dass der Norden und der IWF Bedingungen auferlegen dürfen, ja sogar müssen, zum Beispiel in der Sache der Armutsbekämpfung. Jubilee South und der CADTM hingegen sind der Meinung, dass nördliche Regierungen und das IWF das Argument der Armutsbekämpfung (zu dem die «Millenniums-Entwicklungsziele» seit 2000 zusätzlich kommen) als Vorwand aufgreifen, um andere Ziele, Teile einer versteckten Agenda, verwirklichen zu können. Dazu gehören weitere Privatisierungen, Ausweitung der ökonomischen Öffnung des Südens, usw.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert – so könnte man die Verlogenheit der Regierungen im Norden und des IWF umschreiben. Vergessen wir nicht, dass die Kreuzzüge die Befreiung des Grabs Christi zum Vorwand nahmen; dass das päpstliche Rom die Sklaverei ab dem 15. Jahrhundert legitimierte und die Hexenjagd auf selbständige Frauen mit der Erklärung, 'sie hätten keine Seelen' gerechtfertigt wurde; Leopold II, König von Belgien, bekam an der Berliner Konferenz von 1885 von den Hoheiten Europas den Kongo geschenkt, um «gegen den von den Arabern betriebenen Sklavenhandel anzukämpfen»; und - um ein etwas jüngerer Beispiel zu nennen - die USA und ihre Verbündeten haben 2003

den Irak unter dem Vorwand überfallen, das irakische Volk von der Tyrannei zu befreien und die Menschheit vor Massenvernichtungswaffen zu schützen.

In der oben beschriebenen Diskussion wurde im Juni 2005 ein riesiger Schritt nach Vorne gemacht und im September des gleichen Jahres bestätigt, als der zweite Süd-Nord Dialog in Havanna stattfand. Gemäßigte und radikale Stimmen wurden sich darüber einig, von da an gemeinsam gegen alle vom Norden aufgezwungene Auflagen abzulehnen.

Die Reichen des Südens

Ein weiteres Thema steht zur Debatte: Welche Haltung soll man gegenüber den Reichen in den Ländern des Südens und ihren Regierungen einnehmen? Zunächst einmal ist festzustellen, dass fast alle Regierungen des Südens ihre Politik so gestalten, dass sie den Interessen der regional herrschenden Klassen entspricht. Hinzu kommt, dass die Regierungen der Länder des Südens, die in den letzten zwanzig Jahren die Streichung der Schulden gefordert haben, an den Fingern einer Hand zu zählen sind. Wie ist das zu verstehen? Die herrschenden Klassen des Südens profitieren davon, dass die Außenschulden zurückbezahlt werden: Die Gelder, die sie angehäuft haben, haben sie größtenteils im Norden angelegt. Die Reichen des Südens machen sich selber zu Gläubigern der Regierungen der Länder des Südens durch Ankauf von ausländischen Schuldanteilen. Die Nicht-Bezahlung der Schulden würde daher ihren Interessen schaden. Die Reichen des Südens fühlen sich im globalen Kapitalismus integriert und teilen die gleichen Interessen wie die reichen Klassen des Nordens.

Schuld zurückweisen

Jubilee South und der CADTM verlangen von den Regierungen des Südens, dass sie ein unabhängige Überprüfung der öffentlichen Schulden veranlassen [5], dass sie die Rückzahlung derselben unterbrechen und dass sie den Tatbestand der Schuld zurückweisen. In diesem Kampf können sie kaum auf die Sympathien der Regierungen zählen, die sich im Tausch für eine fügsame Rückzahlung der Landesschulden einen dauerhaften Zugang zu den Finanzquellen des IWF und zu deren privaten Institutionen sichern. Als Belohnung für den Gehorsam haben sie weiterhin Zugang zu Krediten. Die Geldgeber kümmern sich wenig darum, wie die geliehenen Gelder verwendet werden. Die Regierungen des

Südens bereichern sich, während sie jeweils Land und Leute verarmen lassen.

«Wir, die Menschen des Südens, sind die Gläubiger!»

Jubilee South muss man das Verdienst einräumen, dass es die Begriffe von historischer, sozialer, kultureller und ökologischer Verschuldung in die von den Bewegungen gegen die Schulden kollektiv vorgenommenen Ausarbeitungen hineingebracht hat. Ihr Leitwort, «Wir, die Menschen des Südens, sind die Gläubiger!», wurde von vielen der Bewegungen übernommen.

Die Aktivistenbewegungen weisen vor allem auf verschiedene Zusammenhänge hin, z. B. auf die Verbindung zwischen Verschuldung und Migration [6]; auf den Zusammenhang zwischen Ernährungssouveränität und Zurückweisung der Schuld sowie der Ablehnung der Politik der strukturellen Anpassung; auf den gemeinsamen Kampf gegen die Dreiheit WTO, Weltbank und IWF, und setzen sich für die Zusammenarbeit der Bewegungen für die Schuldenstreichung [7] ein. Einer allgemein verbreiteten Vorstellung zum Trotz müssen die Länder des Südens sich nicht unbedingt bei denen des Nordens verschulden, wenn sie sich entwickeln wollen. Es gibt politische Alternativen, die problemlos auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene angewendet werden können, und die keine neuen Schulden schaffen.

Die heutige Konjunktur und die Zukunftsperspektiven

2006 – 2007 wird die Konjunktur von einem hohen Niveau an Devisenreserven (USDollar, EURO, englische Pfund, Yen etc) geprägt. Diese waren noch nie so hoch - eine Folge der relativ hohen Preise für Rohstoffe und für gewisse landwirtschaftliche Produkte, die auf den internationalen Markt exportiert werden. Die Konjunktur ist auch von niedrigeren Zinsen gekennzeichnet als es in den Jahren 1980-1990 der Fall war (auch wenn sie seit 2004 wieder steigen). Weitere Merkmale sind: Das Niveau der Verschuldung der privaten Unternehmen ist so hoch wie noch nie; Länder des Südens mit mittlerem Durchschnittseinkommen (wie z.B. Brasilien, Argentinien, Mexiko, Uruguay, Algerien, ...) begleichen vorzeitig ihre Schuld bei der IWF und nehmen dabei neue Kredite auf den Finanzmärkten und bei Banken auf; China vergibt viele Kredite an die ärmsten Länder, besonders in Afrika, um sich den Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten

zu sichern. Staatliche Außenschuld ist zum Teil durch staatliche Verschuldung nach innen ersetzt worden.

Zusammen genommen verleihen diese Elemente an der Front der Verschuldung einen Augenschein der Ruhe. Die vorzeitigen Rückzahlungen an den IWF haben den falschen Eindruck geschaffen, dass Verschuldungen nun eine Sache der Vergangenheit sind.

In Wirklichkeit reifen die Bedingungen für ein erneutes Ungleichgewicht der Finanzmärkte heran und mit ihnen eine neue Schuldenkrise. Wann und in welcher Form kommt es zum Ausbruch? Schwierig, dies zu sagen.

Die Schuldenfrage wird in den kommenden Jahren wieder auf der vordersten Bühne stehen und es ist zu hoffen, dass die Regierungen des Südens, unter dem Druck der Öffentlichkeit, eine Fortsetzung der Rückzahlungen in Frage stellen werden. Wir können nur hoffen, dass alternative Vorschläge ein großes Echo finden werden.

Von 2005 bis 2006 sind wir trotz zahlreicher Hindernisse recht weit gekommen auf dem Weg der Konvergenz verschiedener Bewegungen, die die Menschen vom Joch der Schuld befreien wollen. Außerdem haben die sozialen Bewegungen und die großen weltweiten Kampagnen ihre Entschlossenheit zu besserer Zusammenarbeit erneut bekräftigt [8]. Um einmal zu gewinnen, müssen wir vorerst weiter kämpfen.

[1] Eric Toussaint, "La finance contre les Peuples", CADTM-Syllepse-Cetim, Lüttich-Paris-Genf, 2004, S. 175-182

[2] Dies war für den argentinischen Dialogo 2000 der Fall, der eine radikalere Petition angenommen hatte, die von CADTM übernommen wurde.

[3] Schon im März 1999, bei einem Treffen in Brüssel, hatte CADTM den Führern der Kampagnen des Südens, die vorhatten, Jubilee South zu gründen, die Schaffung einer Weltbewegung angeboten. Die hatten aber erklärt, lieber eine Süd-Südbewegung zu gründen, was sie einige Monate später auch taten. Sie wollten sicher den Interventionismus des Nordens vermeiden. Ab diesem Zeitpunkt hat sich CADTM vor allem in den "frankophonen" Ländern Europas, Schwarz- und Nordafrikas sowie im Nahen Osten und in Haiti ausgebreitet. Es hat sich auch, wenn auch weniger stark, in Lateinamerika (Venezuela, Kolumbien und Ecuador) und in Südasiens (Indien und Pakistan) entwickelt. Die Mehrzahl der Organisationen aus dem Süden, die zum CADTM-Netz gehören, sind auch bei Jubilee South. Jubilee South, das vor allem in den "angelsächsischen" Ländern Asiens und

Afrikas sowie in Lateinamerika zu finden ist, und das Netz von CADTM, vor allem (aber nicht ausschließlich) in den frankophonen Ländern und in den arabischen Ländern verankert, ergänzen sich in gewissem Sinn.

[4] Der Sklavenhandel wurde in der päpstlichen Bulle Romanus Pontifex von 1455 legitimiert; die Angelegenheit wurde wie eine missionarische Tätigkeit betrachtet. Dazu Angus Maddison, *L'conomie mondiale : une perspective millénaire, centre de développement de l'OCDE*, Paris, 2001.

[5] Hierzu das gemeinsam herausgegebene Buch von CADTM, Cetim und Jubilee South mit dem Titel: «Menons l'enquête sur la dette ! Manuel pour des audits de la dette du Tiers Monde», Genève, 2006, 96 p. ISBN 2-930443-04-9

http://www.cadtm.org/article.php3?id_article=2299

[6] Ein Treffen zwischen nordafrikanischen Sozialbewegungen und Bewegungen aus Ländern südlich der Sahara (darunter auch militante CADTM in Marokko, DR Kongo, Elfenbeinküste und Niger) fand im Juli 2006 in Rabat statt, parallel zum Euro-Afrikanischen Gipfel. Zu diesen Fragen s. auch der CADTM und die Bewegung der „Sans-Papiers“ in Belgien.

[7] Es gab im September 2006 einen gemeinsamen Aufruf für eine Aktionswoche gegen die Weltbank und den IWF, der von Jubilee Süd, CADTM, 50 years is Enough, Eurodad, u. a.m. initiiert wurde und an den sich auch Greenpeace, Oil Watch und Amis de la Terre (*Friends of the Earth*) angeschlossen haben, zusammen mit den Bewegungen des Widerstandes gegen riesige Staudämme und andere Megaprojekte der Energiewirtschaft. Eine Zusammenarbeit gibt es auch mit den Bewegungen gegen die Entwaldung.

Ein neues Thema wurde in den letzten Jahren in die Diskussion hineingenommen, hauptsächlich vom CADTM: Eric Toussaint (CADTM) "Dettes: nouveaux défis" Intervention à la conférence internationale: «Résistances et Alternatives à la domination de la dette», La Havane 28-30 septembre 2005 ; vom selben Autor: «Banque du Sud, contexte international et alternatives»

http://www.cadtm.org/article.php3?id_article=1998

[8] Das war vor allem der Fall während des Seminars über die Strategie der Sozialbewegungen, welches in Brüssel Ende September 2006 stattfand; dieses wurde vor allem von «l'Alliance Sociale Continentale des Amériques», vom CADTM, von COMPA (Amériques), von Focus on the Global South (Asie), Grassroots Global Justice (États-Unis), Jubilee South, vom «Marche Mondiale des Femmes» und der «Via Campesina» ins Leben gerufen.

21. Dezember 2006

http://www.cadtm.org/article.php3?id_article=2336 auch erschienen in: Grain de Sable und Angles d'attac

Übersetzung: Karin BAASCH, Martin Regelsberger, SiG-Redaktion

Kinto Lucas (IPS) und Hans-Peter Richter, Quito

Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte

Konferenz in Ecuador beschließt die Gründung eines Netzwerks

Mehr als 1000 Friedensaktivisten, Politiker und Rüstungsexperten aus 40 Ländern haben auf einer Konferenz in Ecuador die Gründung eines Netzwerks beschlossen, das sich für die Auflösung der weltweit über 1000 ausländischen Militärbasen einsetzt.

Allein die USA unterhalten außerhalb ihrer Landesgrenzen mehr als 700 Stützpunkte. Dabei sind geheime Einrichtungen, wie sie die US-Streitkräfte im Irak und andernorts betreiben, nicht eingerechnet, so Lina Cahuasquí von der ecuadorianischen Koalition gegen Militärbasen. Der nun geplante neue Zusammenschluss soll als Plattform internationaler Organisationen dienen und deren Aktivitäten im Interesse einer globalen Friedenskultur koordinieren. An der ersten »Internationalen Konferenz zur Abschaffung ausländischer Militärbasen«, die am Sonnabend nach fünf Tagen endete, nahmen auch Gäste aus Deutschland teil.

Cahuasquí wies darauf hin, daß US-Streitkräfte innerhalb Lateinamerikas und der Karibik insgesamt 17 militärische Einrichtungen in Kolumbien, Peru, El Salvador, Aruba, Curaçao, Honduras, Ecuador und Kuba (Guantánamo) unterhalten. Auch diese US-Stützpunkte würden als Folterzentren im US-geführten »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« genutzt.

Nach Ansicht von Herbert Docena, Wissenschaftler der Philippinen-Sektion der internationalen Nichtregierungsorganisation Focus on the Global South, kann durch das neue Netzwerk der Widerstand gegen ausländische Militärbasen sinnvoll koordiniert werden. »Wir erhoffen uns von dem geplanten Verbund neue Impulse für mittel- und langfristige Abrüstungsvorhaben«, sagte Docena. »Die USA haben sich die militärischen Stützpunkte Unsummen kosten lassen«, erläutert der Experte die Kritik der Teilnehmer. Durch diese Gelder seien Unrechtsregime wie das von Ferdinand Marcos (1965-1986) auf den Philippinen finanziert worden: »Ohne diese Finanzspritzen hätte sich die Diktatur kaum so lange halten können.«

Auch die ökologischen Folgen der militärischen Stützpunkte waren Thema der fünftägigen Konferenz. Als Beispiel führte die Aktivistin Cahuasquí den Bombenübungsplatz der US-Luftwaffe in Vieques in Puerto Rico an: »Der US-Freistaat wurde mit Schwermetallen, Chemikalien und sogar mit abgereichertem Uran ver-seucht, bis die Militärbasis nach 60 Jahren auf Druck der Bevölkerung endlich geschlossen wurde.«

Paco Moncayo, der Bürgermeister von Quito, hatte bei der Eröffnung der Konferenz am Dienstag die Haltung der linken Regierung Ecuadors unter Rafael Correa betont. Man werde auf eine »vollständigen Souveränität« bestehen, um die Entwicklung des Landes zu gewährleisten. Der philippinische Soziologe und Globalisierungskritiker Walden Bello sah indes gute Chancen für einen solchen staatlichen Widerstand. Die USA, so Bellos positive Prognose, würden früher oder später ihre Weltherrschaft verlieren, weil sie ihre Macht »überdehnen«.

Daß die militärische Expansion mitnichten nur von den USA ausgeht, darauf wies der deutsche Redner Tobias Pflüger hin. Der Europa-Abgeordnete für die Linkspartei PDS klärte darüber auf, dass auch die EU ein internationales Netzwerk aus 75 Militärstützpunkten errichtet hat. Die politischen Aktionen müssten sich daher gegen alle entsprechenden Armeebasen in fremden Ländern richten. Vertreter des Deutschen Friedensrates berichteten unter diesem Gesichtspunkt über die Vorbereitungen der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Rostock.

Vor allem aber wird der Kampf gegen die US-Militärdominanz in Lateinamerika ausgefochten. Während der US-Präsident George W. Bush dieser Tage mehrere Staaten der Region besucht, bekräftigten Vertreter der Regierung Ecuadors, ein Abkommen mit den USA über die Nutzung der Militärbasis in Manta nicht zu verlängern. Washington hatte eine Nutzung bis 2012 beantragt. Das südamerikanische Land hat zudem ein Gesuch der USA, einen weiteren Stützpunkt auf der Insel

Baltra auf den Galápagos-Inseln zu errichten, abgelehnt. Panama wiederum hat bereits den Abzug der US-Kriegsmarine erreicht, während Uruguay, Argentinien und Brasilien die mit der US-Marine gemeinsam durchgeführten Militärübungen eingestellt haben.

junge welt 12märz 2007

Zu dieser Konferenz hatten aufgerufen:

Asociación Cristiana de Jovenes (Ecuador)
Fundación Regional de Derechos Humanos (Ecuador) / Servicio Paz y Justicia (SERPAJ-E) (Ecuador) / Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (Ecuador) / Movimiento Tohallí (Ecuador)
Paulina Ponce Comisión Ecuémica de Derechos Humanos (Ecuador) / rupo de Objetores de Conciencia (Ecuador) / ALTERCOM (Ecuador) / Clínica de Derechos Humanos – PUCE (Ecuador)
American Friends Service Committee
US Peace Council (US) / Nonviolence International (US)
American Friends Service Committee (US)
Gathering for Peace (Filipinas)
Centro Memorial Martin Luther King Jr (Cuba) / Cuban Movement for Peace and and People's Sovereignty (Cuba)
Campaign for Demilitarisation of Americas (Latin America)
Focus on the Global South (Thailand, Philippines, India) / Fellowship of Reconciliation (US) / LALIT (Diego Garcia / Mauritius) / Transnational Institute (Netherlands) / Asian Peace Alliance - Japan
Japan Peace Committee (Japan)
For Mother Earth (Belgium)
Pakistan Peace Coalition (Pakistan)
Campaign for Nuclear Disarmament (UK)
World Peace Council
<http://www.focusweb.org/save-the-date-international-conference-to-abolish-foreign-military-bases.html?Itemid=26>
Weitere Artikel: An Anti-Bases Network Finds its Base, von Herbert Docena
<http://www.focusweb.org/an-anti-bases-network-finds-its-base.html?Itemid=1>
No Bases Network born in the Middle of the World Helga Serrano Narváez
<http://www.focusweb.org/no-bases-network-born-in-the-middle-of-the-world.html?Itemid=26>

Reader der Informationsstelle Militarisation und der attac-Projektgruppe G8

"G8, GLOBALISIERUNG UND KRIEG - ANTIMILITARISTISCHE POSITIONEN ZUM GIPFEL IN HEILIGENDAMM"

Tobias Pflüger: G8 UND DIE MILITARISIERUNG DER WELT / Lydia Krüger: KONZERNMACHT G8 - Eine Kritik der Konzernagenda der deutschen G8-Präsidentschaft / Claudia Haydt: DIE „FRIEDENSPOLITIK“ DER G8 - Verarmen - Aufrüsten - Intervenieren / Jürgen Wagner: NEOLIBERALE GEOPOLITIK - Transatlantische Konzepte zur militärischen Absicherung der Globalisierung / Andrea Anton: GIPFEL DER REPRESSIONEN / Christoph Marischka: G8 UND MIGRATION - Der aktive Abbau der Menschenrechte und die militärische Kontrolle der Armut / Aktivistinnen der Berliner Koordinierung „G8 + Krieg“: VON DER HEIDE BIS ZUM STRAND - G8 und Militarisation

<http://www.imi-online.de/download/g8readerWEB.pdf>

Attac Deutschland

Aufruf gegen den drohenden Irankrieg

Kein Krieg gegen den Iran!

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit **gegen die Pläne der amerikanischen Regierung, einen Krieg gegen den Iran zu beginnen**, mit unabsehbaren und wahrscheinlich verheerenden Konsequenzen.

Wir erleben heute wieder das bekannte Spiel mit der Konstruktion von Kriegsgründen, die mit den wahren Absichten der US-Regierung nichts zu tun haben.

Das tatsächliche Ziel besteht nach unserer Analyse in der Kontrolle der Energiereserven: die größten nach dem mit der US-Regierung befreundeten Saudi-Arabien und dem bereits besetzten Irak. Das Ziel besteht außerdem darin, den mit der amerikanischen Regierung verbundenen Konzernen der Öl- und Rüstungsindustrie sowie der Wallstreet-Spekulation, die bereits dem Irakkrieg Rekordträge zu verdanken haben, weitere immense Umsätze und Profite zu verschaffen.

Es handelt sich dabei um eine Politik, die den eigentlichen Interessen der USA und ihrer Bevölkerung in hohem Mass abträglich ist. Sie folgt dabei vorrangig dem "shareholder-value", den finanziellen und politischen Interessen der Konzernführungen sowie dem Erhalt von Arbeitsplätzen bei den genannten Konzernen: bei Lockheed, General Dynamics, Halliburton und Carlyle.

Nach Landkarten der Region, die bereits in NATO-Kreisen kursierten, ist der Versuch einer Abspaltung der an Irak grenzenden Ölprovinz Khuzistan mithilfe von Separatisten zu erwarten, um deren Ressourcen zu kontrollieren. Recherchen des Journalisten Seymour Hersh zufolge werden durch die amerikanische Politik und die mit ihr verbündete Regierung Saudi-Arabiens isla-

mistische Terroristen unterstützt, die bürgerkriegsartige Zustände herbeiführen.

Dem offenbar bereits geplanten und vorbereiteten Krieg werden nach den vorliegenden Informationen möglicherweise Millionen Menschen zum Opfer fallen, ein weiteres Land wird verwüstet und noch dazu radioaktiv verseucht, Millionen ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Wir erklären hiermit nicht unser Einverständnis mit der Politik der iranischen Regierung, die nachhaltige Kritik verdient.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass es nicht der Iran ist, der den Atomwaffensperrvertrag verletzt oder Angriffskriege führt.

Dies ist vielmehr den **Staaten des Westens** anzulasten, die mit ihrem Verhalten **das Völkerrecht verletzen**.

Sie drohen mit Angriffskriegen, statt ausgewogene Verhandlungen zu führen und etwa dem Iran Sicherheitsgarantien anzubieten. Und sie fallen schließlich in andere souveräne Staaten ein, verwüsten und verseuchen sie oder geben dazu ihre Unterstützung gleich welcher Art.

Auch ist es die **Bundesregierung**, die atomwaffenfähige U-Boote liefert, nachdem andere NATO-Staaten bereits den Aufbau der israelischen Atommacht ermöglichten.

Aus den USA wird Spaltmaterial an Indien geliefert. Außerdem weigert sich die US-Regierung, durch nukleare Abrüstung ihre Verpflichtung des Atomwaffensperrvertrags zu erfüllen.

Um die berechtigte Kritik gegenüber dem

Iran und dem national-religiösen Populismus zur Geltung zu bringen, ist ein Krieg ein völlig inakzeptables und kontraproduktives Mittel: die Bevölkerung zu bombardieren und zu dezimieren, wie bereits im Irak geschehen und das Land zu verwüsten.

Ein solches Vorgehen ist nicht nur als massiver Verstoss gegen geltendes Völkerrecht, sondern darüberhinaus als Kriegsverbrechen zu werten, dem mit allen geeigneten Mitteln entgegengetreten werden muss.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, eindeutig und unmissverständlich ihre Ablehnung eines solchen Angriffskriegs zu erklären und der Empfehlung von Daniel Ellsberg zu folgen: - einen Austritt aus der NATO im Fall eines Kriegs in Aussicht zu stellen, den Austritt aus einem Militärbündnis unter der Dominanz einer Regierung, die in Kontinuität Völker- und Menschenrecht bricht.

Und wir fordern in diesem Sinn dringend alle, die auf eine friedliche Zukunft und Entwicklung Wert legen, dazu auf, im Sinn der Erhaltung des Friedens mit allen geeigneten Mitteln gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere bei den zuständigen Politikern, Parlamentariern und Medien zu intervenieren und entsprechende Aktivitäten zu unterstützen.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit **gegen die Pläne der amerikanischen Regierung, einen Krieg gegen den Iran zu beginnen**, mit unabsehbaren und wahrscheinlich verheerenden Konsequenzen.

März 2007, <http://attac-gk.net-hh.de/index.php?id=822#aktionen>

S. auch <http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/bushwar07.php> und <http://attac-gk.net-hh.de/index.php?id=822>

US Frauen rufen zum Widerstand gegen Bush-Politik auf

<http://www.codepink4peace.org>



Weltsozialforum 2007 in Nairobi

Abschlussklärung der Versammlung der Sozialen Bewegungen *Afrikanische Kämpfe, Globale Kämpfe*

(Vorbemerkung: Das WSF versteht sich als Raum der Debatte und des Austauschs und verabschiedet keine politischen Stellungnahmen. Doch kamen auch diesmal im Rahmen des WSF zahlreiche Vertreter und Aktive der sozialen Bewegungen in einem eigenen Forum zusammen, um einen gemeinsamen "Aufruf zur Tat" zu debattieren und zu verabschieden.)

Wir, soziale Bewegungen aus Afrika und der ganzen Welt, sind hier in Nairobi beim Weltsozialforum 2007 zusammen gekommen um Afrika und seine sozialen Bewegungen hervorzuheben und zu feiern; Afrika und seine ungebrochene Geschichte des Kampfes gegen fremde Herrschaft, Kolonialismus und Neokolonialismus; Afrika und seine Beiträge zur Menschlichkeit; Afrika und seine Rolle bei der Suche nach einer anderen Welt.

Wir sind hier, um den Geist des Weltsozialforums zu feiern und zu befestigen als einen Raum des Kampfes und der Solidarität, der offen ist für alle Menschen und sozialen Bewegungen unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit.

Wir verurteilen die Tendenzen zu einer Kommerzialisierung, Privatisierung und Militarisierung des Forum. Hunderte unserer Schwestern und Brüder, die uns in Nairobi begrüßten, sind wegen der hohen Kosten von der Teilnahme ausgeschlossen worden.

Wir sind auch tief betroffen von der Präsenz von Organisationen, die gegen die Rechte der Frauen, der marginalisierten Menschen und gegen sexuelle Rechte und Verschiedenartigkeit arbeiten, im Widerspruch zur Charta der WSF-Prinzipien.

Die Versammlung der sozialen Bewegungen hat eine Plattform für KenianerInnen und andere AfrikanerInnen aus unterschiedlichen Hintergründen und Gemeinschaften geschaffen, um ihre Kämpfe, Alternativen, Kulturen, Talente und Fähigkeiten darzustellen. Es ist auch ein Raum für zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen zur Interaktion und zum Austausch über die sie berührenden Fragen und Probleme.

Seit der ersten Versammlung in 2001 haben wir zum Aufbau und zur Verstärkung erfolgreicher internationaler Netze der Zivilgesellschaften und sozialen Bewegungen beigetragen und unseren Geist der Solidarität und unsere Kämpfe gegen alle Formen der Unterdrückung und der Herrschaft verstärkt.

Wir erkennen, daß die Verschiedenartigkeit der Bewegungen und der Volksinitiativen gegen Neoliberalismus, die Welthegemonie des Kapitalismus und die imperialen Kriege ein Ausdruck des weltweiten Widerstandes ist.

Wir müssen jetzt zu einer Phase wirkungs-

voller Alternativen kommen. Viele lokale Initiativen bestehen bereits und sollten erweitert werden: Was in Lateinamerika und in anderen Teilen der Welt geschieht - Dank der gemeinsamen Aktion der sozialen Bewegungen - zeigt den Weg zur Etablierung konkreter Alternativen zur kapitalistischen Weltherrschaft.

Als soziale Bewegungen aus allen fünf Kontinenten, die in Nairobi zusammengekommen sind, drücken wir unsere Solidarität mit den sozialen Bewegungen in Lateinamerika aus, deren hartnäckiger und fortdauernder Kampf zu den Wahlsiegen der Linken in verschiedenen Ländern geführt hat.

Aktionen

Wir rufen auf zu einer breiten internationalen Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Rostock und Heiligendamm (Deutschland) vom 2. bis 8. Juni 2007.

Wir werden in unseren Gemeinschaften und Bewegungen für einen internationalen Aktionstag in 2008 mobilisieren.

Nairobi, 24. Januar 2007

(Übersetzung aus dem Englischen: Torsten Trotzki - Quelle: [Indymedia Kenia](http://www.indymediaKenia.org))

<http://www.weltsozialforum.org/2007/2007.wsf.1/2007.wsf.erklaerung/index.html>

Vorgeschlagene gemeinsame Aktionen

(Auszüge, die gesamte Liste ist auf Englisch zu lesen unter:

<http://www.weltsozialforum.org/2007/2007.wsf.1/2007.wsf.erklaerung/index.html>)

Schulden: Aktionswoche gegen die Schulden 14.-21. Oktober 2007

Krieg und Besatzung: 24.2. Demonstration in London : Soldaten raus aus dem Irak!

5.-9. März: Internationale Konferenz in Quito für die Abschaffung der ausländischen Militärbasen

17.-20. März: Internationale Protesttage gegen die Besatzung des Iraks

29.3. -1.4. : 5.Kairo-Konferenz (Contact: [office\(at\)stopwar.org.uk](mailto:office(at)stopwar.org.uk)/02072786694)

15.5. Aktionstag anlässlich des 60.Jahrestags der „Nakbah“ (Katastrophe durch Vertreibung) der Palästinenser; Forderung nach Umsetzung der UNO-Resolution 194 (Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge)

7.-9. Juni: Weltweite Proteste gegen die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete, die seit 40 Jahren fort dauert („Die Welt sagt Nein zu der israelischen Besatzung“)

2. Juni 2007: Demonstration gegen das G8-Treffen, Rostock

29.Nov. 2007: weltweiter Solidaritätstag mit Palästina

Wasser: Die Regierungen sollen das Recht auf Wasser noch vor dem 60.Jahrestag der Menschenrechtserklärung der UNO anerkennen

Klimaveränderung: Internationaler Aktionstag am 8.Dezember

Migration: Aktionstag am 7 Oktober 2007 für die Rechte der Migranten

Immanuel Wallerstein

Das Weltsozialforum: Von der Defensive in die Offensive

Das WSF hat sich von 20. bis 25. Januar in Nairobi, Kenia, getroffen. Die Organisation, die als eine Art Gegen-Davos gegründet wurde, ist gereift und hat sich dynamischer entwickelt als selbst ihre Teilnehmer erkennen. Von Anfang an war das WSF ein Treffen von einem überaus breiten Spektrum von Organisationen und Bewegungen aus der ganzen Welt, die sich durch ihre Opposition zur neoliberalen Globalisierung und zum Imperialismus in allen seinen Formen definieren. Sein Slogan war „Eine andere Welt ist möglich“ und seine Struktur war die eines offenen Raumes ohne Offizielle, Sprecher oder Resolutionen. Das WSF war gegen die neo-liberale Globalisierung und der Begriff „**Alterglobalisten**“ wurde gebildet, um den Standpunkt ihrer Vertreter zu kennzeichnen – das Ziel einer anderen Art globaler Strukturen.

In den ersten WSF-Treffen, ab 2001, war der Ton defensiv. Die Teilnehmer, jedes Mal zahlreicher, klagten die Fehler des Washington Konsenses an; die Bestrebungen der WTO, den Neoliberalismus in Gesetze zu gießen; den erpresserischen Druck des IMF auf die Länder der Peripherie, alles zu privatisieren und die Grenzen für den freien Kapitalfluss zu öffnen; und das aggressive Verhalten der USA im Irak und anderswo.

Auf dem 6. Welttreffen wurde diese defensive Sprache ziemlich heruntergefahren – weil die Lage eigentlich für jeden klar war. In diesen Tagen scheint die **USA weniger mächtig**; die WTO ist offensichtlich blockiert und im wesentliche impotent; der IWF fast vergessen. Die New York Time berichtete vom diesjährigen Treffen in Davos von der wachsenden Erkenntnis, dass es in der Welt eine „Verschiebung in der Macht-Gleichung“ gibt, dass „keiner mehr wirklich die Hosen an hat“, dass „die tatsächlichen Fundamente des multilateralen Systems“ erschüttert sind und „die Welt

ohne Führung ist zu einer Zeit, in der sie zunehmend verwundbar wird durch katastrophale Schocks“.

In dieser chaotischen Situation bietet das WSF eine wirkliche Alternative und schafft allmählich ein Netzwerk, dessen politische Kraft sich in den nächsten 5 bis 10 Jahren herausbilden wird. Die Teilnehmer des WSF haben seit langem darüber debattiert, ob es nach wie vor ein offenes Forum sein sollte oder ob es strukturierte, geplante politische Aktionen in Angriff nehmen sollte. Leise, fast unbemerkt wurde es klar in Nairobi, dass das Thema strittig ist. Die Teilnehmer sollten **beides** machen - das WSF als offenen Raum für alle diejenigen nutzen, die das bestehende Welt-System transformieren wollen und zugleich diejenigen ermutigen, die besondere politische Aktionen auf den WSF-Treffen organisieren wollen.

Die zentrale Idee ist die Schaffung von **Netzwerken auf globaler Ebene**, denn darin liegt die Stärke des WSF. Es gibt inzwischen ein effektives Netzwerk der Feministen. Zum ersten Mal wurde in Nairobi ein Netzwerk für Arbeiterkämpfe (Arbeiter hier in einem breiten Sinne verstanden) in Angriff genommen. Es gibt nun ein arbeitsfähiges Netzwerk von aktivistischen Intellektuellen. Das Netzwerk der ländlich basierten Bauernbewegungen wurde verstärkt. Es gibt ein aufkeimendes Netzwerk von denen, die alternative Sexualitäten verteidigen (das Kenianischen Schwulen und Lesben öffentliche Präsenz erlaubte, was früher nicht möglich war). Es gibt ein Anti-Kriegs-Netzwerk (unmittelbar befasst mit dem Irak und dem Mittleren Osten). Und es gibt funktionierende Netzwerke zu speziellen Kampfgebieten – Wasserrechte, Kampf gegen HIV/AIDS, Menschenrechte.

Das WSF ist die Geburtsstätte von Manifesten: es gibt den so genannte Bamako-Appell, der eine ganze Kampagne gegen den Kapitalismus erläutert; ein feministisches Manifest, jetzt im zweiten Entwurf und weiter in Entwicklung; ein gerade neu formuliertes Manifest der Arbeit. Zweifellos wird es noch weiter Manifeste im weiteren Verlauf der WSF geben. Der vierte Tag wurde den Treffen dieser Netzwerke gewidmet. Jedes entschied, welche Art von gemeinsamen Aktionen es unterhemmen könnte – in seinem Namen, aber unter dem Schirm des WSF.

Schließlich wandte man sich der Frage zu, was es bedeutet, wenn man sagt „eine andere Welt“. Es gab ernste Debatten darüber, was wir unter „Demokratie“ verstehen, wer ein Arbeiter ist, was die Zivilgesellschaft beinhaltet, welche Rolle politische Parteien in der zukünftigen Konstruktion der Welt spielt. Diese Diskussionen bestimmen die Ziele, und die Netzwerke sind eine großer Teil der Mittel, wodurch diese Ziele erreicht werden. Die Diskussionen, die Manifeste, und die Netzwerke machen den offensiven Charakter der Bewegung aus.

Es ist nicht so, dass das WSF ohne innere Probleme wäre. Die Spannungen zwischen einigen der größeren NGOs (deren Zentralen und Stärken im Norden liegen, und die das WSF unterstützen aber sich auch in Davos zeigen) und den kämpferischeren sozialen Bewegungen (die besonders stark im Süden sind, aber nicht nur dort) bleiben real. Sie arbeiten zusammen im offenen Raum, aber die kämpferischen Organisationen kontrollieren die Netzwerke. Das WSF erscheint manchmal als eine sich schwerfällig hinschleppende Schildkröte. Aber wie in Äsops Fabel verliert der glitzernde schnelle Davos-Hase das Rennen.

Feb 2007 Kommentar Nr.202

Samir Amin

Franz Fanon lesen!

Samir Amin (1), einer der Gründer des Weltsozialforums, Teilnehmer des 5. Forums in Nairobi (20. bis 25. Januar), hält es für notwendig, zukünftig neue Versammlungs- und Aktionsformen zu entwickeln. Ein Gespräch.

Die Frage nach der Zukunft der Foren bewegt weiterhin die Geister, in diesem Jahr noch stärker, wo man die Grenzen wahrnimmt, an die die Organisation eines solchen Treffens in Afrika stößt.

S. Amin: Die Idee, die hinter dem steckt, was ich einmal "Basare" nannte, "Basar" in dem Sinn, dass man dort alles findet, was man suchen will, bestand einfach darin, einen Ort für Begegnungen zu schaffen. In dieser Hinsicht erfüllen die Foren vollauf ihren Sinn. Man muss aber in der Tat feststellen, dass sich im Lauf der Jahre die Teilnehmerlisten **zugunsten der NGOs verschoben** haben - von denen einige manchmal sehr klein sind, nicht Bewegungen vertreten, die die Welt verändern könnten und die gleichzeitig auch sehr reich sind... Dies ist eine Herausforderung, vor der wir heute stehen und dies ist auch der Grund, weswegen ich denke, dass die Foren ihre **historische Aufgabe erfüllt** haben.

Sie sind der Meinung, dass wir am Ende eines Prozesses angelangt sind?

S. Amin: In der Tat. Wir müssen nun andere Orte für vertiefte, in gemeinsame Aktionen mündende Debatten finden. Dies ist auf allen Ebenen sehr wichtig - ob national, regional oder weltweit. Im letzten Jahr in Bamako haben unsere Organisationen (Anm. d. Red.: Ungefähr 200 Organisation bilden das Alternative Weltforum, eine Art internationaler "Think tank") einen Aufruf in diesem Sinne verfasst, den "**Appell von Bamako**". Er hat viele positive Reaktionen hervorgerufen, und ich bin überzeugt, dass

wir in dieser Richtung Fortschritte machen werden.

Sie sagen, die Weltforen haben sich überlebt. Wenn man also einmal Bilanz zieht, welches war Ihrer Meinung nach ihr wirklicher politischer Einfluss?

S. Amin: Zunächst einmal kenne ich keine Bewegung, die nicht politisch ist, selbst wenn man uns glauben machen will, dass es die Zivilgesellschaft nicht ist. Typischerweise haben die USA diese ideologische Manipulation vorgenommen - für Politik sei die Regierung zuständig, für den Markt die Ökonomie und die Zivilgesellschaft sei dafür zuständig, hier und da Ungleichheiten zu beheben.... Wenn wir uns einmal in eine historische Perspektive begeben, so befinden wir uns in einer Periode, in der die großen Bewegungen für gesellschaftliche Veränderungen relativ schwach sind, verglichen mit dem, wie sie in der Vergangenheit einmal sein konnten. Dennoch existieren sie, und nicht nur in ihrer organisationalen oder institutionellen Form. Die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika sind auf dem Boden breiter Bündnisse entstanden, auch durch die Unterstützung des bewaffneten Kampfes (Vietnam, Algerien, die portugiesischen Kolonien, usw.). Sie haben die Entstehung politischer Kräfte mit echter Legitimität ermöglicht und den Imperialismus gezwungen haben, sich den Forderungen der Bevölkerung anzupassen. Diese Bewegungen haben die Welt verändert und sie waren (und sind es teilweise

heute noch) in ihrer aktuellen Form in den Sozialforen vertreten.

Das Forum von Nairobi hat in diesem Jahr entschieden, sich erneut mit Franz Fanon zu befassen. Sie selbst leiten mehrere Seminare zu diesem Thema. Weshalb diese Wahl?

S. Amin: Franz Fanon ist eine große Persönlichkeit, ein universeller Denker der Revolution und des Befreiungskampfes in Asien und in Afrika. Er propagierte das Bündnis von Arbeitern und Bauern und hat so der **Revolte der "Verdammten dieser Erde"** ein theoretisches Gerüst gegeben, was eine Wende in der Geschichte der Volksbewegungen bedeutete. Wenn heute in Afrika über Fanon gesprochen wird, so hat das einen einleuchtenden Grund. Es geht nicht nur um das ehrenvolle Gedenken an einen großen Mann, sondern auch darum, darüber nachzudenken, was er uns zu sagen hat z.B. über die Frage des Zugangs zum Boden und der für die Verwirklichung dieses Rechts notwendigen Bedingungen.

1) Leiter des Forum du Tiers-Monde und Präsident des Alternativen Weltforums.

Erschienen in „Grain de Sable“ Nr. 561, 25.1.2007

*<http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique426>
Das Gespräch wurde von Isabelle Bourboulon geführt, Mitglied der Internationalen Kommission von Attac Frankreich.*

Übersetzung: urpa, Jürgen JANZ.

Peter Wahl

Licht und Schatten

Eine erste Bilanz des Weltsozialforums in Nairobi

Die Bilanz des Weltsozialforums in Nairobi fällt widersprüchlich aus.

Positiv war, dass das Forum in Afrika stattgefunden hat. Es war eine Schwäche der früheren Sozialforen, dass die afrikanische Zivilgesellschaft, ihre Themen und Probleme immer stark unterrepräsentiert waren. Nairobi hat diese Lücke geschlossen. Das Forum 2007 bot der afrikanischen Zivilgesellschaft die Gelegenheit, sich als Teil der globalen Bewegung für Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen darzustellen und eine gemeinsame Identität zu entwickeln. Viele neue Informationen, die Debatten und die Vernetzung mit anderen haben

sicher einen wertvollen Beitrag zu Stärkung der afrikanischen Zivilgesellschaft leisten können.

Dies gilt zumindest für den anglophonen Teil des Kontinents. Denn auch in Nairobi war die koloniale Teilung in einen anglophonen und frankophonen Teil schmerzhaft spürbar. Die Beteiligung Westafrikas war sehr gering. Damit reproduzierte sich mit umgekehrten Vorzeichen das, was beim regionalen Forum 2006 in Bamako aufgetreten war.

Auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Industrieländern, die zum ersten Mal nach Afrika kamen, brachte das Forum

wichtige Erkenntnisse. Was sie sonst nur aus abstrakten Statistiken über Armut und Elend kannten, wurde greifbar und mit konkreter Erfahrung aufgefüllt. Denn die Veranstaltungen, die Zeltstadt mit ihren Infoständen, die vielen informellen Kontakte wurden von den existentiellen Alltagsproblemen der afrikanischen Realität dominiert - Hygiene, Wasser, Aids, Gewalt gegen Frauen, Korruption, Verschuldung, Straßenkinder usw. Die Akteure, die diese Themen repräsentierten, waren vorwiegend NGOs, darunter in besonders hohem Maße kirchliche Hilfswerke sowie große, international operierende NGOs.

Verlust an Attraktivität und Ausstrahlungskraft

Über den positiven Aspekten sollten allerdings nicht die Defizite dieses WSF übersehen werden. Das fängt mit der deutlich geringeren Beteiligung an. Auch wenn man nicht brasilianische Verhältnisse zum Maßstab machen will, wo in Porto Alegre übers Wochenende einfach mal 100.000 Brasilianer auflaufen, so muss man zur Kenntnis nehmen, dass selbst die Teilnahme aus den Industrieländern generell geringer war. Das heißt: an den Reisekosten allein kann es nicht gelegen haben. Die Attraktivität in die Bewegung hinein ist sichtlich zurückgegangen.

Auch die politische Ausstrahlung nach außen hat spürbar nachgelassen. Die internationale Medienberichterstattung war geringer und mehr als früher auch negativ. Das gilt auch für Deutschland. Damit ist eine der wichtigsten Funktionen der Foren, nämlich weltweit als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum in Davos wahrgenommen zu werden, deutlich reduziert. Die politische Botschaft, die sonst vom WSF in die Welt gegangen war, ist schwächer geworden.

Dabei spielen sicher auch „natürliche“ Gründe mit hinein. Der Reiz des Neuen ist nach sieben Jahren verflogen. Und wer seriös Politik macht, kann nicht permanent das mediale Bedürfnis nach Spektakularität bedienen. Aber dennoch ist ein Gutteil der gesunkenen Außenwirkung hausgemacht.

Pluralität muss Produktivkraft werden

So hat die starke single issue-Orientierung auch eine Kehrseite: eine qualifizierte Weiterentwicklung der Kritik an der Globalisierung als systemisches Phänomen fand in Nairobi kaum statt. So wurden z.B. die internationalen Finanzmärkte, die immerhin den Kern des neuen Akkumulationsregimes (vulgo: Globalisierung) bilden, in gerade mal fünf Veranstaltungen ausdrücklich thematisiert.

Auch hat sich der Verzicht auf Großveranstaltungen mit prominenten Bewegungsinтеллекuellen nicht ausgezahlt. Abgesehen davon, dass es für die Identitätsbildung einer so heterogenen Bewegung auch solcher verbindender Elemente bedarf, ist damit ein Stück **Außenwirkung verloren** gegangen.

Übrig bleibt dann nur die **unverbundene Koexistenz einer Vielzahl von single issues**. Es geht dabei überhaupt nicht darum, die Pluralität und Offenheit des Forums einzuschränken. Vielfalt ist aber nur dann eine Stärke, wenn die unterschiedlichen Elemente in produktive Reibung miteinander treten, wenn Verallgemeinerung, Synthese und gemeinsame Lernprozesse möglich werden. Ein **statisches Pluralismusverständnis** führt hingegen dazu, dass das Forum zum Markt der Möglichkeiten zer-

fällt - mit dem entsprechenden Risiko der Entpolitisierung.

Insofern ist das Format des WSF in Nairobi mitverantwortlich für den Verlust an Attraktivität nach innen wie nach außen.

Einige Hilfswerke und NGOs haben diese Entwicklung befördert, weil sie glauben, das sei „ideologiefrei“. Schützenhilfe bekommen sie dabei von einigen Linken, die aus einem Affekt gegen „die Promis“, den sie für basisdemokratisch halten, in die gleiche Richtung ziehen.

Hier sind Reformen notwendig. Es kommt darauf an, ein Format zu entwickeln, das komplementär zu den single issues Verallgemeinerung ermöglicht, scheinbar Disparates und Konkretes **bündelt** und Pluralität zu einer Produktivkraft werden lässt.

Das Gegenteil eines Fehlers ist meist wieder ein Fehler

Die Versammlung der Sozialen Bewegung hat ein explizit politisches Selbstverständnis. Sie will – anders als das Gesamtforum - nicht nur ein Raum sein, sondern einen transnationalen Akteur konstituieren und Handlungsfähigkeit entwickeln. Sie ist der Kristallisationskern der Linken innerhalb des Forums und möchte einen bewussten Gegenakzent zur Mehrheit der NGOs bilden. Allerdings bestätigte die Versammlung in Nairobi die alte Binsenweisheit, dass das Gegenteil eines Fehlers meist wieder ein Fehler ist.

Zwar wurde eine Erklärung verabschiedet, in der nichts Falsches steht, ansonsten bestand das Meeting aber hauptsächlich darin, dass Fäuste geballt wurden, Amandla Ngawethu, Parolen vom Typus „Hoch die ...Weg mit ...“ gleich im Dutzend gerufen wurden und zum Teil sektiererische Kritik am Forum im allgemeinen und „den NGOs“ im besonderen geübt wurde. Das ist nicht die Alternative zur Entpolitisierungstendenz des WSF.

Notwendig ist stattdessen, Räume für eine qualifizierte Kritik der Globalisierung auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Auch das wäre im Format des Forums zukünftig zu berücksichtigen.

WSF und Staat

Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen agieren außerhalb des formellen politischen Systems. Sie versuchen an einem Problemfeld das Meinungsklima in der Gesellschaft zu beeinflussen, ohne parlamentarische Vertretung oder Regierungsbeteiligung anzustreben. Auch wenn es inhaltliche und politische Übereinstimmungen zwischen Parteien und/oder Regierungen und zumindest Teilen der Zivilgesellschaft geben kann, folgen beide Akteurstypen in Strukturen und Dynamik einer unterschiedlichen Logik und spielen gesellschaftlich verschiedene Rollen. Insofern ist es weise, wenn das WSF auch weiterhin auf eine

gewisse Distanz zu Parteien und Regierungen achtet.

Das WSF 2007 zeigt aber auch, dass die Durchführung eines solchen Großevents ohne die Unterstützung mindestens einer großen Kommune äußerst schwierig ist. Bestimmte Schwächen in Nairobi, wie etwa das Fehlen der angekündigten Übersetzung, sind nicht einfach ein organisatorischer Mangel, sondern hochpolitisch. Eine globale Bewegung muss ein Minimum an Kommunikationsgerechtigkeit garantieren. Wenn alles in Englisch läuft, macht das nicht nur viele sprachlos, sondern verfestigt auch noch die monokulturelle Hegemonie einer Sprache.

Solange **staatliche Unterstützung** für das WSF transparent ist und – wie in Porto Alegre - nicht zu politischer Instrumentalisierung führt, kann sie akzeptiert werden. Zumal gerade einige der einflussreichsten Kritiker einer Kooperation mit dem Staat aus NGOs kommen, die selbst über Staatsknete in der Größenordnung von sechststelligen Millionenbeträgen zu verfügen pflegen. Insofern kam die Finanzierung des WSF 2007 zwar nicht von der Kommune Nairobi oder dem Staat Kenia, aber indirekt doch zu einem erklecklichen Teil aus staatlichen Budgets, insbes. den Entwicklungs- und Außenministerien Skandinaviens, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands etc. oder aus staatlich eingetriebener Kirchensteuern in den Industrieländern. Darüber sollte man offen reden, statt mit zweierlei Maß messen.

Ein anderes WSF ist nötig

Das WSF war eine Erfolgsgeschichte. Aber: Wandel und Wechsel liebt, was lebt. Damit die Erfolgsgeschichte ihre Fortsetzung findet, ist es an der Zeit, dass das Projekt auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen reagiert und sich erneuert. Dazu gehört nicht nur das Format, sondern auch die Häufigkeit der Treffen. Der Jahresturnus ist auf Dauer nicht durchzuhalten. Es muss Raum und Zeit sein, für dezentrale, regionale und lokale Foren. Auch was den Austragungsort angeht, dürfen früher einmal gefasste Beschlüsse in Frage gestellt werden. Warum sollte ein WSF nicht auch einmal in Europa stattfinden können, solange dies nicht zur Dauereinrichtung wird?

Nötig wären auch Strukturen, die mehr Kontinuität und Kommunikation zwischen den großen Meetings ermöglichen. Und last but not least braucht es mehr **Transparenz in den Entscheidungsprozessen**. Zwar werden angesichts der vielen praktischen und finanziellen Probleme internationaler sozialer Bewegung ideale Standards von repräsentativer und partizipativer Demokratie immer deutlich unterboten werden, aber etwas mehr an Transparenz, Partizipation und damit Demokratie als gegenwärtig ist durchaus möglich.

27.1.2007

Reflexionen auf einem fremden Kontinent

In Schwarzafrika war ich noch nie gewesen und so fragte ich mich hin und her, ob es Sinn machen würde, mal gerade zum WSF nach Nairobi einzufliegen. Ein Glück, ich entschloss mich am Ende dafür und erlebte gleich zwei Reisen.

Eine in die mir schon einigermaßen bekannte Welt des WSF und anschließend eine zweite in der ich dank neu gewonnener FreundInnen ein bisschen in die kenianische Realität eintauchen durfte.

Wie afrikanisch was das WSF in Nairobi? Jettete da nur die übliche Mischung aus Akademikern, NGOs, politische Stiftungen, einige GewerkschafterInnen, KirchenvertreterInnen und betuchte GlobalisierungskritikerInnen nach Afrika, um das weiterzubespochen, was die v.a. im für manche Linksgefärbte attraktiveren Lateinamerika zuvor begonnen hatten?

Ja und nein. Ja, es gab sie, diese globalisierungskritische Jetset, die sich viel über Pannen erzürnten –als hätte das Programm jemals pünktlich vor Beginn vorgelegen und als gäbe es nur in Afrika Taschendiebe und Gewalt auf den Straßen. Sie diskutierten größtenteils unter sich, an der Hautfarbe leicht erkennbar, während ein Teil der rein „schwarzen“ Veranstaltungen stark in der Hand traditioneller Kirchenleute hin bis zu missionarischen Eiferern lagen, weit entfernt vom Gedanken eines Forums der sozialen Bewegungen.

Aber das war nicht das ganze Forum, so wie es nie E I N Forum gab, sondern VIELE Foren in einem. Ich warne vor denjenigen, die aus dem von ihnen persönliche Erlebten (je 1 von 100 parallelen Veranstaltungen) eine generalisierende Einschätzung des Forums abgeben und auch ich kann nur einzelne Puzzelsteine wiedergeben.

Doch diese verdichteten sich im Laufe der fünf Tage bei mir zu folgendem Bild: Das Forum wurde von Tag zu Tag afrikanischer! Nicht erst am 5.Tag durch den Marathon und die Demonstration durch einen Slum Nairobis und das große Abschlussfestival im Uhruru Park. Es begann bei vielen kleineren Demonstrationen auf dem Forumsgelände und der Innenstadt und dann v. a. auch durch den 4.Tag, der anders als bisher konzipiert war. Die Versammlung der Bewegungen, bisher eher die Spielwiese für parteiähnliche Organisationen mit ihren üblichen programmatischen „Müsste –und –Sollte-Erklärungen“, diesmal war sie beherrscht von Afrikanern und Afrikanerinnen, welche die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der vorausgegangenen Tage in einem der 21 Themenschwerpunkte vortrugen. Bejubelt wurde z.B. die Gründung eines afrikanischen Wasserforums

oder die Tatsache, dass die Stimme der Saharai hier laut erhoben wurde, die weitgehend vergessene letzte Kolonie (Marokkos) in der westlichen Sahara, die von vielen bekundete Absicht, ihre Themen im Rahmen der G8 Proteste einzubringen oder die für uns Europäer besonders wichtige „Stop EPA Kampagne“ mit dem klaren Auftrag an uns, die EU von diesem brutalen Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreement) abzuhalten.

Und dann war da auch noch Wangui, eine Frau vom People's Parliament, das ich einen Vormittag besuchen konnte und wo ich mich spontan sehr wohl fühlte.

(Die einzige Versammlung übrigens von denen, die ich besuchte, wo konsequent Englisch und Kiswaheli übersetzt wurde.) Eine Art alternatives WSF in einem Stadtpark im Zentrum Nairobis, wo täglich diejenigen diskutierten, die weder die ca. 5€ Eintritt (für Kenianer) noch den je ca. 1€ für den Bus ins Stadion sich leisten konnten (wer Glück hat lebt von ca.1€/Tag) und wer es von ihnen doch geschafft hatte, musste durstig bleiben, weil er oder sie das Geld für das Flaschenwasser nicht mehr besaß.

Und damit bin ich bei einem von vielen Seiten geäußerten Kritikpunkt: die lokale Bevölkerung v.a. diejenigen, ÜBER die viel gesprochen wurde –die Ärmsten – waren weitgehend ausgeschlossen und kaum eine/r sprach MIT ihnen.

Aber auch das ist kein afrikanisches Novum. Bei meinen Besuchen in den Slums von Caracas nach dem WSF 2006 traf ich durchgängig AktivistInnen aus den Slums, an denen das Forum spurlos vorbeigegangen war, ähnliches lässt sich von Porto Alegre berichten. Und so sehe ich es als Fortschritt, dass in Nairobi zum ersten Mal eine Demonstration vor den durch Polizisten geschützten WSF-Toren am Ende die Öffnung der Tore erreichte, wenigstens an diesem Tag. Und dann der Sturm der Straßenkinder auf das einzige gut platzierte Restaurant auf dem Forumsgelände, das v.a. nicht wegen seiner teuren Preise kritisiert wurde, sondern wegen seines Besitzers, dem Innenminister des Landes. Endlich konnten sich am 2.Tag die Kinder dort mal satt essen und das Ärgernis schloss seine Tore. Auch dass die Kinder am Ende die für die Übersetzung genutzten kleinen Radios in ihre kärglichen Zuhause mitnehmen durften sehe ich als einen guten Schritt in die richtige Richtung.

So wurde der prinzipielle Widerspruch aller bisherigen WSFs zwischen der eher akademisch zu beschreibenden Welt des Forums und der doch weit davon entfernt liegenden sozialen Wirklichkeit hier in Afrika immerhin an einigen Punkten sichtbarer als bisher

und fand in der Auswertung des IC (International Council, das WSF Planungsteam) eine laute Stimme.

Von außen betrachtet und von den Medien in die breite Öffentlichkeit transportiert entsteht eine Negativschablone dieses Kontinents: Sie haben kein Geld, kein Essen, kein Wasser, keine Gesundheit, keine Infrastruktur, keine Demokratie, keinen Frieden Sie sind ein Nichts in den Augen vieler, auch vieler Linker. Und doch führen sie ihre Leben, wie wir alle. Mit Sorgen, klar, aber sie lachen mindestens so viel wie wir, eigentlich mehr. Sie haben eine Tradition des solidarischen Zusammenlebens – oft aus der Not geboren, aber eine warme soziale Basis, die hier vielfach fehlt. Und sie haben eine Tradition des Widerstands gegen 500 Jahre Sklaverei, Kolonialismus und Postkolonialismus im neoliberalen Kapitalismus. Eine Stärke, eine Vielfalt, einen Zusammenhalt besonders spürbar bei vielen Afrikanerinnen, wie ich sie auf mehreren Frauenversammlungen auf dem Land oder in Jugendgruppen in den Slums in meiner zweiten Reise kennen und lieben lernte. Ich danke an dieser Stelle Erastus, Alex, seinen Geschwistern und seiner Mutter, Sammy, Wangui und vielen anderen, die mich in diese afrikanische Wirklichkeit eintauchen ließen. Ohne das WSF hätte ich sie nie kennen gelernt, ohne die Woche danach wäre mein Afrikabild akademisch hohl geblieben.

“Die Hoffnung Afrikas liegt in den afrikanischen Frauen“, das hatte ich schon vorher oft gehört. Jetzt konnte ich es praktisch erleben, habe sie lieben gelernt und hoffe, dass ich einige von ihnen zum Gegengipfel zu G8 hierher einladen kann. Damit sie sich austauschen können mit Frauen hier, vielleicht auch praktische Hilfe bekommen, aber auch Menschen z.B. aus Lateinamerika kennen lernen, die aus ähnlichen Bedingungen heraus schon heute ein anderes Leben in Würde kollektiv beginnen, z.B. in den Slums von Buenos Aires, in Bolivien, in Venezuela und last not least in Chiapas. Die Präsenz ganz normaler Menschen, die schon heute versuchen gemeinsam aus eigener Kraft heraus ein anderes Leben in Würde trotz-gegen-und über den Kapitalismus hinaus zu führen, das ist mein Wunsch für die zukünftigen WSFs.

Das geplante WSF 2008 in der Form einer Aktionswoche gedacht, in der wir dieses andere schon existierende Leben weltweit sichtbar machen könnte ein wichtiger Schritt in diese Richtung werden, so wir alle etwas daraus machen.

14.2.2007

Ein U-Bahn-Wagen in Bewegung

21. Januar 2007

Nach Meinung der tonangebenden Medien, die - wie die Finanzmärkte - sich selbst erfüllenden Prophezeiungen (der berühmten self-fulfilling prophecy) das Wort reden, ist die **Bewegung für eine andere Welt** („altermondialiste“) abgeflaut. Um sich ein vernünftiges Bild von dieser Frage zu verschaffen, müsste man jedoch erstmal in der Lage sein, diese Bewegung genau zu definieren, ihre erklärten und tatsächlich erreichten Ziele zu ermitteln, und vor allem über die Rolle nachdenken, die sie in einem neuen politischen Rahmen spielen soll. Einem Rahmen übrigens, zu dessen Gestaltung sie aktiv beigetragen hat.

Die für die Globalisierungskritiker verwendete Bezeichnung „Altermondialisten“ (wörtlich: Befürworter einer anderen Welt) ist jüngerer Ursprungs, und bislang gibt es eigentlich nur in den romanischen Sprachen eine wörtliche Übersetzung dafür. So gibt es etwa keine einstimmig anerkannte englische Entsprechung für diesen Begriff. Man könnte sagen – und das ist gewiss eine Binsenweisheit - dass darunter die einzelnen Personen, Bewegungen und Organisationen verstanden werden, die eine, mehrere oder alle Aspekte der bestehenden Ordnung, nämlich jener des neoliberalen Kapitalismus, in Frage stellen und den Aufbau einer „anderen“ Welt anstreben. Wie sich die einen oder anderen vielleicht noch erinnern, war im **Mai 1998** in Le Monde diplomatique ein **Artikel mit dem Titel „Eine andere Welt ist möglich“** erschienen, der anschließend als Slogan von Attac übernommen wurde und sich von da an bis in die hintersten Winkel der Welt verbreitete, von den Weltsozialforen seit jenem von Porto Alegre im Januar 2001 sowie in weiterer Folge von den entsprechenden kontinentalen, nationalen oder sogar lokalen Ausprägungen. Parallel dazu zeigte sich zu Beginn des neuen Jahrtausends ein allmählicher Übergang von einem „gegen“ zu einem „anders“, von der Ablehnung (Anti-globalisierung) zum Vorschlag.

Die Bewegung für eine andere Welt ist ein **Gebilde ohne feste Gestalt**, bestehend aus Organisationen, Netzwerken und mitunter einfachen Websites, die auf der lokalen bis hin zur globalen Ebene tätig sind. Sie ist nicht strukturiert, sondern tritt nur für punktuelle Aktionen organisiert auf. Im Blickfeld der Öffentlichkeit steht sie bei den Sozialforen und den großen Straßenkundgebungen (gegen den IWF, die WTO, den G8, die Europäische Union usw.). Eine Organisation kann dafür 100 % ihrer Tätig-

keit aufwenden - was bei den weltweit etwa fünfzig Attac-Organisationen der Fall ist - es sind aber auch alle Formen bis hin zu einem Anteil von 1 oder 2 % möglich. Letzterer überwiegt deutlich bei denjenigen, die sich nur entsprechend ihres ursprünglichen Zwecks beteiligen: Verteidigung der Lohnabhängigen bei den Gewerkschaften, Kampf um das Überleben des Planeten bei den Umweltschützern, Berücksichtigung der Notstände des Südens bei den Organisationen internationaler Solidarität, Verteidigung der Frauenrechte bei den Frauenbewegungen....

Das Leben der Bewegung gleicht einer U-Bahn in Form einer Wanderbibliothek, bestehend aus Analysen, Aktionseinheiten und Vorschlägen: einige Teilnehmer sind von der Abfahrt bis zur Endstation mit dabei und nehmen fast den gesamten, auf die einzelnen Bahnwagen verteilten Bestand an; andere steigen an einer Haltestelle zu, bleiben eine gewisse Zeit in einem einzigen Wagen und steigen an einer der folgenden Haltestellen wieder aus. Dennoch hat jeder Teilnehmer eine kleine Strecke mit dem fahrenden Zug zurückgelegt und könnte sich somit als „altermondialistes“ erklären. Natürlich gibt es immer einige Opportunisten, die den insbesondere durch die Medien bedingten Bekanntheitsgrad des einen oder anderen Wagens zu benutzen wissen, um sich darin zu zeigen und z.B. um anlässlich der europäischen Sozialforen auf einem Foto mit abgelichtet zu sein.

Unter diesen Voraussetzungen wird verständlich, dass die Bewegung, selbst wenn sie sich auf ein paar Schwerpunkte des Widerstands gegen den Neoliberalismus einigt (zum Beispiel auf die Bekämpfung des Einflusses der globalisierten Finanzwirtschaft), strukturell nicht in der Lage ist, für die Mehrzahl der anderen Themen gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten. Diese Möglichkeit ist einfach deswegen nicht gegeben, weil sie voraussetzt, dass die beteiligten Organisationen über ihre – wenn auch bereits erweiterte - Zuständigkeit und Rechtmäßigkeit hinausgehen und auch Forderungen anderer Organisationen mittragen, die von den eigenen meilenweit entfernt sind, selbst wenn andere Anliegen nicht im Widerspruch zu den eigenen stehen.

So konnte man 1999 anlässlich der WTO-Ministerkonferenz in Seattle, bei der die Bewegung (die sich damals nicht als solche bezeichnete) zum ersten Mal von der Medienöffentlichkeit wahrgenommen wurde,

die amerikanische Gewerkschaft AFL-CIO im Kampf für die Aufnahme von Sozialklauseln in die internationalen Handelsabkommen Schulter an Schulter mit den Schützern der vom industriellen Fischfang dezimierten Seeschildkröten sehen. Es bedurfte tatsächlich einer gemeinsamen Aktion gegen die WTO, damit es zu deren Begegnung kam. Um nur das Beispiel Frankreich zu erwähnen: abgesehen vom Attac-Gründerkreis und den Europäischen Sozialforen, an welchem Ort hätten die nationalen Verantwortlichen von Amis de la Terre, von Artisans du Monde, der Gewerkschaften CGT und FSU ständige Gelegenheiten, sich zu treffen?

Ein sehr positiver Aspekt der Kundgebungen, Foren und verschiedenen Kollektive ist, dass sie ebenso viele Gelegenheiten für eine Organisation darstellen, **die Logik der anderen etwas besser zu verstehen**, ohne sich diese aneignen zu müssen. **Für die Zukunft bleibt davon immer noch ein Rest übrig.** Keine Organisation geht aus solchen Treffen genauso hervor wie sie hineingegangen ist. Und in weiterer Folge kann der Schwanz nach und nach den Kopf bewegen und einige Elemente einer soeben gewobenen, gemeinsamen Kultur bis zu den führenden Stellen vordringen lassen. Und das erfolgt insbesondere dank der neu geknüpften **zwischenmenschlichen Beziehungen**, vor allem zwischen ständigen Mitarbeitern von Vereinigungen und Gewerkschaften, die letztendlich mit einer Stimme sprechen, wodurch einige von ihnen an die Grenzen ihres impliziten oder expliziten Auftrags stoßen, und somit untereinander austauschbar erscheinen.

So sieht z.B. ein außen stehender Beobachter, etwa ein Däne oder ein Pole, auf dem Podium der Europäischen Sozialforen keinen Unterschied in der Sprache von Gewerkschaften wie CGT, FSU, den Solidaires, bzw. der Menschenrechtsliga oder des CRID. Man kann diesen „alternativen Jet-set“ der ständigen Mitarbeiter belächeln, die sich Gewohnheiten zugelegt haben und denen es offensichtlich Spaß macht, einander in einem Land nach dem anderen wieder zu treffen - sie sind jedoch nicht zu beneiden, so müßig sind oft die Diskussionen. Doch darf man hoffen, dass dies eine Übereinstimmung auf oberster Ebene verheißt, die die Organisationen in ihrer Gesamtheit zu mobilisieren vermag, und nicht bloß ihre Delegierten. Bis dahin liegt jedoch noch ein Stück Weg vor uns, ein ziemlich langes sogar...

Der **erste Erfolg** der Bewegung für eine andere Welt besteht zweifellos darin, solche Annäherungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglicht zu haben und so auf der ganzen Welt einen **gemeinsamen Wortschatz** geschaffen zu haben, der die verheerenden Folgen der liberalen Globalisierung benennt. Ein Wortschatz, den sich jede Organisation aneignet und der eine ungeheure rhetorische Breitenwirkung hat. Es gibt so viele Organisationen, die nach dem Beispiel von Monsieur Jourdain (1) „altermondialistisch“ handelten, ohne es zu wissen... Das erklärt zum Teil, warum in Frankreich einige der großen Forderungen der Bewegung - Besteuerung von Finanzspekulationen, Abschaffung der Steuerparadiese, Ablehnung der GVO (Genveränderte Organismen) u.a.m - laut Umfragen eine breite Mehrheit der öffentlichen Meinung ausmachen.

Allgemeiner gesagt sind die Grundlagen der neoliberalen Politiken nach und nach durch die Bewegung auseinander genommen worden. Das geht soweit, dass dieser Abbau teilweise oder gelegentlich von einem Großteil der politischen Welt weitergeführt wird, deren Blick auf die Meinungsumfragen gerichtet ist. Wenn 2005 die Kampagne gegen den **Verfassungsvertrag** erfolgreich war, so vor allem deshalb, weil sie zu einem Referendum geworden ist, in dem es nicht um ein „Für oder gegen Europa“ ging, eine absurde Alternative, in der die Befürworter des JA die Bürger gefangen halten wollten, sondern zu einem Referendum für oder gegen den Neoliberalismus. Kann man nach einem solchen Erfolg sagen, die Bewegung für eine andere Welt sei im Rückgang begriffen?

Wer könnte das glauben, wenn man beobachtet, was sich in **Lateinamerika** ereignet, dem Kontinent, auf dem fünf Weltsozialforen abgehalten wurden (vier in Porto Alegre, eines in Caracas)? In Bolivien, wo Evo Morales zum Präsidenten gewählt wurde, ebenso wie in Venezuela, wo Hugo Chavez alle Wahlen seit 1998 gewonnen und einen tief greifenden Veränderungsprozess der Gesellschaft, die „bolivarische Revolution“, begonnen hat, **sind die großen Themen der Bewegung Bestandteil der Regierungsprogramme.** Und insbesondere im Licht dieser Erfahrungen stellt sich eine Frage, auf die die Bewegung **keine gemeinsame Antwort** geben kann, nämlich **wohin** ihre Aktionen konkret führen sollen, welche Beziehung sie zum politischen Leben haben sollte.

Für alle Teile Bewegung für eine andere Welt müssen die **Sozialforen** zweifellos weiterhin das sein, was sie seit 2001 sind: Ein Raum für Diskussionen und für die Suche nach Übereinstimmungen zwischen den vor allem geographisch gesehen immer unterschiedlicheren sozialen und bürgerlichen Akteuren und vor allem für die Ausarbeitung von Vorschlägen. Hier nämlich endet der Konsens.

Einige sind der Ansicht, dass weiterhin laufend Vorschläge ausgearbeitet werden müssen, ohne aber darüber hinauszugehen, insbesondere indem man diese zu einer Art politischem Programm vereinen würde, und sei es ein weltweites. Diese Haltung spiegelt eine **diffuse libertäre Ideologie** wider, die aber in zahlreichen Organisationen sehr präsent ist. Vor allem John **Holloway** hat eine Theorie dazu geliefert - in einem Werk mit dem aussagekräftigen Titel: „Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen“. Das Wort „Macht“ kommt übrigens im Wortschatz vieler dieser Akteure nicht vor, es sei denn, um stigmatisiert zu werden – was sehr oft als Reaktion auf die totalitären Ausschweifungen der Parteistaaten geschieht. Im Gegensatz dazu werden die Gegenmacht und der zivile Ungehorsam als bevorzugte Mittel zur Veränderung betrachtet.

Für andere Teile der Bewegung, vor allem für einen Großteil der Bürger, ist das Wort **„Macht“ kein Tabu.** Gewiss, aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit (Mitterrand, Lula) machen sie sich keinerlei Illusionen hinsichtlich der Fähigkeit oder auch nur dem Willen von Regierungen, an den Verhältnissen wirklich zu rütteln - selbst wenn jene ursprünglich gute Absichten hegten - es sei denn, sie werden durch soziale Kämpfe ständig angespornt. Aber sie sind dennoch nicht der Ansicht, dass die **Politik** von Natur aus ein Gebiet ist, in dem man sich nur die Hände schmutzig machen kann.

Die Sozial- und Bürgerbewegungen können auf die politischen Akteure **Einfluss** ausüben und **sich trotzdem nicht direkt am Wahlkampf beteiligen.** Wie ist das möglich? Natürlich durch Mobilisierungen, aber auch dadurch, dass regelmäßig ein **Grundstock von Vorschlägen** geschaffen wird, die sowohl Inhalte als auch Projekte sind und der Gesellschaft zur Diskussion vorgelegt werden. Auf internationaler Ebene hatten neunzehn regelmäßige Teilnehmer der Sozialforen, die aus fünfzehn Ländern kamen (darunter der Autor dieser Zeilen), die Initiative ergriffen, einen Grundstock von 12 gestaltenden Vorschlägen für eine mögliche andere Welt ausgearbeitet, der in Porto Alegre am 29. Januar

2005 vorgestellt wurde. Dieser Text mit dem Titel **„Manifest von Porto Alegre“** wurde in der Zeitschrift *Manière de voir*“ (übersetzt in SiG41) veröffentlicht, die alle zwei Monate von Le Monde diplomatique herausgegeben wird. Ebenfalls wurde ein Jahr später, im Januar 2006, am Vorabend des Weltsozialforums von Bamako mehrere hundert Delegierte, unter denen Afrikaner und Asiaten stark vertreten waren - ein für den ganzen Planeten bestimmtes programmatisches Dokument mit dem Titel **„Der Aufruf von Bamako“** (l'Appel de Bamako) verabschiedet (übersetzt in SiG49).

Einer noch kollektiveren, aber auf Frankreich beschränkten Aufgabe widmet sich Attac mit der Veröffentlichung und Verbreitung eines **Manifestes** der Alternativen zu den neoliberalen Politiken, das im Hinblick auf die Wahlen 2007 im Land zur Diskussion gestellt wurde. Was keinesfalls bedeutet, dass Attac irgendeinen Kandidaten oder eine Partei bereitstellt oder unterstützt (siehe „Sieben Säulen...“ in dieser Nummer).

Die Stärkung des Bewusstseins der Bürger durch politische Bildung („education populaire“) kann zur Schaffung einer dem Neoliberalismus immer stärker standhaltenden Grundlage beitragen und **die Akteure des politischen Lebens beeinflussen.** Beruht die liberale Hegemonie nicht letztlich auf der Eroberung und der Abschirmung des Denkens? Unter diesem Gesichtspunkt hat die Kritik am **Mediensystem** als wirtschaftlicher Akteur und ideologischer Vorreiter dieser Hegemonie oberste Priorität. Überall auf der Welt und ganz besonders in Frankreich wurde jene Kritik lange Zeit von unterschiedlichen, vor allem gewerkschaftlichen Organisationen gebremst, in dem naiven Glauben, sie müssten ihre „Freunde“ schonen, da diese in der Lage seien, in dem einem oder dem anderen Pressemedium „gute Berichte“ über sie zu veröffentlichen. Als würden diese „Freunde“ über die Redaktionslinie entscheiden! Wir müssen akzeptieren und uns sogar glücklich schätzen, dass die Kämpfe der Bewegung für eine andere Welt in den vorherrschenden Medien nicht populär sind. Wären sie das, hätten wir allen Grund, uns über ihr Potential zur gesellschaftlichen Veränderung Gedanken zu machen.

- (1) Monsieur Jourdain in Molières Theaterstück war sehr verwundert festzustellen, dass er sein ganzes Leben lang ‚Prosa geredet‘ hatte.

Übersetzung: ehrenamtliche ÜbersetzerInnen Angelika GROSS, Barbara KRATKY, Cecile KELLERMAYR, cooridtrad@attac.org, SiG-Redaktion

Europa

Attac Frankreich Manifest 2007

Die sieben Säulen des Neoliberalismus einreißen

Attac Frankreich hat nach zwei Jahren breiter interner Debatten das „Manifest 2007“ herausgebracht. Darin werden kurz- und mittelfristige alternative Maßnahmen zum Neoliberalismus entwickelt. Attac Frankreich will damit die öffentlichen Debatten fördern und insbesondere in die Wahlkämpfe eingreifen. "Unser Vorgehen steht im diametralen Gegensatz zum sozial-neoliberalen Mitläufertum, aber genauso auch zum sterilen ‚alles oder nichts‘. Es zielt darauf ab, Sand ins Getriebe der finanzkapitalistischen Maschine zu werfen, damit sie sich schließlich festfrisst.“
In SiG57 haben wir das Kapitel zu Europa veröffentlicht. Hier folgt die Einleitung des Manifests.

Mit dem Beginn der 80er Jahre sind wir in eine **neue Ära des Kapitalismus** eingetreten, in die des **Neoliberalismus**: Es ist das Vorhaben, systematisch alle politischen, sozialen und ökologischen Begrenzungen für die Aktivität des Kapitals zu zerstören. Seine Methoden sind allseitig bekannt: Umwandlung aller Beziehungen in Warenbeziehungen, Handlungsfreiheit für Unternehmer und Investoren, Ausweitung des Jagdgebietes für transnationale Unternehmen auf den gesamten Planeten.

Die Ziele des Neoliberalismus sind unmissverständlich: Im bereits sehr ungleichen Kräfteverhältnis mit den Lohnabhängigen soll den **Kapitaleignern** immer **mehr Gewicht** verschafft werden. Der Neoliberalismus bringt große Ungleichheiten hervor und lebt gleichzeitig von ihnen: **Ungleichheiten** zwischen sozialen Schichten, zwischen Ländern und auch zwischen Männern und Frauen - die niedrigen Löhne sind, wie man weiß, in erster Linie den Frauen vorbehalten. Wenn der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Weltbank die verschuldeten Länder zur Zerschlagung ihrer öffentlichen Dienste zwingt - Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Kantinen, usw. - spielen die **Frauen** die Rolle des "sozialen Stoßdämpfers": Über ihre tägliche Arbeiten hinaus sind sie nun gezwungen, auch die Aufgaben zu übernehmen, für die die Gemeinschaft nicht mehr aufkommt. Der Neoliberalismus fördert schließlich auch individuelle Verhaltensweisen, die auf das herkömmliche Männlichkeitsbild verweisen - Wettlauf um Macht und Geld, Wettkampf und Aggressivität, zum Nachteil von Werten wie Solidarität und Zusammenarbeit.

Die Durchsetzung des Neoliberalismus erfolgt über eine den **Arbeitern** auferlegte verschärfte Disziplin, den Druck auf ihre

Kaufkraft, die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und - als logische Folge - über die schamlose Zuteilung extrem hoher Einkommen an die ohnehin Reichen: Manager, Aktionäre, Kreditgeber. Im Produktionsbereich ist eine **neue Hierarchie** zwischen den **Großunternehmen** und den **kleineren** und mittleren Betrieben entstanden, die auch oft anfällig gewordenen **Zulieferbetriebe** sind. Die Stufenleiter verschiedener Auftraggeber hat die soziale und ökologische Verantwortlichkeit der großen Gesellschaften verwässert. Sicher ist die internationale Ausweitung des Aktionsfeldes dieser Gesellschaften ein Vorgang, der vor der Entstehung des Neoliberalismus begonnen hat, aber dieser hat ihm neue Kraft gegeben. Die französischen Multinationalen wie Carrefour, Suez, Vivendi, Véolia, EDF oder France Telecom gehören zu den aggressivsten Unternehmen.

Auf dem Gebiet der **Landwirtschaft** ruinieren ein ungezügelter **Produktivismus** und die Einführung genetisch veränderter Arten die bäuerliche Landwirtschaft, zerstören die Umwelt und schaden der Artenvielfalt.

Die neue soziale Weltordnung steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Verhärtung des Kräfteverhältnisses zwischen den reichsten **Staaten** mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, und den armen, oft hoch verschuldeten Ländern. Die **Vereinigten Staaten** saugen in großem Maß die **Ersparnisse** der anderen Länder ab und investieren sie dort, wo erhebliche Profite zu erwarten sind. Europa strebt ebenfalls nach diesem privilegierten **Raubtierstatus**, aber es erreicht dabei nicht die gleiche Effizienz. Die so genannten "**Schwellenländer**" wie China und Indien treten in diesen Kreis der neuen Weltwirtschaft ein, indem sie die Leistungen ihrer Arbeitskräfte zu Schleuderpreisen

Sand im Getriebe Nr. 58 Seite 28

verkaufen und so die **Konkurrenz** mit den Lohnabhängigen der "ersten Welt" **verschärfen**. Diese wiederum, erpresst mit der Drohung des Arbeitsplatzverlustes, stehen mit dem Rücken zur Wand, um die sozialen Errungenschaften zu erhalten, die in harten Kämpfen im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erkämpft wurden. Die Politik der Europäischen Union ist weit davon entfernt, Schutz gegen diese **Spirale nach unten** zu gewähren; sie trägt vielmehr dazu bei, diesen Abwärtssog innerhalb der Union und im Rest der Welt noch zu beschleunigen.

Die **Verschuldung** von zahlreichen Staaten, die zu den Ländern gehören, die man früher unter dem Begriff "Dritte Welt" zusammenfasste (als die Staaten des "realen Sozialismus" die Zweite Welt bildeten) diese Verschuldung ist aufgrund der ab 1979 von den Vereinigten Staaten auferlegten gewaltigen Erhöhung der Zinssätze eine untragbare Last geworden. Diese Schulden, obwohl mehrfach schon zurückbezahlt, werden vom IWF und der Weltbank als Hebel benutzt, um diese Länder unter das Joch der neoliberalen Ordnung zu zwingen.

Wir haben sieben Hauptsäulen ausgemacht, keine Säulen der Weisheit, sondern Säulen des Neoliberalismus. Diese sieben Säulen müssen wir einreißen, um eine solidarische, ökologische und demokratische Welt aufzubauen.

Erste Säule: Der Freihandel und die freie Zirkulation des Kapitals

Der Freihandel ist die Öffnung aller Handelsgrenzen durch den schrittweisen Wegfall der Zölle, der nicht-tarifären Handelshindernisse und der quantitativen Be-

schränkungen des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen, ungeachtet von jeglichen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Überlegungen. So zerstört das Dogma vom ungehemmten Freihandel - und das ist sein offen eingeständenes Ziel - die Fähigkeit der Staaten, eine eigenständige Wirtschaftspolitik festzulegen, die den Erwartungen ihrer Bürger entspricht. Unzählige bilaterale Verträge, entstanden auf Initiative der Vereinigten Staaten, denen sich die Europäische Union (EU) inzwischen anschließt, setzen diese neuen Regeln durch, und die Welthandelsorganisation (WTO) hat sich zum Ziel gesetzt, diesen neuen Regeln zur universellen Gültigkeit zu verhelfen.

Die freie Zirkulation des Kapitals bedeutet die totale Freiheit für Anleger, ihr Kapital anzulegen, zu investieren, wo immer sie wollen, oder es zurückzuziehen, ohne dass das betroffene Land die geringsten Verpflichtungen auferlegen kann. Zusätzlich sind einige dieser Länder Steuerparadiese.

Alles passt zusammen: Die Produktion findet dort statt, wo die Arbeit am billigsten ist, dort wo das Arbeitsrecht am wenigsten angewandt wird, dort wo der Umweltschutz und die Steuervorschriften am laschesten sind, und dort, wo Ordnung herrscht. Die vollkommene Mobilität des Kapitals stellt somit die Lohnabhängigen und die Sozialsysteme der Länder des kapitalistischen **Zentrums** mit denen der **Peripherie** in direkte **Konkurrenz**, und dies zugunsten des größten Profits des Finanzkapitals.

Freie Zirkulation des Kapitals und ungehemmter Freihandel sind die beiden nicht von einander zu trennenden Seiten des Prozesses zur totalen Kommerzialisierung, der mehr und mehr alles menschliche Handeln berührt, und zwar außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle.

Der **Abbau der Volkssouveränität** - der im nationalen oder supranationalen Rahmen stattfindet - ist nicht vom Himmel gefallen: Er ist das Ergebnis von manchmal freiwillig, manchmal unter Zwang zustande gekommenen Entscheidungen von theoretisch souveränen Regierungen. Die Strukturanpassungsprogramme (SAP), die den Ländern des Südens (vor allem in Afrika und Lateinamerika) während der 90er Jahre aufgezwungen wurden, um die Rückzahlung ihrer willkürlich festgelegten und ungerechtfertigten Schulden abzusichern, stellen einen offenkundigen Versuch dar, erneut eine koloniale Abhängigkeit zu schaffen. Auch die Abwertung des Franc CFA (Währung im francophonen Afrika) um 50 % seines Wertes (1994), die den Ländern der Franc-Zone vom Weltwährungsfonds und der Weltbank gemeinsam

mit der französischen Regierung aufgezungen wurde, ist ein solcher Versuch.

Die **Europäische Union** liefert ein Schulbeispiel für diese Verknüpfung von bewusster Abdankung der Regierungen und der nicht weniger bewussten Anwendung der Dogmen des Neoliberalismus durch eben diese Regierungen. Die Regierungen treffen auf den Sitzungen der Ministerräte und auf den europäischen Gipfeltreffen die Richtungsentscheidungen, die aus dem "freien und unverfälschten Wettbewerb" den unüberwindlichen Rahmen für den Aufbau Europas machen. Dieselben Regierungen rechtfertigen anschließend diese Richtungsentscheidungen vor dem Volk als europäische "Sachzwänge", die sie selbst geschaffen haben.

Angesichts dieser Situation geht es heute darum, dass die Völker ihre Souveränität ausüben können, das heißt, dass sie wirklich entscheiden können, in welcher Art Gesellschaft sie leben wollen welche Politik sie verwirklicht sehen wollen und welche Institutionen sie aufgebaut haben wollen.

Zweite Säule: Die Natur als unerschöpfliches Reservoir und als Müllablageplatz

Für die Neoliberalen, die die Verwüstungen durch den Vorrang der Ökonomie bis zu einem noch nie erreichten Punkt vorangetrieben haben, ist die Natur zu allererst ein "Vorratslager", aus dem man sich endlos bedienen kann und gleichzeitig auch ein gigantischer öffentlicher Müllablageplatz. Ein Reservoir und Müllablageplatz also. In beiden Fällen sind es die ärmsten Länder, die den hohen Preis für dieses Verhältnis zur Umwelt bezahlen: Einerseits Aneignung der natürlichen Ressourcen und der Artenvielfalt durch die Multinationalen des Nordens und die Schwellenländer; andererseits "Empfang" der umweltschädlichen und gefährlichen Abfälle und besonders starke Belastung durch die Klimaveränderung.

Auch wenn die Gefahr der Unumkehrbarkeit bestimmter Phänomene, wie der durch die Treibhausgase verursachten Erderwärmung, in der wissenschaftlichen Weltgemeinschaft Konsens ist, so ist sie doch für den Präsidenten George Bush, offizieller Sprecher der Erdöllobby, null und nichtig. Auch zahlreiche andere Regierungen ignorieren wissentlich diese Gefahr. Und die unausweichliche Erschöpfung der Energieträger und Bodenschätze wird nur mit dem Vokabular des Marktes erfasst.

Ein solches Verständnis von Natur entspricht nahtlos dem Prozess des „ZurWare-Machens“ und der privaten Aneignung des Lebens und muss unwiderruflich verworfen werden. Ein **radikal neues Entwicklungsmodell**, das auf der Anerkennung globaler öffentlicher Güter und der Gemeinschaftsgüter (vor allem Wasser) basiert, muss dringend auf dem gesamten Planeten vorangetrieben werden. Dabei müssen die Erfordernisse zwischen dem Norden und dem Süden gerecht aufgeteilt werden, wobei niemals vergessen werden darf, dass der Norden eine beträchtliche **ökologische Schuld** gegenüber dem Süden hat.

Dritte Säule: Die Gängelung der Demokratie

Die Neoliberalen haben immer behauptet, dass die politische Freiheit nicht von der wirtschaftlichen "Freiheit" zu trennen sei. Diese Logik hat die Europäische Union bei der Erweiterung um die Länder des ehemaligen "sozialistischen Blocks" angeführt, um diese zu zwingen, die öffentlichen Unternehmen zu privatisieren, oder vielmehr an ausländische Interessen und an lokale Nomenklaturen und mafiose Gruppen zu verschleudern. Unter anderen zeigen die Beispiele Chiles unter Pinochet und das aktuelle China gut, dass die ökonomische Liberalisierung nicht automatisch die Bedingungen für die Demokratie schafft, und dass sich Ultraliberalismus und autoritärer Staat, ja sogar eine Diktatur, gut vertragen. Was die "Zusammenarbeit" Frankreichs angeht, so unterstützt sie aufs engste Diktaturen: Im Kongo-Brazzaville wegen seines Erdöls (wird von Total gefördert), im Tschad aus gleichen Gründen, im Togo (Phosphat-Monopol), usw.

Wenn die Investoren auch eine Schwäche für die "starken" Regime haben, so können sie sich auch mit der repräsentativen Demokratie anfreunden, deren Beschränkungen die Entstehung einer Wahlaristokratie begünstigen. Die Tausende von gut etablierten und mit beträchtlichen Geldmitteln ausgestatteten **Lobby-Organisationen** in Washington, Brüssel und in den anderen großen Hauptstädten sind sehr darauf bedacht, jegliche den Interessen der großen Unternehmen zuwider laufende Gesetzgebung zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist es sehr bezeichnend, dass die gentechnisch veränderten Organismen (GVO), obwohl massiv von der öffentlichen Meinung Europas abgelehnt, dennoch von der Europäischen Kommission und den Regierungen genehmigt werden.

Das **Mediensystem**, das die neoliberale Globalisierung vorantreibt und deren Ideo-

logie verbreitet, spielt eine zentrale Rolle in der Eingrenzung der demokratischen Praxis. Es legt die Grenzen politischer Entscheidungsmöglichkeiten fest, im Wesentlichen geht es nur noch um Entscheidungen zwischen Gleichem. Alles was sich außerhalb eines "Bereichs der Vernunft" befindet, den die Medien selbst festgelegt haben, wird verteufelt als unerträgliche Erscheinung von "Anachronismus", von "Gruppenegoismus" und vor allem von "Populismus". Diese letzte Vokabel, der eine abwertende Bedeutung gegeben wird, wird systematisch benutzt, um die Politik der Renationalisierung der Naturschätze und der Neuverteilung der Reichtümer zugunsten der ärmeren Bevölkerung in Verruf zu bringen, wie sie in Ländern wie Bolivien und Venezuela umgesetzt wird. Diesen bleiernen Mantel abwerfen und die Demokratie von ihrer Gängelung befreien, ist die unerlässliche Bedingung für den Aufbau einer anderen Welt. Um dies zu erreichen müssen neue Formen der Beteiligung der Bevölkerung eingeführt werden, die die klassischen Formen der repräsentativen Demokratie ergänzen, muss das Bildungswesen auf eine aktive Staatsbürgerschaft vorbereiten und es müssen Maßnahmen getroffen werden, die das Recht auf Information und das Recht zu informieren sicher stellen.

Vierte Säule: Politik des Staates im Dienst der Kapitaleigner

Die neoliberale Politik hat systematisch auf allen Ebenen - lokal, national, regional, innerhalb der europäischen Union und international - die staatlichen Regulierungen zugunsten der Parole "**Zuallererst der Markt**" zurückgedrängt.

Die staatliche Politik ist deswegen aber nicht verschwunden: Sie hat andere Formen angenommen. Sie versucht nun, die "Attraktivität" von Regionen zu vergrößern, das heißt, den sich dort ansiedelnden Unternehmen die Erzielung einer maximalen Profitrate zu ermöglichen. Sie begünstigt die Geldwertstabilität, erhöhte Realzinssätze (angesichts des schwachen Inflationsniveaus) und zielt darauf ab, eine immer größere Zirkulation von Gütern, Dienstleistungen und von Kapital zu erleichtern, was unausweichlich einher geht mit einer Deregulierung des Sozialbereichs und dem nahezu vollständigen Fehlen von Bestimmungen zum Schutz der Umwelt...

Im Rahmen dieser Politik ist das Bemühen, die Arbeitslosigkeit zu beenden, stark zurückgegangen, ja sogar ganz verschwunden. Die soziale Sicherheit wird nicht mehr als eine zivilisatorische Zielsetzung wahrgenommen, sondern als eine schwere Last,

die nach Aussagen des Medef (französischer Unternehmerverband) diejenigen lähmt, die es wagen, Risiken auf sich zu nehmen: die Unternehmen, deren Aktionäre sowie die reichen Steuerzahler.

Die staatliche Politik hat auch eine **internationale Dimension**. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, um der Weltwirtschaft einen stabilen Rahmen zu geben, sind überall, wo sie eingreifen, die wirksamsten **Polizisten des Neoliberalismus** geworden; sie helfen dabei, die öffentlichen Dienste der Daseinsfürsorge und die sozialen Sicherungssysteme zu zerschlagen und die Interessen der internationalen Kreditgeber zu schützen. Zum Beispiel gab es eine erdrückende Verantwortung des IWF für die verheerenden Krisen der 90er Jahre, wie die in Südkorea oder in Argentinien. Es wäre jedoch unehrlich, die **Verantwortung der Staaten** dabei außen vor zu lassen: Der IWF ist eine multilaterale Organisation, und wenn er auch seine Anweisungen hauptsächlich vom Finanzministerium der Vereinigten Staaten empfängt, so hat seine Politik auch die Rückendeckung der anderen Regierungen, die im Verwaltungsrat sitzen, erhalten, und zu ihnen gehören u. a. Frankreich und seine wichtigsten europäischen Partner. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die die 30 reichsten Länder der Welt umfasst, liefert den Regierungen die Studien und Leitsätze für eine immer stärker neoliberal ausgerichtete Politik. Sie ist eine von staatlicher Seite finanzierte Maschine zur ideologischen Kriegsführung; Frankreich hat beispielsweise 2006 dafür einen Beitrag von 20 Millionen Euro gezahlt.

Wenn die Bürger wieder die Fähigkeit zum Eingreifen erlangen, wird es möglich sein, die von ihnen für notwendig erachtete **Regulierungen** einzuführen und vor allem, neue öffentliche Dienste der Daseinsfürsorge zu gründen, und gleichzeitig die bereits bestehenden zu verbessern und zu demokratisieren und die privatisierten Dienste wieder in öffentliche umzuwandeln.

Fünfte Säule In den Unternehmen - alles für die Aktionäre

In den Unternehmen hat der große Umschwung der 80er Jahre eine **Neuorientierung der Unternehmensziele** mit sich gebracht; sie dient ausschließlich den Aktionären, führt folglich zu einer Neuverteilung der erzeugten Reichtümer zwischen Löhnen und Profiten, die sehr viel ungünstiger für die Lohnempfänger ausfällt.

Durch die Zahlung von manchmal astronomischen Gehältern an die Manager wurde das Ziel verfolgt, deren Interessen mit denen der Aktionäre in Übereinstimmung zu bringen.

Diese Praxis hat frühere, in der Nachkriegszeit übliche Verfahren der Geschäftsführung in Frage gestellt, die sich auf ein besser ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitnehmern, staatlichen Stellen und den Kapitaleignern stützten. Die Profite verblieben damals in großem Umfang in den Betrieben und wurden in die Produktionsanlagen investiert. Dadurch entstanden Arbeitsplätze, auch wenn sie zum Teil niedrig qualifiziert und parzelliert waren. Jetzt hingegen werden die Profite an die wohlhabenden Klassen verteilt. Dieses den Aktionären zgedachte glückliche Los kommt kaum den Investitionen zu gute, die vor allem in Europa stagnieren. Im übrigen stehen in fast allen Fällen die Finanztransaktionen nicht im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investitionen, genauso wie die Operationen auf dem Geldmarkt wenig zu tun haben mit den Notwendigkeiten des internationalen Handels.

In dieser neoliberalen Praxis wird alle Macht an die Aktionäre übergeben, unter Missachtung anderer Akteure, in erster Linie der Lohnabhängigen. Diese dürfen bei den sie direkt betreffenden Entscheidungen wie Entlassungen und Standortverlagerungen nicht mitreden. Dadurch wurde das Demokratiedefizit in den Unternehmen noch deutlicher gemacht. Dieser Ausnahmezustand muss ein Ende nehmen.

Sechste Säule: Der permanente Krieg und die Sicherheitspolitik

Die "Raubtierwirtschaft" der Großmächte findet ihre Fortsetzung im "permanenten Krieg" um die Kontrolle der natürlichen Ressourcen, vor allem um die Energievorräte, über die die wenig entwickelten Länder verfügen und die die reichen Länder brauchen. Dieser **Rückgriff auf den Krieg** ist Ausdruck eines allgemeinen Herrschaftswillens. Die mächtigsten Staaten, die fast alle unter der Führung Washingtons in der NATO zusammengefasst sind, sowie deren Kriegs- und Polizeiapparate, sind der bewaffnete Arm, nicht einer "unsichtbare Hand", sondern der Interessen der transnationalen Gesellschaften und der sozialen Klassen, die sie leiten.

Um ihre Interessen zu verteidigen, stützen sich die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre regionalen Verbündeten (vor allem Israel, Saudi-Arabien und Pakistan)

ungeniert auf rückwärtsgerichtete Strömungen oder auf reaktionäre Regime und fördern so den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus. Damit tragen sie zur Entwicklung eines Terrorismus bei, den die Vereinigten Staaten zuvor unterstützt haben.

Es ist keine Erfindung des Neoliberalismus, an allen mögliche Stellen des Planeten zu intervenieren, eine Praxis, die alle Formen der Gewalt, der Korruption, der Subversion oder kriegerische Mittel einsetzt, aber er hat sie bestärkt. Die **zentrale Rolle der Vereinigten Staaten** in dieser Situation dramatischer Konfrontation und bei der Verstärkung des Militarismus im Allgemeinen, ist offensichtlich erdrückend. Diese herausragende Stellung darf allerdings nicht die Rolle der anderen großen entwickelten Länder, insbesondere Frankreichs, verbergen.

Der Aufstieg des **Fundamentalismus** und des Fanatismus, den die neoliberale Globalisierung hervorruft, wird benutzt, um die Verschärfung der Sicherheitspolitik in den reichen Ländern zu rechtfertigen. So ruft der Neoliberalismus selbst die Gefahren hervor, die er angeblich durch die Militarisierung bekämpft. Der Irak ist in dieser Hinsicht ein blendendes Beispiel.

Siebte Säule: Die Formierung der Köpfe

Die Neoliberalen haben perfekt verstanden, dass auch Ideen die Welt regieren. Die von ihnen betriebene **ideologische Restauration** hat schon in den 50er Jahren begonnen und wurde beherrschend in den 80er Jahren. Sie wird fortgesetzt durch permanente propagandistische Bemühungen, um die Vorstellung in die Köpfe zu bekommen, dass die Globalisierung - da die Dinge nun mal so sind, wie sie sind - nicht nur unvermeidlich, sondern auch wünschenswert ist, und dass es nur die Möglichkeit gibt, sich ihr anzupassen und zu warten, dass sie eines Tages das Füllhorn ihrer Wohltaten ausschüttet und dass dann alle sie genießen. Und wenn es damit noch eine Weile dauern sollte, so sagt man uns, dann kommt das daher, dass sie noch nicht vollständig verwirklicht ist...

Dieser absichtlich resignative und fatalistische Diskurs wird gesteuert von den großen Medien, vom größten Teil der "Eliten" aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und manchmal sogar der Gewerkschaften. Seine "wissenschaftlichen" Grundlagen findet er in den Arbeiten der Mehrheit der

Wirtschaftswissenschaftler, mit gewissen "Nobelpreisträgern" an der Spitze.

Das Scheitern des "realen Sozialismus" macht der basisdemokratische Aufbau politischer Gegenmodelle nicht leichter: Sie werden von den Sprechern und Schreibern des Neoliberalismus sofort mit "Totalitarismus" oder "Populismus" gleichgesetzt! Darin besteht die wesentliche Herausforderung, vor der die globalisierungskritische Bewegung für eine andere Welt gestellt ist - die in diesem Punkt selbst geteilter Meinung ist.

Immerhin ist es richtig, dass das Einrichten neoliberaler Vorstellungen, dem wir seit mehr als einem Vierteljahrhundert ausgesetzt sind, überall in der Welt der von der großen Mehrheit der Bürger erlebten Wirklichkeit widerspricht.

Die Neoliberalen, besessen vom Hirngespinnst eines erdumspannenden Marktes, der so glatt wie eine Billardkugel ist, ohne irgendeine Unregelmäßigkeit, sehen in den Sprachen und Kulturen, in den religiösen Glaubensrichtungen und in den politischen und ideologischen Überzeugungen, Elemente, die trennen, zerteilen und ein Hindernis darstellen für die grenzenlose Zirkulation von Waren und Dienstleistungen, vor allem von audiovisuellen Diensten. Ihr Ideal ist ein Konsument, der sich in einem Disneyland entfaltet, das in gleicher Weise überall auf der Erde existiert.

Der Neoliberalismus muss sich, wie jedes Herrschaftssystem, auch auf kultureller Ebene legitimieren.

Deswegen sind die Vereinigten Staaten auch so eifrig in der Förderung ihrer **Film- und Unterhaltungsindustrie**, was den dreifachen Effekt hat, einmal einen positiven Beitrag für ihrer Handelsbilanz zu liefern, dann eine idealisierte Vorstellung vom amerikanischen way of life zu verbreiten und schließlich wegen der Übersättigung des Filmmarktes die kulturellen Schöpfungen anderer Länder, die ihre spezifische Phantasiewelt vermitteln, an den Rand zu drücken. In den bilateralen Handelsverträgen, die sie mit ihren Partnern abschließen, setzen sie regelmäßig das Verbot öffentlicher Filmförderung durch, die Streichung von Quoten für die Verbreitung nationaler Werke und bestehen sogar darauf, dass die Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen nicht unterzeichnet wird, die immerhin fast einstimmig von der UNESCO im Oktober 2005 verabschiedet wurde.

Diese Politik hat auch ihre **sprachliche** Seite: Das Angloamerikanische, die Sprache der Globalisierung, wird als einziges internationales Kommunikationsinstrument durchgesetzt. Die verpflichtende Benutzung dieser Sprache war in Frankreich schon Gegenstand von Gerichtsverfahren gegen Unternehmensleitungen, die auf "alles auf Englisch" versessen waren. Sie waren von Gewerkschaftern angestrengt worden unter Hinweis auf das Recht, in der eigenen Sprache arbeiten zu können. Englisch wird jedoch wärmstens empfohlen von den "Eliten", von einem Teil der hohen Verwaltung, vor allem von Stellen im Erziehungsministerium (siehe den Thélot-Bericht aus dem Jahr 2004, der den obligatorischen Englischunterricht empfiehlt) sowie mit besonderer Verbissenheit von der europäischen Kommission. Diese Sprachenpolitik ist verknüpft mit der von der "Lissabon-Strategie" empfohlenen Verbreitung des "Unternehmergeistes" im Erziehungssystem.

Die Zurückweisung dieser mit Recht **Kultur- und Sprachimperialismus** benannten Politik ist einer der wesentlichen Bestandteile des Kampfes gegen den Neoliberalismus. Bestandteil dieses Kampfes ist konsequenterweise auch die Förderung der Vielfalt der Kulturen (soweit sie nicht im Widerspruch zu den Menschenrechten stehen) sowie der sprachlichen Vielfalt, vor allem durch die Zusammenarbeit zwischen den großen Sprachräumen: dem arabischsprachigen, dem französischsprachigen, dem spanischsprachigen, dem portugiesischsprachigen, usw. Eine multipolare Welt kann nicht einsprachig sein. Zu diesem Zweck müssen die betroffenen Länder, die die französische Sprache teilen, eine Frankophonie der Völker, eine solidarische Frankophonie fördern, die von den Ketten des Neokolonialismus befreit ist.

Das Hirngespinnst einer desinfizierten Welt, einer "Zauberwelt" à la Disneyland beschwört völkische Reaktionen herauf, die in einen **fundamentalistischen Nationalismus** oder in einen **religiösen Fundamentalismus** entarten können, die sich übrigens beide perfekt mit der neoliberalistischen Politik vereinbaren lassen. Angesichts des weltweiten Freihandels und der Rückzüge und Regressionen, die dieser mit sich bringt, muss die globalisierungskritische Bewegung für eine andere Welt einen **neuen Internationalismus** vorschlagen, der auf der Achtung der Sprachen und Kulturen der verschiedenen Partner beruht.

Manifest 2007

Sofortmaßnahmen mit Signalcharakter nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühling 2007.

Das Eingreifen von Attac Frankreich in den Wahlkampf (Präsidentschaftswahlen am 22.4. und 6.5, Parlamentswahlen im Juni) erfolgt nicht durch Kandidatenempfehlungen, sondern durch das Einbringen der Inhalte und Forderungen des Manifests in die öffentlichen Diskussionen. Das Manifest endet mit dem Vorschlag von acht Maßnahmen:

Attac ist sich durchaus bewusst, dass es schwierig ist, Maßnahmen durchzuführen, die "die Welt verändern", also mit dem Neoliberalismus brechen sollen. Viele dieser Maßnahmen wären in der Tat gleichbedeutend mit einem Bruch europäischer und internationaler Beschlüsse und Verträge, was aber nicht bedeutet, dass eine Regierung in dieser Hinsicht nichts unternehmen könnte. Wenn sie sich auf Volksbewegungen im eigenen und in anderen Ländern stützt, kann sie die bestehenden Institutionen als Tribünen und die Verfahren als Instrumente für Aktionen nutzen.

Wenn es auch nicht darum geht, alles sofort zu machen, so müssen aber die unmittelbar durchgeführten Maßnahmen den Weg weisen, dem man folgen will. (...) Neben vielen anderen hätten die sieben folgenden, allesamt notwendigen Maßnahmen eine beträchtliche symbolische und praktische Tragweite und würden den Bürgern zeigen, dass sich endlich das Blatt gewendet hat und dass es keine Möglichkeit zur Umkehr gibt.

1.- Weigerung Frankreichs, an europäischen Versammlungen teilzunehmen, auf denen Maßnahmen zur Liberalisierung diskutiert werden. Die neue Regierung würde somit zeigen, dass sie nicht mehr akzeptiert, Europa über den Markt aufzubauen, und sie würde ihre Partner dazu verpflichten, eine öffentliche politische

Debatte über die Zukunft der Union zu beginnen.

2.- Stopp des Prozesses zur Liberalisierung des Energiemarktes (letzte Phase für die Privatkunden: 1. Juli 2007). Einrichtung eines öffentlichen Dienstes für Energie, gegründet auf die Gleichbehandlung der Nutzer durch einen Ausgleich der Tarife.

3. Erhebung globaler Steuern auf französischer Ebene, ohne darauf zu warten, dass sie auf europäischer Ebene oder weltweit eingeführt werden.

4. Durchführung einer Steuerreform, die ein ökologisches Steuersystem einführt mit dem Ziel, den Ausstoß umweltschädlicher Gase zu verringern, und die gleichzeitig das Verhältnis indirekte / direkte Steuern neu ausrichtet, und zwar zugunsten der direkten Steuern. In diesem Rahmen ist es vor allem erforderlich:

- die Anzahl der Steuerstufen zu erhöhen;
- alle Finanzeinkommen zu besteuern;
- bei Gesellschaften die Besteuerung der Gewinnausschüttungen anzuheben, sodass diese höher besteuert werden als die reinvestierten Gewinne;
- für wichtige Produkte des täglichen Bedarfs eine Mehrwertsteuer "Null" einzuführen und von der Europäischen Union zu verlangen, dies für die gesamte Union zu tun.

5. Einführung eines angemessenen, die Würde aller garantierenden Einkommens, vor allem für Behinderte, gekoppelt mit einem sozialen Schutz, der an die Person gebunden ist und nicht an die jeweilige berufliche Situation.

6.- Aus dem Recht auf Wohnung ein einklagbares Recht machen und mit den entsprechenden Mitteln einen öffentlichen Dienst für Wohnungswesen gründen, dessen erste Aufgabe der Kampf gegen Grund- und Immobilienspekulation ist.

7. Gesetzliches Verbot von Arbeitsverträgen, die das Arbeitsrecht unterlaufen und Rückkehr zum so genannten "Begünstigungs"- Prinzip: Demnach muss jede betriebliche Vereinbarung für die Beschäftigten günstiger sein als der für die Branche abgeschlossene Vertrag, und dieser wiederum muss für sie günstiger sein als das Gesetz.

8. Gründung eines nationalen Instituts für die Überwachung und Verfolgung des ökologischen Fußabdrucks - der die Auswirkung der menschlichen Aktivitäten auf die Naturressourcen misst - um die ökologische Frage ins Zentrum der Bürgeraktivitäten zu rücken. Dieses Beobachtungsinstitut soll unabhängig von der Regierung sein und mit der Befugnis ausgestattet werden, Untersuchungen durchzuführen. Es verfügt über die Mittel und Fähigkeiten für eigene Meinungsäußerungen.

Übersetzung: Jürgen Janz, Coorditrad@attac.org, SiG-Redaktion

Weitere Dokumente zu den Wahlen in Frankreich:

Attac Frankreich: „Befragung der Kandidaten zu internationalen und europäischen Themen, um herauszufinden, ob und wie sie die neoliberale Ordnung bekämpfen wollen“
<http://manifeste.attac.org/spip.php?article110>

Jacques Nikonoff (ehemaliger Vorsitzender von Attac Frankreich) analysiert die Wahlprogramme (Sarkozy = Beyrou, Royal muss dazu gebracht werden, Gegenpositionen zum Neoliberalismus in ihr Programm einzubauen). Er geht auf das

Scheitern einer gemeinsamen linken Kandidatur ein und sieht als Hauptaufgabe von attac in diesem Wahlkampf das Eingehen auf die Sorgen und Nöten der ärmeren Bevölkerungsschichten: attac sollte folgende Themen aufgreifen: Arbeitslosigkeit, Prekarität, Gesundheitswesen und Renten, Situation der Jugendlichen, Löhne, Zusammenbringen der sozialen und ökologischen Frage, Freihandel... :
<http://www.avenirdattac.net/spip.php?article231>

Eine Übersicht über die Wahlprogramme erhält man unter:
<http://www.votons.info/2007/election-presidentielle/comparer/> und
http://www.alternatives-economiques.fr/site/257_petition2.html

Über das soziale und politische Leben in Frankreich, über die verschiedenen Kämpfe informiert www.politis.fr

Europäisches Attac-Netzwerk

Attac Belgien

Attac Dänemark

Attac Deutschland

Attac Finnland

Attac Frankreich

Attac Griechenland

Attac Italien

Attac Jersey

Attac Niederlande

Attac Norwegen

Attac Österreich

Attac Polen

Attac Schweden

Attac Schweiz

Attac Spanien

Attac Ungarn

Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag

Auf dem Weg zu einem neuen rechtlichen Fundament für die Europäische Union

Das europäische Attac-Netzwerk sieht in der gegenwärtigen Form der Europäischen Union eine ernsthafte Bedrohung für demokratische Errungenschaften, Grundrechte, soziale Sicherheit, Geschlechtergleichstellung und ökologische Nachhaltigkeit. Die Union leidet an einem Mangel an Demokratie, Legitimität und Transparenz und beruht auf einer Reihe von Verträgen, die den Mitgliedsstaaten und der ganzen Welt eine neoliberale Politik aufzwingen.

Das ist der Grund, warum das Europäische Attac-Netzwerk die Zukunft Europas als zentrales Thema seiner Aktivitäten betrachtet. Im Jahr 2005 starteten die europäischen Attac-Organisationen einen gemeinsamen Reflexions- und Diskussionsprozess über Europa. Die vorliegende Erklärung ist eine Frucht dieses laufenden Prozesses.

Seit dem „Non“ und „Nee“ in Frankreich und den Niederlanden ist klar, dass nicht nur der vorgeschlagene Verfassungsvertrag, sondern auch die gegenwärtige Europäische Union keine Legitimität in der Bevölkerung besitzen; sie werden weithin als undemokratisch und unsozial angesehen.

Der vorgeschlagene Verfassungsvertrag stellt keine Verfassung im strengen Sinn dar, sondern ist eine Zusammenfügung und Weiterentwicklung früherer Verträge und Rechtsnormen. Trotzdem wird seine politische Bedeutung höher eingeschätzt, weil er nicht nur den institutionellen Rahmen verändert und Prinzipien, Werte und Ziele definiert, sondern auch konkrete Politiken formuliert. Er schreibt das neoliberale Modell der EU in der Verfassung fest und ist daher inakzeptabel. Formal leidet dieser Vertrag auch an einem Mangel an demokratischem Prozess und ist de facto kaum abzuändern.

Gegenwärtig versuchen die europäischen Regierungen den Verfassungsprozess wiederzubeleben und ignorieren dabei die Ablehnung des vorgeschlagenen Verfassungsvertrages durch die Menschen in mehreren Mitgliedsstaaten. Ihr Ziel ist es, ein Ergebnis während der französischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 zu erreichen. Im Januar haben sich 18 Regierungen von EU-Mitgliedstaaten in Madrid getroffen, um einen Kompromiss auf der Grundlage des abgelehnten Verfassungsvertrages zu finden.

In dieser Situation ist es essentiell für die Demokratie, dass soziale und politische Bewegungen aktiv werden und konkrete Alternativen für die Europäische Integration einfordern – und dass diese Vorschläge auch berücksichtigt werden. Die europäischen Attac-Organisationen fordern, dass jeder neue Vertrag und seine Entstehung hinsichtlich des Entstehungsprozesses (Teil I), des institutionellen Teils (Teil II) und der europäischen Politiken (Teil III) auf folgende 10 Prinzipien gegründet sind:

TEIL I: VERFASSUNGSPROZESS

1. EINEN DEMOKRATISCHEN PROZESS STARTEN

Jeder neue Vertrag muss demokratisch erarbeitet und beschlossen werden. Die europäischen Attac-Organisationen wenden sich gegen jeden Versuch, den abgelehnten Verfassungsvertrag wieder zu beleben und schlagen Folgendes vor:

- Eine neue und demokratische Versammlung, die direkt von den BürgerInnen aller EU-Mitgliedsstaaten gewählt wird, erhält das Mandat, unter wirksamer Beteiligung der nationalen Parlamente einen Vorschlag für einen neuen Vertrag auszuarbeiten.
- Diese Versammlung muss zu gleichen Teilen aus

Frauen und Männern bestehen (statt – wie beim Konvent des abgelehnten Verfassungsvertrages – nur zu 16 Prozent aus Frauen), alle Sektoren der Gesellschaft einschließen und generationenübergreifend sein.

- Jeder neue Vertrag muss durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden. Das Ergebnis muss Land für Land gezählt werden.
- Während der Ratifizierungskampagnen haben die Europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten für Regeln zu sorgen, die eine öffentliche Diskussion sicherstellen, unabhängig von ökonomischen Interessen zum Beispiel im Mediensektor und mit ausreichend Zeit für eine sorgfältige Diskussion.

TEIL II: INSTITUTIONELLER TEIL

2. DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Jeder neue Vertrag muss auf den besten existierenden demokratischen Prinzipien aufbauen. Die gegenwärtige EU beruht auf keiner klaren Gewaltentrennung und leidet an einem schweren Demokratiedefizit. Das Europäische Parlament kann weder Gesetze initiieren noch ein Budget beschließen noch hat es ein Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern, obwohl es die einzige demokratisch gewählte EU-Institution ist; während die Kommission, die nicht gewählt ist, als einzige Institution Gesetze vorschlagen kann. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

- Die Prinzipien jedes neuen EU-Vertrages sollen sein: Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, repräsentative und partizipative Demokratie, ökonomische und soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Teilhabe, Solidarität, Geschlechtergleichheit und -demokratie, Nachhaltigkeit sowie Verpflichtung zum Frieden.
- Klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative. Das Monopol der Kommission, Gesetze vorzuschlagen, muss ein Ende haben. Die Gesetzesinitiative muss allen EU-Institutionen und den BürgerInnen offen stehen.
- Das Europäische Parlament muss das Gesetzesvorschlags- und Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern erhalten. Ebenso das exklusive Recht, die Kommission und ihre einzelnen Mitglieder zu wählen und abzuwählen.
- Wir fordern eine Stärkung der nationalen Parlamente sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene: Die nationalen Parlamente müssen eine effektive Rolle in der europäischen und nationalen Gesetzgebung spielen.
- Der Text jedes neuen Vertrages muss die Kompetenzen der Union klar beschreiben und ebenso klar begrenzen gegenüber den Nationalstaaten und lokalen Ebenen. Dem Europäischen Gerichtshof muss so wenig Raum wie möglich gelassen werden, als De-facto-Gesetzgeber zu wirken.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Die Hauptziele ihrer Geldpolitik müssen ökonomische Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle Menschen in Europa sein. Darüber hinaus muss die Eurogruppe ihre Verantwortung in der Wechselkurspolitik wahrnehmen, so wie sie in den bestehenden Verträgen vorgesehen ist.

3. TRANSPARENZ SCHAFFEN

Gegenwärtig sind BürgerInnen in ihrem Recht auf freien

Informationszugang eingeschränkt. Diskussionen des Rates und des Ausschusses der Ständigen Vertreter finden häufig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Lobbying ist ein weit verbreitetes Phänomen, das die Demokratie untergräbt. Wir fordern:

- Alle Sitzungen, Komitees und Arbeitsgruppen des Rates und der Ständigen Vertreter müssen öffentlich sein.
- Der Zugang zu Information muss für alle europäischen BürgerInnen garantiert sein.
- Im Vertrag müssen dem Lobbyismus klare Grenzen gesetzt werden. Alle LobbyistInnen, Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Kommission sowie Mitglieder der Ausschüsse müssen ihre Interessen und Finanzierung offen legen.
- Jeder neue Vertrag muss kurz, in klarer Sprache abgefasst und allgemein verständlich sein.
- Alle Sprachen müssen gleich behandelt werden. Alle offiziellen Dokumente der EU müssen in allen offiziellen Sprachen der EU verfügbar sein.

4. PARTZIPATION UND DIREKTE DEMOKRATIE FÖRDERN

Ein neuer institutioneller Vertrag muss das Grundrecht der BürgerInnen auf direkte Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten fördern. Er muss verständliche, anwendbare und weitreichende Formen direkter Demokratie enthalten. Er könnte zum Beispiel folgende Rechte vorsehen:

- Ein bestimmter Anteil der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Anzahl von Mitgliedsstaaten kann ein Gesetz vorschlagen, über das im Europäischen Parlament debattiert und abgestimmt wird.
- Ein bestimmter Anteil der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Anzahl von Mitgliedsstaaten kann fordern, dass das Europäische Parlament ein Referendum in allen Mitgliedsstaaten organisiert. Das Ergebnis dieser Volksabstimmung muss verbindlich sein.
- Dem Einfluss von Unternehmensinteressen auf EU-Institutionen und Entscheidungsprozesse ist durch Transparenz und die Einschränkung des privilegierten Zugangs eine Grenze zu setzen.
- Verpflichtende Konsultation von sozialen Bewegungen und NGOs für die gesamte EU-Gesetzgebung auf der gleichen Grundlage wie die Konsultation anderer Interessengruppen.
- Das erste Referendum in allen Mitgliedsstaaten sollte jenes über den neuen Vertrag sein.

TEIL III: PRINZIPIEN FÜR EUROPÄISCHE POLITIKEN

5. GRUNDRECHTE VERBESSERN

Jeder neue Vertrag muss auf den fortschrittlichsten in internationalen Verträgen bestehenden Grundrechten aufbauen

oder diese verbessern, insbesondere der Internationalen Charta der Menschenrechte, der Europäischen Konvention für den Schutz der Menschen- und Grundrechte (EMRK), der Turiner Version der Europäischen Sozialcharta und der Europäischen

Ordnung der sozialen Sicherheit. Die Aufnahme verbrieft Grundrechte im Vertrag ist ein notwendiger Schritt.

Allerdings fehlen in der EU-Grundrechtscharta des vorgeschlagenen Verfassungsvertrages wichtige Grundrechte, einige sind in der Formulierung abgeschwächt, einige durch Erklärungen im Schlussakt stark eingeschränkt oder nicht einklagbar. Daher können sie nicht *Grundrechte* genannt werden. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

- Grundrechte wie sie in der EMRK, in der europäischen Sozialcharta und in der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit festgelegt sind, müssen bei nationalen oder europäischen Gerichten einklagbar sein.
- Die EU muss der EMRK beitreten, so dass ihre Institutionen auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterworfen sind.
- Es muss ausdrücklich klargestellt werden, dass diese fundamentalen Rechte wie auch die Prinzipien des neuen Vertrages Vorrang vor dem Primär- und Sekundärrecht der EU haben.
- Grundrechte dürfen nicht durch nationales oder EU-Recht oder durch die persönliche Interpretation des Konventspräsidiums eingeschränkt werden.
- Jeder neue Vertrag soll betonen, dass allen Menschen gleicher Zugang zu sozialen und Arbeitsrechten garantiert wird, unabhängig von ihrem Ursprungsland.
- Die BürgerInnenrechte müssen allen in Europa lebenden Menschen verliehen werden.
- Die genannten Rechte müssen auch in der EU-Außenpolitik berücksichtigt werden (z.B. in der Sicherheitspolitik, Migrationspolitik, Umweltpolitik, Handelspolitik).

6. DEMOKRATISCHE ERRUNGENSCHAFTEN SCHÜTZEN UND VERBESSERN

Demokratische Errungenschaften: soziale, bürgerliche und Arbeitsrechte sowie Gesetze zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit stehen unter starkem Druck durch Bestimmungen in früheren Verträgen, insbesondere die Prinzipien des Wettbewerbs und der Liberalisierung. Neue Verträge dürfen diese Errungenschaften nicht gefährden, sondern müssen den Menschen in Europa, den Parlamenten und Regierungen ein Werkzeug in die Hand geben, diese auf kooperativer Basis weiterzuentwickeln. Die europäischen Attac-Organisationen verlangen daher folgendes:

- Das Recht auf Tarifverträge und das Streikrecht; die Kernarbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO müssen den Status von einklagbaren Grundrechten erhalten.
- Jedes Mitgliedsstaat muss die Möglichkeit haben, weiter gehende Bestimmungen in Bereichen wie soziale Sicherheit, Arbeitsstandards, Umweltschutz oder Schutz von Minderheiten zu erlassen oder beizubehalten.
- Die Europäische Union muss sich als eine Gemeinschaft der Kooperation und nicht als eine der Konkurrenz verstehen, deren Ziel es ist, die Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards kontinuierlich zu erhöhen, um die Verfassungsprinzipien soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit zu erfüllen. Regeln zur Verhinderung von Sozial- und Steuerdumping müssen geschaffen werden.

- Es muss festgehalten werden, dass Eigentumsrechte Verpflichtungen mit sich bringen und dass die Ausübung von Eigentumsrechten immer gleichzeitig dem öffentlichen Wohlergehen dienen muss.
- Wirtschaftsdemokratie und ökonomische Teilhaberechte müssen auf allen Ebenen verstärkt werden.

7. OFFENHEIT GEGENÜBER ALTERNATIVEN WIRTSCHAFTSORDNUNGEN

Jeder neue Vertrag muss die erwähnten Grundwerte und demokratischen Prinzipien respektieren. Er muss die Möglichkeit bieten, wirtschaftspolitische Alternativen umzusetzen, anstatt ein bestimmtes Wirtschaftsmodell zu verankern, wie es der vorgeschlagene Verfassungsvertrag und frühere Verträge tun, indem sie sich wiederholt auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ festlegen.¹ Dies hat weder in einem Verfassungsvertrag noch in einem Vertrag über die Institutionen etwas zu suchen. Welches Wirtschaftsmodell und welche Regulierungsform gewählt wird, muss dem demokratischen politischen Prozess überlassen werden. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

- Ein Vertrag darf kein spezifisches Wirtschaftsmodell festlegen und muss auf allen Ebenen alternative Entscheidungen zulassen.
- Der „freie“ Wettbewerb darf kein allem übergeordnetes Prinzip der EU sein. Die Definition der Bereiche, in denen „freier“ Wettbewerb zugelassen ist und derer, von denen er ausgeschlossen ist (z.B. Trinkwasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft) muss durch demokratische Prozesse auf der nationalen und der EU-Ebene entschieden werden. In keinem Fall dürfen solche Festlegungen in die Verfassung aufgenommen werden.
- Europäisches Recht, insbesondere das Wettbewerbsrecht, darf nicht das Recht von Mitgliedsstaaten untergraben, öffentliche Güter zu definieren, zu organisieren und zu finanzieren, z. B. Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung oder öffentlicher Verkehr. Im Gegenteil, es muss ein entscheidendes Anliegen der EU sein, öffentliche Güter auf allen Ebenen zur Verfügung zu stellen und zu verbessern.

8. NICHT MITTEL, SONDERN ZIELE DEFINIEREN

Eine funktionierende und lebendige Demokratie bestimmt die Mittel, mit denen die Verfassungsziele erreicht werden. Die Verankerung der konkreten politischen Werkzeuge in der Verfassung ist unzulässig. Beispieler:

- Das Ziel der Verkehrspolitik sollte „nachhaltige Mobilität“ und „gleicher Zugang zu Mobilität für alle“ sein, und nicht der Aufbau transeuropäischer Netzwerke², einschließlich Autobahnen, Schnellstraßen und Hochgeschwindigkeitsbahnen.

¹ Art. III-177 (=Art. 4 EGV), III-178 (=Art.98 EGV) und III-185 (= Art. 105 EGV).

² Art. III-246 (=Art. 154 EGV).

- Die Ziele der Agrarpolitik sollten „nachhaltige Landwirtschaft“, die Erhaltung kleinbetrieblicher Strukturen sowie die „Produktion gesunder und ausreichender Nahrung“ sein, nicht „Produktivitätssteigerung“, „Rationalisierung“ oder „die bestmögliche Nutzung der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit“³.
- Das „vorrangige Ziel“ der Europäischen Zentralbank (EZB) sollte nicht „Preisstabilität“⁴ sein, sondern ökonomische Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle.
- Das ökologische Nachhaltigkeitsprinzip muss Vorrang vor den Marktfreiheiten und der Profitlogik genießen. Es muss Leitprinzip der Energie-, Transport- und Landwirtschaftspolitik sein.

9. SPIRALE NACH OBEN BEI SOZIAL- UND STEUERSTANDARDS

In einer Region wie der EU mit Wirtschaften, die über Jahrzehnte der Liberalisierung in Fragen des Handels, der Finanzen und der Investitionen tiefgehend integriert worden sind, wetteifern die Mitgliedsstaaten gegenwärtig um niedrigere Steuern und Sozialstandards. Um diese Dynamik zu stoppen, müssen Gegenmaßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden können. Jeder neue Vertrag soll Bestimmungen enthalten, die eine Spirale nach oben anreizen. Die europäischen Attac-Organisationen schlagen vor:

- Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerwettbewerb müssen erleichtert werden. Ambitionierte Mindeststandards sollen auf EU-Ebene beschlossen werden, besonders bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Kapitaleinkommen.
- Die viel zu schwache Sozialpolitik der EU muss durch ein ehrgeiziges, transparentes und einklagbares Bündel von hohen sozialen Mindeststandards und Rechten ersetzt werden.

Diese Regelungen müssen den unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand der Mitgliedsländer berücksichtigen, z.B. durch „Korridore“, die höhere Standards für reichere Mitgliedsstaaten und niedrigere Standards für ärmere Mitgliedsstaaten vorsehen. Diese Regeln müssen so definiert werden, dass sie in keinem Mitgliedsstaat höhere Standards verhindern können.

Wenn eine Gruppe von Mitgliedsstaaten zum Beispiel eine umfassendere Sozialpolitik oder höhere Arbeitsstandards beschließen möchte als EU-weit gelten, haben diese Staaten die Möglichkeit, ein Kooperationsabkommen über die betreffenden Themen zu unterzeichnen.

10. FRIEDENSPFLICHT UND SOLIDARITÄT

Ziel der Sicherheitspolitik sollte „Friede“ (im umfassendsten Sinn) sein und nicht Aufrüstung auf EU-Ebene. Der vorgeschlagene Verfassungsvertrag sieht vor: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu

verbessern.“⁵ Die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur hätte unter anderem die Rüstungsentwicklung zur Aufgabe. Jeder neue Vertrag sollte ein klares politisches Ziel der EU definieren: Die EU sollte eine Hauptrolle bei der Definition einer neuen internationalen und multilateralen Ordnung spielen, die der Herbeiführung des Friedens und der Ächtung von Krieg und Militarisierung als Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte dient. Insbesondere verurteilen wir das neo-liberale Konzept der „präventiven Kriegsführung“. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

- Absolute Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Atomwaffensperrvertrages mit seiner Abrüstungsverpflichtung. Darüber hinaus muss die EU auf eine demokratische Reform der UNO drängen.
- Förderung der weltweiten Abrüstung, beginnend im eigenen Land.
- Die Unabhängigkeit der EU von der NATO muss sichergestellt werden.
- Relevante Investitionen in den Aufbau von Institutionen, die zu friedlicher Konfliktbeilegung arbeiten und forschen, in allen Mitgliedsländern und auf EU-Ebene.
- Obligatorisches Prinzip der Geschlechterparität in der Politik und bei den TeilnehmerInnen an allen außenpolitischen Aktivitäten der Europäischen Union.

Diese Prinzipien wurden von rund 15 europäischen Attac-Organisationen erarbeitet. Viele Auffassungsunterschiede wurden überwunden, andere in einer Weise gelöst, dass eine Weiterentwicklung nicht behindert wird. Obwohl die Prinzipien ohne Zweifel verbessert und um weitere ergänzt werden können – wir fordern politische Alternativen zur Festung Europa, zur Kriminalisierung von MigrantInnen, zu unfairen Handelsregeln, Verschuldung und Armut sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den armen Ländern auf gleicher Augenhöhe –, sind wir überzeugt, dass sie einen guten Ausgangspunkt für eine fortschrittliche und bürgerInnennahe Antwort auf den Versuch der Regierungen darstellen, den abgelehnten Verfassungsvertrag wiederzubeleben oder die Europäische Integration in gleicher Weise voranzutreiben wie bisher. Wir sind der Ansicht, dass die Antwort der Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und Holland beide Optionen ausschließen sollte.

Das vorliegende Dokument ist nicht nur eine Positionierung und eine Grundlage für gemeinsame Aktionen der unterzeichnenden Attac-Organisationen, sondern es will auch die Diskussion mit anderen fortschrittlichen Organisationen über Europa eröffnen. Nur mit einem breitestmöglichen Bündnis wird es uns gelingen, eine andere Politik für Europa als die im abgelehnten Verfassungsvertrag vorgesehene zu begründen.

Attac setzt sich für partizipative Demokratie, für demokratische Institutionen und für Kooperation in Europa und weltweit ein. Dieser Rahmen erlaubt uns, unsere Vorschläge für ökonomische und soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Europa und weltweit voranzubringen.

Amsterdam, Athen, Berlin, Bern, Brüssel, Budapest, Helsinki, Jersey, Kopenhagen, Madrid, Oslo, Paris, Rom, Stockholm, Warschau, Wien, am 11. März 2007

³ Art. III-227 (=Art. 33 EGV).

⁴ Art. III-177 (=Art. 4 EGV) und III-185 (= Art. 105 EGV).

⁵ Art I-41.

Nein

zur Merkels "Berliner Erklärung"

Das Europäische Sozialforum (ESF) ist zum wichtigsten europäischen Raum für demokratische, soziale, feministische und nachhaltige Alternativen geworden. Die Diskussion um das demokratische Defizit der europäischen Institutionen und die Entwicklung von europäischen Forderungen und Kampagnen sozialer Bewegungen und der Zivilgesellschaft haben mehr und mehr Bedeutung innerhalb des ESF-Prozesses bekommen.

Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Europäischen Vorbereitungsversammlung (EPA) des ESF in Lissabon, meinen, dass die "Berliner Erklärung" der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten darauf abzielt, den Menschen einen neuen EU-Vertrag ohne öffentliche Debatte und demokratische Entscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger aufzuzwingen.

Diese Methode schließt die Menschen von ihrem Recht aus, über ihre Zukunft und die Zukunft der Union zu entscheiden. Sie soll dazu dienen, eine neoliberale, militärische und antidemokratische Europäische Union fortsetzen zu können. Es ist genau dieses Europa, das nach einer ausführlichen öffentlichen Debatte durch die Nein-Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde.

Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der EPA, verlangen, dass die Bürger Europas selbst über ihre Zukunft entscheiden können, durch eine wahrhaft demokratische Diskussion, deren Ergebnis durch Volksentscheide bestätigt werden muss. Angesichts der "Berliner Erklärung" rufen wir auf zur europäischen Mobilisierung für ein demokratisches Europa, ein Europa der sozialen Rechte, für ein nachhaltiges Leben, ein friedliches Europa in Solidarität mit allen Menschen weltweit, ein Europa, das mit Nachdruck auf die globale ökologische Krise reagiert.

Lissabon, 31. März 2007

Aase Kristine Aasen Lundberg (Attac Norway)	Diana Dias (GAIA, Portugal)	Huseyin Yesil (Tmmob, Union of Chambers of Turkish Engineers and Architects)	Fora, Czechia)
Action for Justice and Peace - AJPAZ (Sandra Silvestae)	Dimitis (Gsee, Greece)	Ines & Luis Perrira (Portugal)	Nelly Martin (European March of Woman)
Akhan Ülkü, (Kurdish Women Peace Office)	Dogan Fidan (Confederation des Associations Kurde en Europe)	Ioannis Felekis (Network for Defence of Civil and Social Rights, Greece)	Nicolas Gialepides (Sud PTT, France)
Alessandra Mecozzi (Fiom-CGIL)	Dominique Giannotti (FSU, France)	J.Paul Lainé (FSU, France)	Nuno Ramos Almeida (Portugal)
Alla Glinechikova (Igso, Russia)	Dya Acan (Revolutionary Proletariat, Turkey)	Judith Dellheim (Berlin Social Forum, Germany)	Peter Damo (Romanian Social Forum)
Alexandra Strickner (Attac Austria)	Elettra Anghelinas (Cobas Scuola, Italy)	Juso Egireun (ESK, Basque Country)	Piero Bernocchi (Cobas, Italy)
Anastasia Theodorakopoula (Greece)	Endre Simo (Hungarian Social Forum)	Justo López Cirugeda (Stes-i, Spain)	Pierre George (France)
Ana Sofia Cortes (Portugal)	Erhard Crome (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Germany)	Katia Simeonidi (Greek Social Forum)	Pierre Khalfa (Attac France)
Angelo Tria (Transform, Italy)	Esin Yelekci (Kesk, Turkey)	Kilic Nursel (International Freedom Woman Foundation - IWF)	Raffaella Bolini (Arci, Italy)
Annick Coupé (Union Syndicale Solidaires, France)	Esther Sainz-Parde Santos (Stes-i, Spain)	Lars Bohn (Attac Denmark)	Saloré Ribeiao (GAIA, Portugal)
Annie Pourre (No Vox, France)	Euromarches	Leo Gabriel (Austrian Social Forum, Südwind)	Sara Andersson (Attac Sweden)
Antonio Pinto Pereira (Cidac, Portugal)	Famke Veheman (Belgium)	M.C. Zerdesti (Confédération des Associations Kurde en Europe, Belgium)	SDL Intercategoianne, Italy
ARCI (Italy)	Faruk Doris (Centre de information du Kurdistan)	Marc Manganot (Fondation Copernic, France)	Sevgi Goyce (Kesk, Turkey)
Attac Sweden	FIOM (Italy)	Mariangela Calaluca (FCL Italy, Collettivo Bellaciao Grecia)	Silva Alves (Portugal)
Bernard Bouchez (Caritas France)	Fondation Copernic (France)	Mehmet Soganci (Turkish Social Forum)	Sofia Kjellén, (Attac Sweden)
Brune Seban (Sinistra Critica, Italy)	Francoise Feugas (Memoria viva)	Merlin Ap Ceridwen (Cymru Europa Presse, Wales)	Sophie Zafari (FSU, France)
Bruno Ciccaglione (SDL, Italy)	Frauke Banse (Attac Germany)	Michel Rousseau (Marches Européennes)	Solange Cidreira (Initiative Feministe Européenne, IFE/EPI)
Carlo Antunes (contra, Portugal)	Giorgos Karatsioubanis (ENDYL)	Mirek Prokes (Initiative for Social	Sven Giegold (Attac Germany)
Carlo Mgl. Teixeira (LPN - Liga para Protecao da Natureza, Portugal)	Greek Social Forum		Tarik Yildiz (Turkey)
Carmen San Jose (REDS- PHM, Spain)	Grupo de Accao e Intervencao Ambiental (GAIA, Portugal)		Thanos Chrysos (Alis, Greece)
Christoph Haug (JD/JL, Germany)	Hannelore Tölke (Deutscher Friedensrat, Germany)		Transform! Europe
Christophe Aguiton (Euromarches)	Hermann Dworzczak (Austrian Social Forum)		Tsoukeles Mimiteis (Gsee, Greece)
Delmas Chantal (Espaces Marx, France)	Hilde L. Nylén (Norway)		Walter Baier (transform.at, Austria)
	Hugo Braun (European Marches)		Yilmaz Orkan (Officio informacione de Kurdistan, Italy)

http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=680

Das Klima als Merkel-Propaganda

Plötzlich reden alle vom Klima - besonders die Kanzlerin. So sollen die sozialen Konflikte in EU und G 8 kaschiert werden. Doch Klimaschutz ist ohne Gerechtigkeit unmöglich.

Die EU steckt in einer tiefen Krise. Viele Menschen sind unzufrieden mit der sozialen Unsicherheit, ihren prekären Jobs, der wachsenden Armut und Ungleichheit. Nun entdeckt die EU eine neue Quelle gemeinsamer Identität: die Rettung des Klimas. Vom EU-Rat kehrte Angela Merkel als strahlende Siegerin zurück. In der deutschen Öffentlichkeit wurde sie für zwei Beschlüsse bis 2020 gefeiert: 20 Prozent weniger CO₂ sowie 20 Prozent erneuerbare Energien am Energiemix der Gemeinschaft. Solar-Papst Franz Alt jubelt: "Die sinnstiftende Gemeinschaft von 27 Ländern kann weltweit zum Motor der solaren Energiewende werden. Der Durchbruch für erneuerbare Energien und die Hoffnung auf die solare Energiewende wird künftig einen neuen Namen tragen: Angela Merkel."

Mit dieser europäischen Vorlage will die Gastgeberin nun beim G-8-Gipfel in Heiligendamm die Klimawende durchsetzen. Am Wochenende haben sich zu diesem Zweck die G-8-Umweltminister in Potsdam getroffen – mit dürftigen Ergebnissen. Die G 8 hat ähnliche Probleme wie die EU. Zwischen den Mitgliedsländern gibt es enorme politische Spannungen, und die unsozialen Ergebnisse ihrer neoliberalen Politik werden immer weniger akzeptiert. Das zeigt sich etwa bei der Welthandelsorganisation (WTO) und beim Internationalen Währungsfonds (IWF), die beide maßgeblich von der G 8 dominiert werden. Die WTO-Verhandlungen kommen nicht voran, denn die Entwicklungsländer verlangen einen fairen Deal und die Industrieländer können ihre Interessenpolitik nicht mehr durchsetzen. Vom IWF wiederum will kaum noch ein Entwicklungsland dessen vergifteten Kredite haben. Jahrelanger Dauerbeschuss der globalisierungskritischen Bewegung, vereint mit einigen progressiven Entwicklungsländern, haben die Machtmaschinen der Industrieländer gebremst. Die G 8 ist weltweit zum Symbol einer zerstörerischen neoliberalen Politik geworden.

Trotzdem, selbst von einer dermaßen delegitimierten Institution wie der G 8 muss man fordern, den Klimaschutz voranzubringen. Nur Selbstmörder und Zyniker können es in der gegenwärtigen Klimakrise ablehnen, jeden Strohalm zu ergreifen. Dies entspricht einer alten Tradition, auch der Linken: So sehr die Kapitalisten verhasst waren - Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden von ihnen natürlich eingefordert. Es ist legitim, auch an eine

illegitime Institution legitime Forderungen zu richten.

Allerdings darf bezweifelt werden, ob effektive Klimapolitik mit der Politik der G 8 vereinbar ist. Da ist zunächst das Glaubwürdigkeitsproblem. Während Merkel international Klimaschutz deklariert, macht sie im Inland rückständige Politik und vertritt in der EU kurzfristige Interessen der deutschen Verschmutzerindustrien. Deutschland hat kein Tempolimit. Wenn die EU strenge CO₂-Grenzwerte für Pkw festlegen will, kommen die härtesten Querschnitte aus Berlin. Deutschland plant sechs neue Braunkohle- und 17 Steinkohlekraftwerke. Flugverkehr wird subventioniert, der Bau neuer Flughäfen und Landebahnen öffentlich gefördert. Die Bahn als umweltfreundlichstes motorisiertes Verkehrsmittel soll nicht etwa massiv ausgebaut werden, sondern in die Hände privater Investoren fallen. Seit Jahren fehlt der Wille, die Energieeffizienz konsequent zu forcieren und neben dem erfolgreichen Ausbau erneuerbarer Energien zu verfolgen. Auch die EU wird voraussichtlich ihr international verbindliches Kioto-Ziel verfehlen, die Emissionen von Treibhausgasen um 8 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Zudem werden die Minderungen entgegen der internationalen Zusagen nicht vor allem im Inland erbracht - stattdessen werden Klimaschutzmaßnahmen in der dritten Welt finanziert. Ohne Erfolge im Inland kann man jedoch schwerlich von Schwellen- und Entwicklungsländern eigene Klimaschutzanstrengungen verlangen.

Noch größere Widersprüche gibt es zwischen der neoliberalen Globalisierung und effektiver Klimapolitik. Die Öffnung der globalen Märkte für Kapital und Waren führt in immer größere Ungleichheit und Umweltzerstörung. Internationale Klimapolitik wird nicht gelingen, wenn nicht gleichzeitig der Globalisierungsprozess sozial und demokratisch unter Kontrolle gebracht wird. Dazu drei Beispiele:

Erstens, sind die Entwicklungs- und Schwellenländer die Hauptleidtragenden des Klimawandels. Nach dem Verursacherprinzip müssten eigentlich die Industrieländer für die immensen Schäden aufkommen. Dazu sind angesichts von Flüchtlingsströmen, Dürren und Überschwemmungen enorme finanzielle Anstrengungen notwendig. Statt also von den Entwicklungsländern zu verlangen, dass sie ihre Schulden von insgesamt zwei Billionen

Dollar zurückzahlen, wären diese zu streichen und die Entwicklungshilfe massiv zu erhöhen.

Zweitens benötigen die Entwicklungs- und Schwellenländer Zugang zu effizienten Technologien. Für die rasche Verbreitung zukunftsfähiger Innovationen ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer diese Technologien selbst produzieren und weiterentwickeln können. Dazu müssen geistige Eigentumsrechte innovationsfreundlich beschränkt und Schlüsseltechnologien in die Entwicklungsländer transferiert werden. Das ist genau das Gegenteil der von Angela Merkel für den G-8-Gipfel geforderten scharfen Durchsetzung von Patenten weltweit. Ähnlich wie bei Medikamenten und Saatgut sind ressourcenschonende Technologien überlebensnotwendig, die den Entwicklungs- und Schwellenländern weitgehend kostenlos zur Verfügung ~~stehen~~ in den Industrieländern Klimaschutz nur durchsetzbar sein, wenn es zu einer sozialen Trendwende kommt. Bis 2050 muss der CO₂-Ausstoß um 80 Prozent gesenkt werden, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Dieses Reduktionsziel birgt viele Chancen auf neue Jobs und wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig werden viele Menschen sich umstellen müssen. Ein solches Maß an Veränderung wird nur bei sozialer Sicherheit akzeptiert. Mit neoliberaler Arbeitspolitik à la Hartz IV und Armutsrenten ist das nicht vereinbar. Ebenso ist kaum denkbar, dass die sich verschärfenden Unterschiede zwischen Arm und Reich mit anspruchsvollem Klimaschutz zusammengehen. Die steigenden Energiepreise werden der sozialen Spaltung eine weitere Dimension geben. Die einen können sich weiterhin Flugreisen und Luxuslimousinen leisten, während andere ihre Heizkosten kaum noch bezahlen können. Unwahrscheinlich, dass dies akzeptiert wird. Klimaschutz braucht soziale Gerechtigkeit.

Klimapolitik ist also viel mehr als Umweltpolitik. Sie stellt grundlegende Gerechtigkeitsfragen, die von Regierungen immer nur unter starkem öffentlichen Druck beantwortet wurden. Diesen Druck sollten soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisation und Gewerkschaften in Heiligendamm massenhaft aufbauen.

taz vom 19.3.2007
<http://www.taz.de/pt/2007/03/19/a0133.1/text>

Stop EPAs! Armutsverschärfung durch Regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verhindern!

Weithin unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit verhandelt die EU seit 2003 mit den **78 assoziierten AKP-Staaten** (Afrika, Karibik, Pazifik) über sog. „**Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**“ (Economic Partnership Agreements, EPAs), die bis Ende 2007 abgeschlossen und zwischen 2008 und 2020 umgesetzt werden sollen.

Die EU drängt auf die Liberalisierung der umstrittenen Bereiche Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen und will somit bilateral durchsetzen, was multilateral gescheitert ist. Mit der Unterzeichnung der EPAs dürften die Staaten keine Zölle mehr auf Importprodukte erheben, wodurch in einigen Entwicklungsländern bis zu 30% der Staatseinnahmen wegfallen würden. Eine jüngere Commonwealth-Studie schätzt die möglichen Einkommensverluste für die AKP-Staaten auf 9,3 Milliarden Euro. Damit hätten die Regierungen noch weniger Geld für Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur.

Der Staatspräsident Benins wies im September 2003 in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament darauf hin, dass sein Land bis zu 20% der Staatseinnahmen verlieren könnte, wenn es seine Wirtschaft nicht mehr durch **Importzölle** schützen darf. „*Das wird Konsequenzen für die Investitionen im Sozialbereich haben und steht im krassen Missverhältnis zur Empfehlung von UNDP, dass Benin seine Steuerbasis erhöhen und mehr in den öffentlichen sozialen Sektor investieren muß, wenn es eine nachhaltige Entwicklung erreichen will.*“ (1) Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan warnte davor, dass sinkende Zolleinnahmen die Finanzbasis in vielen AKP-Staaten gefährden. „*EPAs würden eine zu schwere Last auf die Schultern armer AKP-Staaten laden.*“ (2)

Alle Studien, die die möglichen Auswirkungen der EPAs auf die Ökonomien der AKP-Staaten untersucht haben, warnen vor den absehbaren großen negativen Folgen. Neben einer Gefährdung der Ernährungssicherheit, könnten die EPAs auch eine De-Industrialisierung und den Zusammenbruch ganzer lokaler und nationaler Produktionszweige zur Folge haben.

Anlässlich eines Hearings in Brüssel Anfang 2004 äußerte sich der Gewerkschaftsführer der ghanaischen Geflügelhalter sehr besorgt über die wachsenden Importe aus der EU. „*Wie in Kamerun ist eine große*

Zunahme von Hühnerfleischimporten durch den Zollabbau zu erwarten, die die ärmste Schicht unserer Gesellschaft aus dem Arbeitsmarkt verdrängt – das sind die Kleinbauern, und vor allem Frauen, die völlig abhängig von dem Geflügelsektor sind. Es ist schwer vorstellbar, dass im Namen des Freihandels das Dumping von Geflügelteilen wie Hühnerbeine, -flügel und -hälse, die sowieso keinen Absatzmarkt in der EU haben, erlaubt wird.“ (3)

Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, das eine weitere Zollsenkung für EU-Importe implizieren würde, könnte das endgültige Aus für zahlreiche Kleinbetriebe des ghanaischen Geflügelsektors bedeuten.

Obwohl sich zunehmend Widerstand gegen die EPAs regt, zeigt sich die EU davon wenig beeindruckt. Im Gegenteil, im April 2005 erklärte EU-Handelskommissar Mandelson, dass die AKP-Staaten nur dann einen „verbesserten“ Zugang zu den EU-Märkten erhalten, wenn sie ihre Märkte öffnen und über die EPAs verhandeln. Ein konkretes Druckmittel hat die EU auch mit den Mitteln aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfond in der Hand. Wenn die EPAs bis Ende 2007 nicht unterzeichnet sind, könnte sich die Auszahlung dieser Finanzhilfen verzögern. Dieses finanzielle Druckmittel ist ein wesentlicher Grund dafür, warum die AKP-Staaten überhaupt noch weiter verhandeln und nicht einfach aussteigen, wie es viele Zivilgesellschaften fordern. „*Wenn wir die EPAs verweigern, riskieren wir den Verlust der EU-Hilfen und den privilegierten Marktzugang*“, ließ das AKP-Sekretariat schon 2005 verlautbaren. (4)

Um die EPAs vor allem auch in Europa stärker zu thematisieren und dagegen zu mobilisieren, haben soziale Bewegungen aus den AKP-Staaten und Europa im März 2006 einen „**weltweiten Aufruf zum Stopp der EPAs**“ lanciert. In diesem Aufruf werden zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen in den AKP-Staaten und in Europa aufgefordert, die *StopEPA*-Kampagne zu unterstützen und die europäische Entwicklungspolitik in Bezug auf die AKP-Staaten kritisch zu hinterfragen. Zwar zeigte dieser Aufruf wenig Resonanz in Europa, doch erhielten die EPAs weltweite Aufmerksamkeit auf dem Weltsozialforum in Nairobi, das im Januar stattfand. Die schwarz-roten STOP EPA-Poster hingen an den Eingängen zum

Kasarani-Stadium, viele junge Leute trugen die leuchtend roten T-Shirts mit dem schwarzen STOP EPA Label, an etlichen Ständen wurde Informationsmaterial über die EPAs verteilt und Unterschriften gesammelt.

Ein Memorandum gegen die EPAs mit 30.000 Unterschriften wurde dem Leiter des EU-Vertretung in Kenia nach einem Protestmarsch der WSF-AktivistInnen vom Stadtzentrum zum EU-Büro übergeben. Darin wird die EU Kommission aufgefordert, „*die Verhandlungen zum Abschluss von EPAs in ihrer jetzigen Form als wechselseitige Freihandelsabkommen zu stoppen und diese durch alternative Handelsabkommen zu ersetzen, welche den Entwicklungsbedürfnissen der afrikanischen Länder gerecht würden*“.

Um weltweite Aufmerksamkeit zu erzielen und den Druck zu erhöhen, plant das internationale Stop EPA Bündnis **am 19.4. 2007 einen internationalen Protesttag vor den deutschen Botschaften**. Damit soll Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, die wiederum ihren Einfluss auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission geltend machen soll, um

- alternative Abkommen zu den EPAs zu suchen, die Armut reduzieren und Entwicklung fördern sollen,
- sicherzustellen, dass die AKP Staaten nicht zu Verhandlungen über Themen gedrängt werden, die sie in den WTO-Verhandlungen bereits abgelehnt haben (z.B. Investitionen, öffentliche Beschaffungswesen),
- sicherzustellen, dass neue Handelsabkommen arme Länder nicht zur Marktöffnung zwingen, die sie einem unfairen Wettbewerb aussetzen.

Schließlich soll dieser weltweite Aktions- und Protesttag die internationale Solidarität mit den AKP-Staaten und mit den gegen die EPAs engagierten sozialen Bewegungen zum Ausdruck bringen; die Medien sind aufgerufen, die Öffentlichkeit über die EPAs aufzuklären. Mit dieser Aktion erhofft sich die StopEPA-Kampagne breitere Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und auch von der deutschen Bevölkerung, die eher mit den Millenniumszielen vertraut sind, aber nicht mit den EPAs, die diese Entwicklungsziele konterkarieren. (5)

Schützenhilfe erhält das StopEPA-Bündnis aus Frankreich. Im Juli 2006 veröffentlichte

eine **Delegation des Europa-Ausschusses der Französischen Nationalversammlung** einen 300 Seiten umfassenden **Bericht** über die EPAs, der eine vernichtende Kritik der EU-Kommission, bzw. der Generaldirektion Handel ist, die die Verhandlungen über die EPAs mit den AKP-Staaten leitet. (6)

Der Report spricht von einem vierfachen Schock, dem die AKP-Staaten ausgesetzt sind, wenn sie die EPAs annehmen:

1. Ein Haushaltsschock aufgrund der zu erwartenden Einnahmeverluste wegen der wegfallenden Importzölle;
2. Ein Handelsbilanzschock durch die Auswirkungen von EPAs auf Preisbildung, Einkommen und Wechselkurse;
3. Ein industrieller Schock, da schwache, im Aufbau befindliche Industriesektoren in den AKP-Staaten der verstärkten Konkurrenz aus der EU nicht gewachsen sind;
4. Ein landwirtschaftlicher Schock für die agrarisch ausgerichtete Mehrheit der AKP-Staaten, da lokale Märkte und ProduzentInnen mit den Billigimporten, sprich, mit den hoch subventionierten Agrarprodukten aus der EU nicht konkurrieren können.

Laut dem Bericht begehrt „*Europa einen politischen, taktischen, ökonomischen und geostrategischen Fehler, wenn die Kommission auf ihrem Fahrplan beharrt*“ und die Verhandlungen über die EPAs gegen allen Protest der AKP-Staaten bis Ende 2007 abschließen will. Wie vernichtend die Kritik, so radikal die Empfehlung des Berichts: **er verlangt als „absolut notwendige“ Konsequenz, der EU-Kommission das bisherige Mandat zu entziehen und durch ein neues zu ersetzen.**

Die Aufmerksamkeit, die den EPAs auf dem WSF zuteil wurden, hat den StopEPA AktivistInnen einen großen Auftrieb gegeben, und es ist zu hoffen, dass die europäische Zivilgesellschaft der EU-Handelspolitik und den EPAs mehr Aufmerksamkeit schenken und mit den sozialen Bewegungen dieses Jahr gegen die EPAs mobilisieren wird.

Für die afrikanischen AktivistInnen liegt das Schicksal der Freihandelsabkommen **in europäischer Hand**: Wenn die Zivilgesellschaft Druck auf ihre Regierungen ausüben

und sie dazu drängen, sich für einen Stopp der Verhandlungen einzusetzen, gibt es eine realistische Hoffnung.

Februar 2007

- 1) New ACP-EU Trade Arrangements: *New Barriers to Eradicating Poverty?*, Brüssel, März 2004, www.eurostep.org
- 2) "Mit dem Rücken zur Wand – Ghanas Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus", Hrsg. Evangelischer Entwicklungsdienst – EED, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED, November 2005, S.31
- 3) New ACP-EU Trade Arrangements: *New Barriers to Eradicating Poverty*
- 4) Comhlámh Briefing Paper, März 2005, „Europe's Free Trade Areas with Developing Countries“, (Comhlámh ist die Irische Vereinigung der Entwicklungshelfer) www.comhlamh.org
- 5) www.epa2007.org
- 6) http://www.abcburkina.net/ape/resume_1_efort_eng.htm

Über 200 Europäische Organisationen fordern:

Stoppen Sie ungerechte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten!

Aufruf zum Weckruf

für Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Handelskommissar Peter Mandelson

Aktion vor dem Bundeskanzleramt, Berlin, 19. April 2007, 11:15 - 12:30

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

Den meisten von Euch ist inzwischen bekannt, dass die EPA-Verhandlungen bis Jahresende abgeschlossen werden sollen. Nicht nur mehr als 200 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit (www.epa2007.de) sondern auch die Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen sind davon überzeugt, dass die meisten AKP-Länder bzw. regionalen Verhandlungsgruppen v.a. in Afrika nicht ausreichend vorbereitet sind, um das Abkommen zu unterzeichnen. Dennoch drängt die Europäische Kommission - unter dem Vorsitz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - darauf, einen aus unserer Sicht entwicklungspolitisch kontraproduktiv engen Zeitfahrplan einzuhalten.

Am 19. April 2007 wird im Rahmen des internationalen formlosen Bündnisses EPA2007 in 13 europäischen und 22 AKP-Ländern ein koordinierter Aktionstag vor den deutschen Botschaften durchgeführt. Wir laden Euch ein, an diesem Tag vor dem Kanzleramt in Berlin ein Zeichen gegen unfaire Freihandelsabkommen zu setzen. www.epa2007.de

Wo und Wann wird geweckt? **Donnerstag, den 19. April 2007, 11.15 - 12.30 Uhr Platz vor dem Bundeskanzleramt Willy-Brandt-Straße 1 10557 Berlin Kontakt:** Klaus Schilder (WEED) Torstr. 154 10115 Berlin Tel.: 030/27594405 (v.i.S.d.P.)

Wer wir sind

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich über 200 europäische Organisationen zu dem formlosen Bündnis EPA2007 zusammengeschlossen, um ungerechte Handelsabkommen zwischen der EU und 76 Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) zu stoppen.

In Deutschland kooperieren Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Germanwatch, die Koordination Südliches Afrika (KOSA), die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), das Netzwerk Afrika Deutschland, Oxfam Deutschland, terre des hommes und Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) in dem formlosen **Bündnis EPA2007**.